

## 4. Empirische Analyse

---

In diesem Teil der Arbeit geht es darum, die bisher abstrakt gebliebene Darstellung der Dynamik von Liebe und Macht innerhalb der deutsch-amerikanischen Sicherheitsstruktur durch die Analyse ihres konkreten historischen Zusammentreffens mit Leben zu füllen. Dem Korpusdesign entsprechend ist die Darstellung in zwei Phasen eingeteilt, die tendenziell unterschiedliche Stadien der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung erfassen. Innerhalb einer von deutscher wie US-amerikanischer Seite als Freundschaft im Sinne des *Mirror View* verstandenen Sicherheitsbeziehung zeichneten sich durch die aus den materiellen Verhältnissen emergierenden unterschiedlichen Ideen zwar bereits in der ersten Phase Spannungen ab; diese konnten jedoch im Zeichen der Solidarität kurzfristig überbrückt werden, was den gemeinsamen militärischen Einsatz in Afghanistan möglich machte. Als jedoch die Spannweite unterschiedlicher Ideen durch die Diskussion über einen Krieg gegen den Irak zunahm, mussten sich zwangsläufig auch die Spannungen innerhalb eines auf gemeinsamen Ideen fußenden Beziehungsmodells vergrößern. Zwar riss die Bindung zwischen beiden staatlich organisierten Gesellschaften keineswegs ab, doch betrieben beide Seiten eine auf Herrschaft zielende Machtpolitik. Die aus der US-amerikanischen materiellen Übermacht emergierende »Arroganz der Macht« wurde von deutscher Seite aus frustrierter Liebe vor dem Hintergrund beschränkter materiell-institutioneller Ressourcen mit sanften Gegenmaßnahmen und einer »Arroganz der Ohnmacht« (Krell 2003) beantwortet.

Den in den vorherigen Kapiteln getroffenen (meta-)theoretischen und method(olog)ischen Annahmen entsprechend sind sprachliche Artikulationen innerhalb der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung vor dem Hintergrund der Dynamik von Liebe und Macht im Rahmen einer historischen Sicherheitsstruktur zu rekonstruieren. Quantitative Verfahren wie die der Korpuslinguistik sind geeignet, die sprachliche Oberfläche im Sinne eines Taschenmessers abzutragen, weshalb an verschiedenen Stellen ein Blick auf die sprachlichen Regularien für die deutschen und US-amerikanischen Diskurse lohnt. Hierbei wird bei zahlreichen statistisch signifikanten Ergebnissen aus arbeitsökonomischen Gründen lediglich eine

Form von elaboriertem *Cherry-Picking* zum Zweck der Argumentation betrieben und bevorzugt auf Schlüsselwörter und Kollokationen Bezug genommen, deren Bedeutung klar(er) zu erkennen ist. Ziel ist also eine spezielle Rekonstruktion des untersuchten deutsch-amerikanischen Diskurses, wobei das Material auch anderen Rekonstruktionen offen stünde.

Die Beschränkung ergibt sich auch dadurch, dass die Tiefendimension dieser Ergebnisse durch qualitative Feinanalysen ergründet und durch weiteres über andere methodische Zugänge gewonnenes Datenmaterial im Rahmen der intersubjektiven, institutionellen und materiellen Elemente der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung kontextualisiert wird. Entgegen der Reihenfolge der Arbeitsschritte im Forschungsprozess, der sich von der Ebene der sprachlichen Artikulationen hin zu den materiellen und institutionellen Tiefendimensionen der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung bewegte, geht die Darstellungsweise umgekehrt vor. Damit geht keineswegs eine dichotome Sicht auf die verschiedenen strukturellen Facetten der Beziehung einher, da deren Teile nur im Sinne der Abstraktion voneinander getrennt werden können. Auch wenn die sprachlichen Artikulationen in einer emergenten Beziehung zu materiellen und institutionellen Gegebenheiten stehen, lohnt – wie im theoretischen Teil dieser Arbeit bereits ausgeführt – zunächst ein *eher* auf diese beiden Bereiche fokussierter Blick, um die Regeln der untersuchten Diskurse besser verständlich rekonstruieren zu können,<sup>1</sup> denn: »[...] If we ask why the rules are what they are, we must examine the material relations generated by the current or past rules.« (Porpora 1993: 213)

Die auf dieser materiell-institutionellen Grundlage entworfene Argumentationsführung versucht dann bei der Interpretation der korpuslinguistischen Ergebnisse – soweit möglich – die Ergebnisse der einzelnen quantitativen Analysen innerhalb der bzw. zwischen den deutschen und US-amerikanischen Diskursen zu verbinden. Hierzu dient eine grobe Einteilung der korpuslinguistischen Analysen in Schlüsselwortanalysen einerseits und Kollokationsanalysen zu Selbst-, Fremd- und Institutionenwahrnehmungen andererseits.<sup>2</sup>

- 1 Qian (2010) wählt in seiner korpusbasierten kritischen Diskursanalyse genau den anderen Weg, indem er erst die sprachlichen Artikulationen beschreibt und diese anschließend mit dem größeren gesellschaftlichen Kontext verbindet.
- 2 Hierbei ist es jedoch wichtig festzuhalten, dass die Anordnung an sich nicht das Zentrale ist, da die einzelnen Elemente und die entsprechenden Zwischenkapitel natürlich hochgradig interdependent sind. Aufgrund dieser Interdependenz entstehen an einigen Stellen überlappende bzw. sich wiederholende Ergebnisse, was jedoch zum Verständnis der Argumentation besser geeignet scheint als eine Argumentationslinie, die Schlüsselwort- und Kollokationsanalysen mischt. Es sei auch erwähnt, dass es in der theoriegeleiteten Forschung durchaus Sinn macht, zwischen theoriegeleiteter Rekonstruktion und einer chro-

## 4.1 DIE MATERIELLE TIEFENDIMENSION

Mit dem Ende des Kalten Krieges sind neue soziale Zusammenhänge entstanden. Allerdings geschah dies keineswegs rein diskursiv, sondern auch auf materieller Ebene. Das gilt zunächst für Deutschland, das aufgrund des Wandels zu einem Exporteur von Sicherheit ein gestiegenes Selbstbewusstsein erlangte und seither nach einer gleichberechtigten Partnerschaft, also einer Partnerschaft unter Gleichen, strebt. Es gilt aber auch für die USA, deren im Untersuchungszeitraum artikulierte Beziehungslogik im Sinne von sogenannten Koalitionen der Willigen nur vor dem Hintergrund einer quantitativen und qualitativen materiellen Übermacht zu verstehen ist. Das aus der Hierarchie auf materieller Ebene nach Ende des Kalten Krieges emergierende US-amerikanische Konzept der Koalition der Willigen und die deutsche Vorstellung einer gleichberechtigten Partnerschaft stehen allerdings in Widerspruch zueinander.

Darüber hinaus sind die konkreten Ideen zur Ausgestaltung der internationalen Ordnung keineswegs ohne einen Blick auf die materielle Ressourcenverteilung unter den Bedingungen eines nach dem Ende des Kalten Krieges gewandelten materiellen Kontexts zu verstehen. Mit den aus unterschiedlichen Ressourcenausstattungen emergierenden unterschiedlichen Ideen über die internationale Ordnung geht eine konflikthafte Tendenz einher, da unterschiedliche Ideen sowohl im Widerspruch zur Logik der Koalition der Willigen stehen als auch zur Vorstellung einer Partnerschaft unter Gleichen im Sinne des *Mirror View*. Beide Beziehungslogiken können die Divergenzen bezüglich der Ideen internationaler Ordnung nicht produktiv verarbeiten. Auch diese konflikthafte Tendenz ist nur unter Berücksichtigung der materiellen Verhältnisse zu verstehen, aus denen die US-amerikanischen und deutschen Diskurse im Untersuchungszeitraum emergierten.

Um zu verstehen, um welche Art von Beziehung es sich bei der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung auf materieller Ebene handelt und um zu sehen, welche Möglichkeiten und Grenzen diskursiven Konstruktionen innewohnen, lohnt es sich zunächst, empirische Maßzahlen zur Frage der Hierarchie samt materieller Ressourcenverteilung zu betrachten. Zur Erfassung des Grades der Hierarchie innerhalb einer Beziehung zwischen staatlich organisierten Gesellschaften auf Grundlage einer Analyse unterschiedlicher materieller Ressourcen bieten sich die

---

nologischen Darstellung historischer Ereignisse zu unterscheiden (Szabo 2004, Sterling-Folker 2006, 2013). Hier geht es eher um erstere, was auch damit zusammenhängt, dass korpuslinguistische Methoden, den Ausgangsannahmen zur Phaseneinteilung entsprechend, unterschiedliche Zeitpunkte zu einer einheitlichen zeitlichen Kategorie zusammenfassen. Deshalb kann es bei der Darstellung der Ergebnisse nur um eine partielle chronologische Rekonstruktion der Ereignisse gehen.

von Lake (2007: 62 ff. und 2009b: 45 f.) bereitgestellten Daten zur Präsenz von US-Militärpersonal relativ zur Bevölkerungsgröße eines anderen Staates neben der Zahl der von den USA unabhängigen Allianzen, die ein Staat eingeht, an.<sup>3</sup> Hier ist vor allem die US-Militärpräsenz im Ausland von Interesse, die als ein wesentlicher Bestandteil der US-amerikanischen Übermacht gelten kann. So dienen Militärbasen im Ausland nicht nur als »Fähigkeitenmultiplikator« (Pape 2005: 41, Fn. 65) für die effiziente Nutzung materieller Ressourcen. Im Ausland stationiertes Militärpersonal stellt ebenfalls einen Indikator für Hierarchien in dyadischer Perspektive dar.

»[...] Military bases and personnel enable the US to restrain possible foreign policy initiatives of the subordinate. [...] Thus, military personnel give the US positive and negative control over a subordinate's security policy. The larger the deployment of US forces in another country relative to that country's home population, the more control the US can be expected to exert.« (Lake 2009b: 45)<sup>4</sup>

Für Deutschlands Beziehung zu den USA ergibt sich auf Grundlage dieser Daten Abbildung 7.<sup>5</sup> Sie zeigt, dass Deutschland nach Ende des Kalten Krieges unabhän-

- 
- 3 Beide Werte sind in Lakes Daten nach dem höchsten Wert für 1995 mit 1 normiert. Die halbierte Summe beider Maßzahlen ergibt den Grad der Sicherheitshierarchie, in der sich ein Staat im Verhältnis zu den USA befindet. Dabei gilt jeweils: Je höher diese Werte sind, desto hierarchischer ist die Beziehung.
  - 4 Lake verknüpft hiermit eine weitergehende These: »To the extent that the subordinate accepts American personnel, and indeed integrates these forces into its own defence planning, this control can be regarded as »normalized« or legitimate and, therefore, authoritative.« (Lake 2009b: 45) Es sei betont, dass diese These hier nicht vertreten wird. Legitimität und Autorität lassen sich nicht alleine aus quantitativen Daten und Nutzenüberlegungen herauslesen. Lake übersieht in seinem vertragstheoretischen Ansatz, dass Hierarchien auch aufgrund von Gewalt und der Logik der Angemessenheit errichtet werden bzw. bestehen können (MacDonald 2007: 171). Siehe für eine Betrachtung der weltweiten US-amerikanischen Stützpunktpolitik auch Calder (2007); für eine auf Europa fokussierte Betrachtungsweise siehe Fields (2004).
  - 5 Der Durchschnittswert für die US-Truppenpräsenz im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße liegt im kompletten Datensatz bei 0,11, der niedrigste und der höchste Wert liegen bei 0 bzw. 10,83 und die Standardabweichung beträgt 0,61. Der Durchschnittswert für unabhängige Allianzen im kompletten Datensatz liegt bei 0,31 und der niedrigste und höchste Wert bei 0 bzw. 1; die Standardabweichung beträgt 0,46. Der Durchschnittswert für den Index Sicherheitshierarchie liegt im kompletten Datensatz bei 0,21; der niedrigste und höchste Wert liegen bei 0 bzw. 5,91 und die Standardabweichung beträgt 0,42.

giger vom US-amerikanischen Partner geworden ist, da die US-Truppenpräsenz im Verhältnis zur deutschen Bevölkerungsgröße im Zeitverlauf gesunken ist.

Abbildung 7: Deutsch-amerikanische Sicherheitshierarchie



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf den Daten von Lake (2009b: 45)

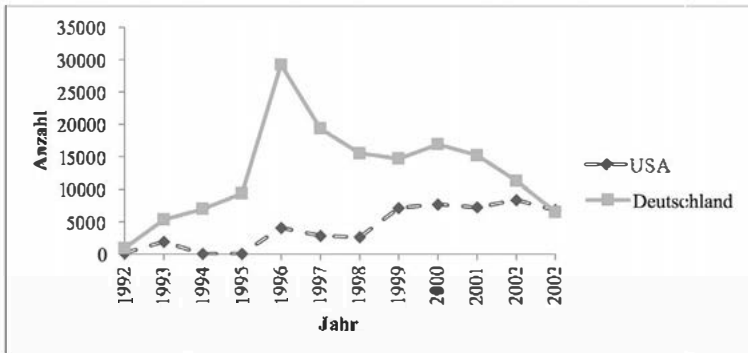
Die Daten sprechen für eine Veränderung der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung in der Hinsicht, dass Deutschland weniger auf den US-amerikanischen Sicherheitsimport angewiesen war und somit unabhängiger von den USA geworden ist. Gleichzeitig zu dieser Entwicklung hat sich Deutschland zu einem Exporteur von Sicherheit gewandelt, der sich dadurch auszeichnet, » [...] Bedrohungen durch die präventive Stabilisierung von Krisenherden außerhalb des eigenen Territoriums einzudämmen [...]« (Zimmermann 2006: 1328). Dieser Wandel von einem Importeur zu einem Exporteur von Sicherheit, der alleine schon durch die gewachsene Anzahl deutschen Personals für VN- und friedenserhaltende Einsätze im Ausland zum Ausdruck kommt (Abbildung 8), hat nun jedoch Auswirkungen auf die sozialen Mechanismen innerhalb der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung.

»Dies bedeutet [...] auch, dass der eigentliche Beweggrund für die Bereitschaft Deutschlands zur transatlantischen Lastenteilung – der Sicherheitsimport aus den USA – weggefallen ist. Daraus ergibt sich ein entscheidender Wandel im Verhältnis der Verbündeten: Während die traditionelle Lastenteilungsrolle notwendigerweise eine Hierarchie innerhalb der Allianz begründete, so gibt es mit der neuen Rolle der deutschen Sicherheitspolitik dafür keine Basis mehr.« (Zimmermann 2006: 1328)

Bei der Interpretation von Abbildung 8 darf allerdings nicht vergessen werden, dass sie das militärische Potenzial der USA nur unzureichend anzeigt. So muss neben den Daten für VN- und friedenserhaltende Einsätze im Ausland etwa bedacht wer-

den, dass die USA bereits 2002 im Zuge der *Operation Enduring Freedom* 7.500 Soldaten entsendeten. Diese Zahl stieg 2003 auf 8.300; außerdem wurden im selben Jahr 178.260 Soldaten für die *Operation Iraqi Freedom* eingesetzt.

Abbildung 8: Personal für VN- und friedenserhaltende Einsätze



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf den Daten von *The Military Balance* (1992-2004)<sup>6</sup>

Trotz dieser nach wie vor signifikanten Divergenz sind mit dem Wandel zum Sicherheitsexporteur einhergehende Anpassungen der deutschen Außenpolitik festzustellen, die keineswegs auf den Kontext des 11. September 2001 und auf sprachliche Artikulationen beschränkt werden können. Die Außenpolitik der BRD, später des wiedervereinten Deutschlands war und ist traditionell durch die Ideen des Multilateralismus, der Westbindung gemäß der »Äquidistanzpolitik« (Colschen 2010: 129) (d. h. der engen Kooperation mit den USA und Frankreich), des Antimilitarismus in Form eines »Habitus der Zurückhaltung« (Bjola/Kornprobst 2007) und durch die Ideen der gewaltfreien Konfliktlösung und Verrechtlichung internationaler Politik gekennzeichnet (Berger 1996, Maull 2001: 651 f.). Nicht zuletzt aufgrund dieser Parameter gilt Deutschland als »Zivilmacht« (Kirste/Maull 1996, Harnisch/Maull 2001: 4). Auch wenn sich diese Elemente nicht nur aus dem materiellen Kontext erschließen, sind sie doch ohne diesen nicht zu verstehen. So war nach Ende des Zweiten Weltkriegs kaum Spielraum für die Ausgestaltung deutscher Außenpolitik. Die beschriebenen außenpolitischen Parameter sind deshalb keineswegs nur uneigennützig und machtvergessen:

<sup>6</sup> Die Daten basieren auf den Einträgen, die konkrete Kennzahlen zum eingesetzten Personal beinhalten.

»The basic principles on which Germany's post-World War II foreign policy identity was built were chosen out of tactical necessity, not a deep desire to move toward a multilateral, cooperative ›Kantian‹ international system. However, the efficacy of these principles in balancing German Cold War concerns and pursuing national interests via the use of soft power in institutional settings slowly came to define the norms and shared understandings guiding German foreign policy, a post-sovereign foreign policy identity [...].« (Erb 2003: 49)

Nach 1989/90 und der vollzogenen Wiedervereinigung änderte sich jedoch der materielle Kontext. Die wesentlichen Elemente deutscher Außenpolitik wurden dabei zwar nicht verworfen, sie veränderten sich allerdings. Die gewandelte Einschätzung bezüglich des Einsatzes militärischer Gewalt (Baumann/Hellmann 2001: 79, Schwab-Trapp 2002) hin zu einem Sicherheitsexporteur, die zumindest ambivalenter Einstellung zu multilateralen Handlungsweisen (Baumann 2011: 469) und die gestiegene Beachtung materieller Macht im Allgemeinen (Roos 2010: 314) sind über den konkreten Untersuchungszeitraum hinausgehende Tendenzen, die zwar nicht materiell determiniert sind, aber ohne die materielle Facette der deutschen Außenpolitik nicht verstanden werden können.<sup>7</sup>

In Bezug auf die deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehung kam ein weiteres Element hinzu. Aufgrund des Endes des Kalten Kriegs fiel die Notwendigkeit des Sicherheitsimports aus den USA nach Deutschland und somit eine wichtige materiell fundierte Grundlage der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung weg, wodurch sich auch die Beziehung en gros wandelte. »Sicherheitsimport erfordert eine Bündnispolitik, die von asymmetrischer Lastenteilung mit einem oder mehreren dominanten Sicherheitspartnern geprägt ist. Sicherheitsexport ist darauf nicht angewiesen und sucht für die Durchsetzung der jeweiligen Ziele nach gleichberechtigten Partnern in Form einer ›equal partnership‹.« (Zimmermann 2006: 1328 f.) Vor diesem Hintergrund erschließen sich auch die tendenzielle Entfremdung vom US-amerikanischen Anderen (Berenskoetter/Giegerich 2010) und die im deutschen Diskurs artikulierte Annahme, dass »[...] nicht unbedingte Gefolgschaft aufgrund ewiger Dankbarkeit, sondern freundschaftlicher Streit trotz aller Dankbarkeit [...] die transatlantischen Beziehungen bestimmen [...]« (Roos 2010: 198, Herv. i. O.) sollte. Gerade der Wandel des materiellen Kontexts ermöglicht also das, was als

7 Natürlich kann die vorliegende Analyse diese auf Sekundärquellen fußenden Feststellungen zu den teilweise von den jeweiligen deutschen und US-amerikanischen Regierungen unabhängigen Entwicklungen und Tendenzen selbst nicht nachweisen. Hierfür wäre eine deutliche Ausweitung des Korpus in zeitlicher Perspektive notwendig.

»neue[s] Selbstbewusstsein der deutschen Außenpolitik« (Hellmann 2011, vgl. auch Hellmann et al. 2007)<sup>8</sup> bezeichnet werden kann.

Obwohl Deutschland jedoch seine exponierte Stellung im Rahmen der Ost-West-Konfrontation (Hellmann 2007: 468, Wittlinger 2010: 117 ff.) verlor, geht mit dem gestiegenen deutschen Selbstbewusstsein auch die Tendenz einher, die eigenen Ideen über die internationale Ordnung selbstbewusster zu artikulieren. Jedoch besteht nur ein schmaler Grad zwischen Selbstbewusstsein und Selbstverliebtheit bzw. dem, was Heins als snobistische Einstellung bezeichnet: »Snobs are »social climbers« who are embarrassed by their lowly upbringing and obsessed with status and appearance. Ignoring their old friends and relatives, snobs spend a good deal of energy trying to get admitted to the exclusive enclave of upper-class life.« (Heins 2011: 64)

Das kann auch damit erklärt werden, dass, obwohl sich in Folge des Endes des Kalten Kriegs »[...] die Macht- und Abhängigkeitsstrukturen in den Beziehungen zwischen Washington und Berlin nachhaltig [...]« (Jäger 2005: 19, Meiers 2006b: 4) veränderten, die Hierarchie innerhalb der Beziehung nicht verschwand. So gibt es andere Grundlagen für die Hierarchie in der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung, die durch einen reinen Blick auf den Wandel Deutschlands zu einem Exporteur von Sicherheit (fast) nicht berücksichtigt werden. Trotz einer prinzipiellen Annäherung der Funktionen Deutschlands und der USA im Bereich internationaler Sicherheit sind »[...] das Ausmaß und die Mittel des jeweiligen Sicherheitsexports vor allem aufgrund der unterschiedlichen geopolitischen Position und der enormen Unterschiede in den Kapazitäten kaum zu vergleichen [...]« (Zimmermann 2006: 1339) Bei einem Blick auf die quantitative Facette eben jener materiellen Kapazitäten bzw. Ressourcen fällt auf Basis der Indikatoren des COW-Datensatzes auf, dass auch nach 1989/90 von einer hierarchischen Beziehung zwischen Deutschland und den USA gesprochen werden muss und dass der Autonomiezuwachs Deutschlands als eher gering einzuschätzen ist.<sup>9</sup> Das gilt sowohl aus

8 Dieses neue Selbstbewusstsein bleibt keinesfalls auf die Regierung Schröder beschränkt, sondern zeigt sich auch zu Zeiten der Großen Koalition in der Libyenfrage (Stahl 2012: 590). Auch Habermas macht einen langfristigen Trend bezüglich des deutschen Selbstbewusstseins aus: »Seit den neunziger Jahren wächst allmählich das Selbstbewusstsein einer militärisch gestützten »Mittelmacht«, die als Spieler auf weltpolitischer Bühne agiert. Dieses Selbstverständnis verdrängt die bis dahin gehegte Kultur der Zurückhaltung einer Zivilmacht, die vor allem einen Beitrag zur Verrechtlichung des Systems der ungezügelten Staatenkonkurrenz leisten wollte. Der Wandel zeigt sich insbesondere seit dem Regierungswechsel von 2005 auch in der Europapolitik.« (Habermas 2011)

9 Vgl. auch Baumann, Rittberger und Wagener (2001: 63) sowie Otte und Greve (2000: 60) für eine ähnliche Einschätzung, wenn auch auf einer anderen Datengrundlage.

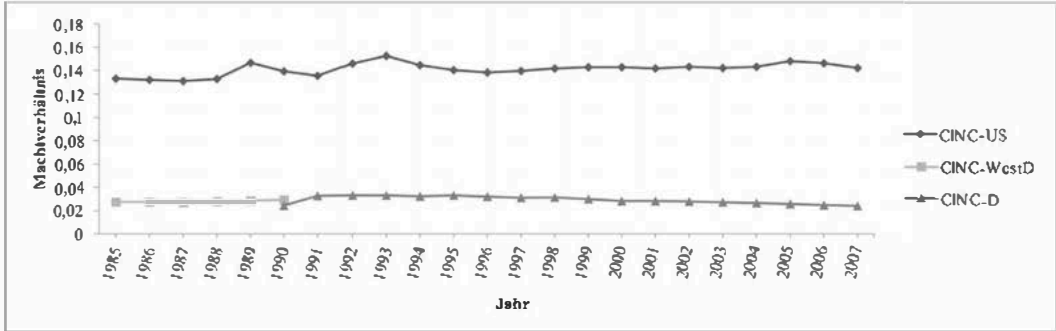
systemischer Perspektive (Abbildung 9) als auch aus dyadischer Perspektive (Abbildung 10). In quantitativer materieller Hinsicht sind die Vereinigten Staaten in der Phase von 1990 bis 2003 alleinige Supermacht in einem nunmehr als unipolar einzustufenden internationalen System gemäß der simplen Logik 2-1=1 (Wohlforth 1999: 10). Deutschland hingegen ist eine »Mittelmacht mit beschränkten Ressourcen« (Otte/Greve 2000: 7).

Da die COW-Daten aufgrund der unterschiedlichen berücksichtigten Komponenten über Fragen des Sicherheitsbereichs hinausgehen, lohnt sich zusätzlich ein Blick auf das Verhältnis der Militärausgaben der USA im Vergleich zu Deutschland.<sup>10</sup> Auch hier zeigt sich eine deutliche Lücke zwischen den USA und Deutschland sowohl für die COW-Daten als auch für Daten aus der *Military Expenditure Database* des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI 2013), die beide in Abbildung 11 dargestellt sind. Auch ein Vergleich der Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt auf Grundlage der Daten des SIPRI in Abbildung 12 verdeutlicht die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den USA und in Deutschland.

---

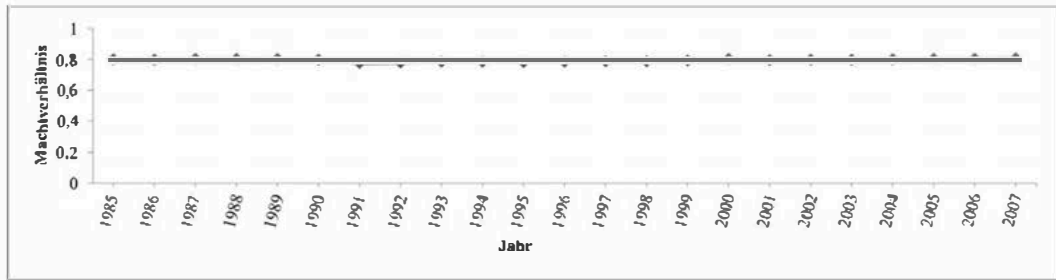
10 Zu den hier vorgenommenen Berechnungen siehe S. 123, Fn. 40, für eine interessante Diskussion der Maßzahlen des COW-Datensatzes im Vergleich zu anderen Daten siehe Wohlforth (1999).

Abbildung 9: Materielle Macht der USA und Deutschlands im internationalen System



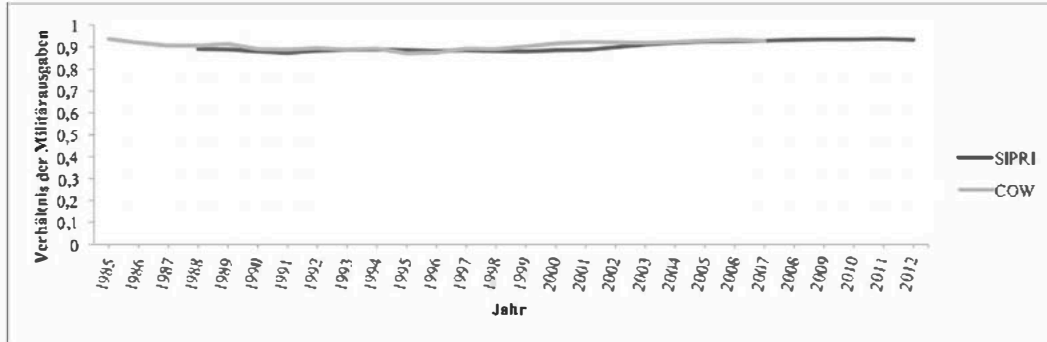
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf COW-Daten (2010)

Abbildung 10: Materielle Macht der USA im Verhältnis zu Deutschland



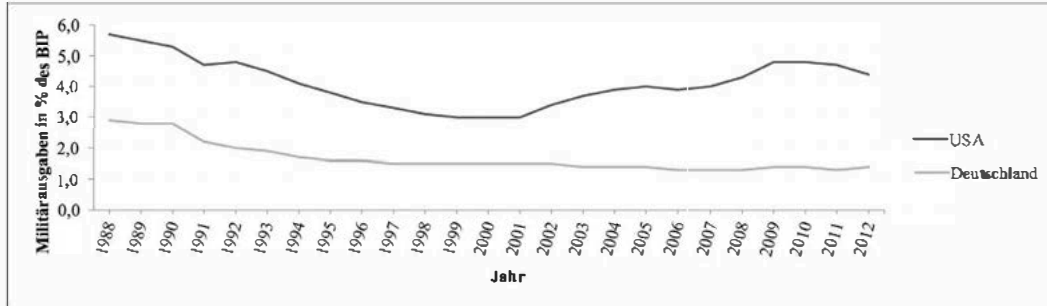
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf COW-Daten (2010)

Abbildung 11: Verhältnis der Militärausgaben



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SIPRI- (2013) und COW-Daten (2010)

Abbildung 12: Militärausgaben in Prozent des BIP



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SIPRI-Daten (2013)

Die Hierarchie in der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung ist zwar nicht materiell determiniert, wohl aber materiell sedimentiert. So ist der Sachverhalt, dass die USA nach dem Ende des Kalten Kriegs alleinige Supermacht im militärischen Bereich blieben, zwar eine neue, aber – wie die COW-Daten zeigen – auch eine über Jahrzehnte materiell ausgeformte Konstellation, die nicht auf sprachliche Artikulationen beschränkt werden kann.

»This global state is an objective relational property, independent of actors' perceptions. As such, it affords both objective enablements and constraints that make the relation itself a causal mechanism. To the extent that actors perceive the enablements and constraints, they can act on them – not in any predetermined way but with the creativity that is intrinsic to human agency.« (Porpora 2014: 86)

Demnach geht es hierbei keineswegs um eine deterministische Deutung materieller Gegebenheiten, sondern vielmehr um die Anerkennung von Potenzialen und Tendenzen im Sinne des Kausalitätsverständnisses des *Critical Realism*. »From a critical realist perspective, the spatial location of the US within the international system constitutes an ontological and causal condition, whether realized in experience or not. Therefore, the US exercises causality without it necessarily being empirically observed.« (Fiaz 2014: 504) Nicht nur aufgrund intersubjektiver Anknüpfungspunkte des *War on Terror*-Diskurses der Bush-Administration, sondern auch wegen der objektiv relationalen Situation nach dem Ende des Kalten Kriegs ist es nicht angemessen, etwa die US-amerikanische Außenpolitik auf einzelne Administrationen zu reduzieren bzw. deren Ideen unabhängig vom materiellen Kontext zu greifen.

»To say that President Bush's statements and campaign concerning the ›war on terror‹ are predicated upon the 11 September attacks establishes the most immediate context, but it does not provide the bigger picture in which the recent actions are embedded. For this, we need to lookback at the emergence of the discourse. The discourse of the NOW [new world order, tg] emerged, and continues to exist, because of a convergence of a number of factors: (i) the end of the Cold War, (ii) the determination of the United States to retain its superpower status, and (iii) the emergence and articulation of ›new‹ threats.« (Lazar/Lazar 2004: 225)<sup>11</sup>

11 Lazar und Lazar formulieren hier eine rein auf die sprachliche Ebene fokussierte Vorstellung des Diskurses; ihre Feststellung ist aber auch aus Sicht des Emergenzsicherheitsmaterialismus zutreffend. Aufgrund der strukturellen Tiefendimension des *War-on-Terror*-Diskurses, die bereits vor der Bush-Administration ein entsprechendes Potenzial (wenn auch keineswegs eine determinierende Ursache) zur Konstruktion eines globalen Krieges gegen den Terror beinhaltet, verwundert es auch nicht, dass die Eckpfeiler dieses Krieges – trotz eines Verzichts auf den Ausdruck *War on Terror* und weiterer sprachli-

Aus dem größeren Kontext nach Ende des Kalten Kriegs ergaben sich in der Konsequenz Tendenzen in der US-amerikanischen Außenpolitik, die weder auf die Bush-Administration noch auf sprachliche Artikulationen beschränkt werden können. »[The USA] subsequently developed, applied, and appears to have dropped the idea of preventive intervention, and when it could not get the support of the UN Security Council, formed coalitions of the willing. When possible, however, the USA has effectively used the UN as a vehicle for the extension of its policy to support democracy [...].« (Biersteker 2014: 726) Im Vergleich zu Deutschland zeigen sich in den USA für den Zeitraum nach 1989/90 in Bezug auf die Bedrohungswahrnehmungen, die Einstellung zu multilateralen Handlungsweisen und zum Einsatz militärischer Gewalt Unterschiede. So sind in den Vereinigten Staaten eine vornehmliche Konzentration auf militärische Bedrohungen, eine positivere Einstellung gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt sowie eine stärker auf Handlungsfreiheit ausgelegte Einstellung zu multilateralen Praktiken festzustellen (Koschut 2013).

Es ist aber nicht nur so, dass die Vereinigten Staaten schlicht *quantitativ* mehr Machtressourcen aufzuweisen haben und nur aufgrund des Endes der bipolaren Ordnung ein *qualitativer Wandel* der Machtstrukturen stattgefunden hat. Hinter der *quantitativen* Fähigkeitslücke steckt eine gänzlich andere Qualität an Möglichkeiten der Machtprojektion qua technologische Entwicklungen. Ein wesentlicher *qualitativer* Faktor hinter den *quantitativen* Fähigkeiten der USA ist dabei in der sogenannten *Revolution in Military Affairs* (RMA) zu sehen (Cralley et al. 2000: 1).

»*Revolution* bedeutet dabei, dass eine zentrale Kompetenz, welche bisher militärische Dominanz begründen konnte, nämlich die Verfügung über schlagkräftige und mobile Feuerkraft, wie etwa Panzerarmeen, durch technologische Entwicklungen wie Satellitenaufklärung, computerbasierte »Battlemanagementsysteme« und weitreichende Präzisionswaffen entwertet ist.« (Kaufmann 2010: 274, Herv. i. Ö.)

Dieser *qualitative* Einfluss von technologischen Entwicklungen macht auch verständlich, warum eine rein auf *quantitative* Daten fokussierte Analyse zu kurz greift. Die Hierarchie in der deutsch-amerikanischen Beziehung besteht aufgrund technologischer Entwicklungen trotz des Abzugs großer Teile der US-

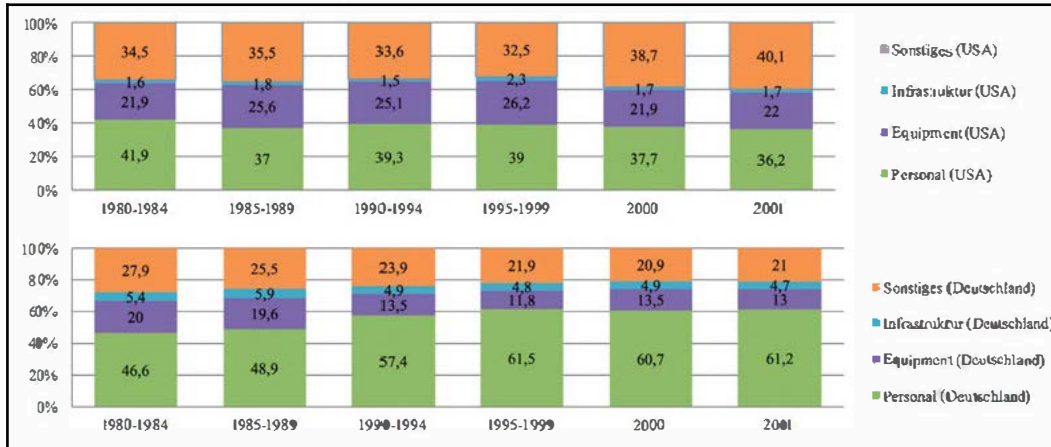
---

cher Änderungen unter Präsident Obama (Hodges 2011: 157 ff.) – auch diskursiv erhalten blieben: »[There are] far more continuities than differences in counterterrorism policy between the Bush and Obama administrations« (Jackson 2011: 392, McCrisken 2011). Für eine Analyse der Kontinuitäten trotz bestehender Unterschiede in der konkreten Ausgestaltung der Clinton-, Bush- und Obama-Administrationen in Form einer Politik des sogenannten *Open Door Imperialism* aus Sicht der politischen Ökonomie siehe van Apeldoorn (2014).

Truppenpräsenz in Deutschland fort. »Far from rendering bases obsolete, technical change in communications, intelligence, and logistic systems is making them both more flexible and more capable of reacting quickly to novel military challenges.« (Calder 2007: 49) Die USA begannen im Sinne der RMA in den 1970er Jahren eine Transformation ihrer Streitkräfte, die sich durch die Entwicklung moderner Informationstechnologien und vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Kriegs zu entfalten begann (Latham 2002: 238, Freedman 2006: 12). Erst ab 2004 findet diese Entwicklung demgegenüber langsam und selektiv Eingang in die deutsche Sicherheitspolitik (Dyson 2011, Franke 2012: 355). Entgegen der US-amerikanischen Investition in moderne Waffentechnologien wurden in Deutschland nach 1989/90 die Militärausgaben nicht nur in absoluten Zahlen gesenkt. Wie eine weitere Aufschlüsselung der Militärausgaben zeigt, betraf dies hauptsächlich den Bereich Forschung und Entwicklung (R&D), womit auch eine qualitativ andere Schwerpunktsetzung als in den USA zum Ausdruck kommt. Ein Blick auf die materielle Überlegenheit der Vereinigten Staaten im Bereich Forschung und Entwicklung lohnt auch deshalb, weil sich dort quantitative Überlegenheit in eine qualitative überträgt: »Military research and development (R&D) may best capture the scale of the long-term investments that now give the United States its dramatic qualitative edge over other states.« (Ikenberry et al. 2009: 7 f.)

Das Hauptproblem innerhalb des deutschen Transformationsprozesses sind hierbei weniger die Fähigkeiten an sich als vielmehr eine Investitionslücke, zumal in Deutschland andere Ausgabenprioritäten als in den USA gesetzt wurden (Franke 2012: 364). Die deutsche Sicherheitspolitik war auch nach 1989/90 hauptsächlich von der überkommenen Ordnung geprägt und dementsprechend auf Landesverteidigung ausgerichtet. Die Struktur des Kalten Kriegs führte nicht nur zu einer materiell bedingten Arbeitsteilung zwischen den transatlantischen Partnern innerhalb des institutionellen Gefüges der NATO, sondern damit verbunden auch zu unterschiedlichen Ausgabenschwerpunkten (Sperling 2004: 464). Diese unterschiedliche Gewichtung zeigt sich auch kurz vor Beginn des Untersuchungszeitraums. Während in Deutschland der Ausgabenschwerpunkt mit 61,2 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben im Jahr 2001 eindeutig auf dem Bereich Personal lag, machte dieser in den USA nur 36,2 Prozent aus (Abbildung 13). Bei einem Blick auf eine andere Statistik (Tabelle 2) fällt zudem auf, dass die Ausgaben im Bereich R&D in Deutschland 2001 nur 6 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben ausmachten, im Gegensatz zu 14 Prozent in den USA. Gerade in den durch die RMA vorangetriebenen Bereichen wies Deutschland im Vergleich zu den USA Defizite auf. »The Bundeswehr faces major deficiencies in airlift, precision guided munitions, and network centric command and control facilities. Its fleet of tanks and trucks is old and poorly maintained.« (Szabo/Hampton 2003: 18, Herv. i. O.) Neu ist also nicht die Fähigkeitenlücke, sondern eine Transformationslücke und damit einhergehend unterschiedliche sicherheitspolitische Orientierungen (Hamilton 2004: 7).

Abbildung 13: Zusammensetzung der Verteidigungsausgaben in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf NATO-Daten (2001)

Tabelle 2: Ausgaben für R&D in Millionen US-Dollar (zu Preisen von 1997) und in Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben

	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Deutschland</b>	1547 (5%)	1467 (5%)	1313 (5%)	1299 (6%)	1286 (6%)
<b>USA</b>	37873 (13%)	37824 (14%)	38290 (14%)	37932 (13%)	39340 (14%)

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf COW-Daten (2010)

Jedoch wäre es falsch, die Entwicklung der Militärausgaben und die damit verbundene soziale Logik auf die Bush-Administration zu beschränken: »Clintons Joint Chiefs of Staff embraced the term 'full-spectrum superiority' to describe the country's strategic intentions. It was during the Clinton years, not the Bush years, that the United States started spending more money on defense than virtually all other nations combined.« (Leffler 2011: 42)<sup>12</sup> Auch führten die materiellen Verhältnisse, wie etwa der Fall Kosovo wenige Jahre vor dem US-amerikanischen Krieg gegen den Terror gezeigt hatte, bereits vor Antritt der Bush-Administration zu Spannungen. Die Fähigkeiten- bzw. Investitionslücke erschwert auch im Untersuchungszeitraum gemeinsames Handeln auf praktischer Ebene. »[...] The United States still cannot fight wars in which its allies have a truly significant role; U.S. forces are simply not interoperable with those of its allies. And the more robust U.S. spending and transformational efforts will probably increase the interoperability gap in the near to mid term [sic].« (Bialos/Koehl 2004: 153) Auch wenn damit keine vollkommene Interoperabilität gemeint ist, verfestigt die Fähigkeitslücke doch die bestehende Arbeitsteilung in der Allianz (Coonen 2006: 77) und die damit verbundenen Sicherheitsidentitäten. Paradoxerweise kann gerade Kooperation aufgrund materieller Fähigkeitsunterschiede zu Entfremdungstendenzen führen (Koschut 2013: 71), was die USA vor ein Dilemma stellt. Nicht nur der Verzicht auf ein gemeinsames Vorgehen entfremdet die transatlantischen Partner, sondern auch kollektives Handeln kann dazu führen: »If the U.S. chooses to continue its practice of coalition operations, it faces the risk of further political alienation from its closest allies and coalition partners as a result of the visible disparity of capabilities displayed in such operations as Allied Force.« (Cralley et al. 2000: 2 f.)

Innerhalb der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung hat die RMA aber nicht nur zu praktischen Problemen aufgrund einer Fähigkeiten- bzw. Investitionslücke geführt. Ihre Auswirkungen gehen noch weiter: Die RMA hat den sozialen Gehalt des Kriegs verändert und nimmt dadurch auch Einfluss auf die Qualität von Beziehungen. Durch die technologischen Entwicklungen wurden soziale Werte sedimentiert, die Bedeutungsgebungen keineswegs determinieren, aber ohne die eine Analyse der Bedeutungsgebung unzureichend bleibt.

»[...] The RMA appears as a set of profound changes in the social mode of warfare. More specifically, it appears as a transition from a mode of warfare rooted in the logic of state-

12 Auch wenn die empirischen Daten zu den Verteidigungsausgaben diese Einschätzung nicht bestätigen, gibt diese Aussage doch die dominante Vorstellung in den USA wieder: »Americans took it for granted that if annual U.S. expenditures might not literally exceed those of all other nations they would surpass those of all the major military powers combined.« (Bacevich 2002: 126)

organized mass mobilization-mass production-mass destruction to one in which states exploit post-industrial, information-based socio-economic structures in order to field relatively small but extremely capable professional military forces.« (Latham 2002: 247)

Das hängt auch direkt mit dem Ziel der RMA zusammen, nicht erst auf Gefahren zu reagieren, sondern Risiken proaktiv auszuschalten, eine Entwicklung, die sich bereits seit Ende des Kalten Kriegs andeutete, durch die Ereignisse des 11. September 2001 jedoch noch verstärkt werden sollte. Neben der Fähigkeitenlücke (Terriff 2004a: 425) spielte auch diese Entwicklung bei der Etablierung der Logik der Koalition der Willigen eine tragende Rolle: »Whereas a reactive system of deterrence called for a permanent military alliance, the fluid, more proactive system of risk indicates that the future will be defined more by disparate coalitions of the willing than fixed alliance systems.« (Williams 2009: 7)

Auch führte die RMA zu einer Form von »precision warfare« (Latham 2002: 244), d. h. dem Gebrauch von Präzisionswaffen (*Precision-Guided Munition, PGM*) und somit zu einer Vorliebe für Luftangriffe samt einer neuen Form des »spectator sport warfare« (McInnes 1999).<sup>13</sup> Diese Form des Kriegs wird von der Distanz ausgeführt und reduziert damit auch die Gefahr des Verlusts eigener Soldaten. Im Laufe der 1990er Jahre ist eine verstärkte Nutzung von PGMs zu verzeichnen.

»During the 1991 Gulf War, only 10% of all bombs dropped over Iraq were PGMs, whereas during Operation Allied Force, over 90% of all bombs dropped over Yugoslavia were PGM [sic!]. PGMs give the U.S. an unmatched ability for destroying high value enemy targets with very low risks to U.S. forces and greatly reduced collateral damage.« (Cralley et al. 2000: 5)

Wie der Fall Kosovo deutlich macht, hat der Sicherheitsexporteur Deutschland im Rahmen dieser Strategie nur wenig Substantielles beizutragen. So war Deutschland nur an 436 von 37.565 Lufteinsätzen der NATO im Kosovo (und in Serbien) beteiligt (Menzel 2004: 264). Wie die Erfahrungen der 1990er Jahre gezeigt hatten, macht gerade die Kombination aus Präzision und dem Gefühl der Unverletzlichkeit Luftschläge attraktiv (Cohen 2001: 54). Und so entwickelte sich auch im Fall Afghanistan ein Modell, das gerade auf der US-amerikanischen Übermacht im Luftwaffenbereich aufbaute in Kombination mit dem Einsatz einheimischer Allierter und US-Spezialkräfte; ein Modell, das später auch auf den Irak übertragen werden sollte (Biddle 2005: 161, Grutto/Bergmann 2008: 232).

Die Kriegsführung aus einer größeren Distanz resultiert aber auch in einer größeren sozialen Distanz. Sowohl physisch in Form militärischer Beiträge als auch

13 Für die mit dem Einsatz von PGMs im Zuge der RMA einhergehenden sozialen Folgen siehe auch Beier (2003, 2006) sowie Kaag und Kaufman (2009).

emotional entstand so auf Seiten der Vereinigten Staaten der Eindruck, man sei weniger auf Freunde und Alliierte angewiesen. »[...] *The recent growth of information technology increasingly provides access to a global spectacle and a virtual world that offer an escape from reality, fuelling the illusion of immortality and invulnerability to physical/emotional needs.*« (Cowan-Jenssen/Goodison 2008: 171, Herv. i. O.) Dementsprechend verstärkte die RMA auf US-amerikanischer Seite die narzisstische Einstellung, welche bereits durch den Besitz von Nuklearwaffen gefördert worden war, unter Wegfall der durch den Kalten Krieg bedingten transatlantischen Klammer noch mehr.<sup>14</sup>

»God's chosen people really have acquired a technical, military and economic superiority, which seems to make interdependence unnecessary. But this is the problem of the narcissant, the attack upon relatedness. That America can destroy [...] there can be no doubt, but it has little or no capacity to build or create beyond that which can be included within a commodified mode of relatedness – it has lost the capacity to rebuild states or civil societies (witness the continued degradation of the former Soviet Bloc).« (Clarke/Paul 2004: 105)

Gleichzeitig fühlten sich die europäischen Verbündeten der USA nicht als gleichberechtigte Partner (Meyer/Strickmann 2011: 74), was vor dem Hintergrund eines gestiegenen deutschen Selbstbewusstseins tendenziell zu enttäuschter Liebe führt. Die systemischen und dyadischen Daten zu Militärausgaben sprechen hierbei nicht nur eine tiefere qualitative Dimension in Form der RMA an, sondern auch eine ökonomische.<sup>15</sup> Auch in diesem Bereich zeigt sich eine asymmetrische bzw. hierarchische Beziehung, wie Abbildungen 14 und 15 verdeutlichen.<sup>16</sup> Die USA als eines

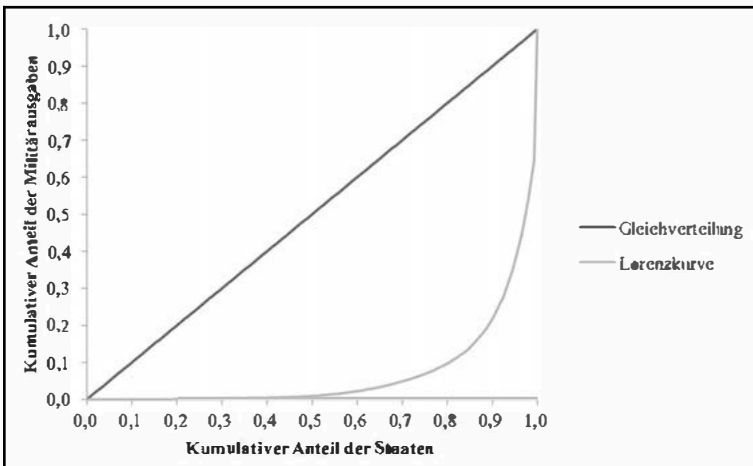
14 Auch diese Entwicklung ist keineswegs allein auf die Bush-Administration reduzierbar: Die Zeit zwischen dem Ende des Kalten Kriegs und den Ereignissen des 11. September 2001 » [...] was a bipartisan age of narcissism and hubris [...].« (Mead 2005: 4)

15 Der Bereich der Rüstungskooperation liefert ein interessantes Einfallstor, die Beziehung von Wirtschaft und (Sicherheits-)Politik im Sinne der Emergenz in einem größeren Rahmen zu analysieren, wie etwa auch Kempin und Mawdsley herausstellen: »[...] A neo-Gramscian understanding of hegemony is helpful to understand the nature of US military hegemony in NATO, that this sustained ideational dominance produces a transnational class of actors, for whom the continuation of such dominance becomes their policy preference. Here the most obvious group is defence firms.« (Kempin/Mawdsley 2013: 60) Für eine Verbindung von Ökonomie und Sicherheitspolitik aus kritisch-realistischer Perspektive siehe Patomäki (2008).

16 Als Indikator für die Messung US-amerikanischer Marktmacht schlägt Caverley (2007: 608) die relativen Militärausgaben im internationalen Vergleich und die Berechnung des Herfindahl-Hirschman-Index (HHI) als Konzentrationsmaß vor. Demgegenüber wurde

von 143 Ländern in der bereits genannten SIPRI *Military Expenditure Database* verantworteten im Jahr 2000 alleine 35 Prozent der weltweiten Militärausgaben, wobei dieser Wert bis 2004 sogar auf 40,7 Prozent anstieg. Die Länder auf den Plätzen zwei, drei und vier (Frankreich, Japan und Deutschland) tätigten im Jahr 2000 hingegen jeweils nur ungefähr 5 Prozent der weltweiten Verteidigungsausgaben. 2004 fiel der deutsche Anteil auf 3,6 Prozent. Die Verteilung der Fähigkeiten der Protektion bzw. Destruktion und der Produktion gingen bei der Stützung US-amerikanischer Hegemonie im Sicherheitsbereich Hand in Hand. »A closer look at defense interdependence reveals its severe asymmetry and the active role the United States plays in encouraging it; the world's preeminent military power is also the dominant weapons supplier.« (Caverley 2007: 599)<sup>17</sup>

Abbildung 14: weltweite militärische (Markt-)Macht 2000

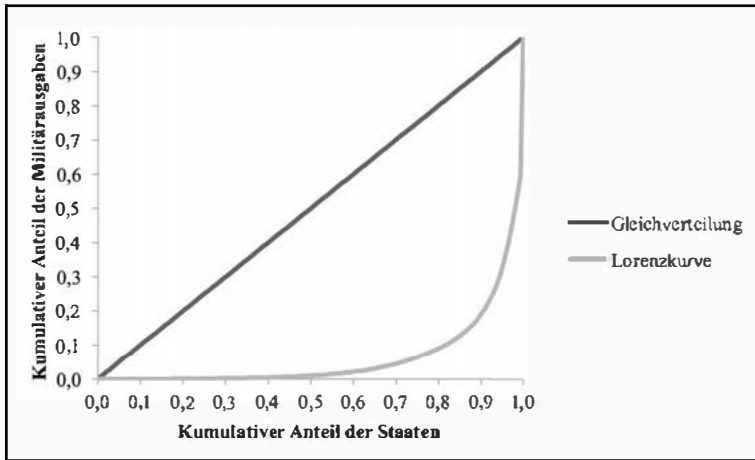


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SIPRI-Daten (2013)

hier zu Illustrationszwecken nicht der HHI, sondern eine Lorenzkurve berechnet. Hierbei wurden nur die Länder, für die in der *SIPRI Military Expenditure Database* Daten vorliegen, in die Berechnung einbezogen.

- 17 Caverley zieht daraus den – hier nicht geteilten – Schluss, dass hiermit eine pazifizierende Wirkung einhergeht, da die USA aufgrund dieser Ausnahmestellung nicht auf Eroberungen angewiesen sind, um Einfluss auf die internationale Sicherheitspolitik auszuüben. Der US-amerikanische Krieg gegen den Terror findet in Caverleys Analyse interessanterweise aber keine Beachtung.

Abbildung 15: weltweite militärische (Markt-)Macht 2004



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf SIPRI-Daten (2013)

Von diesem materiellen quantitativen Ungleichgewicht gehen nun unterschiedliche kausale Tendenzen aus: »For the US it is conceivable that such complex and expensive technologies can be developed on a unilateral basis, but for most other states, however, such technologies can only be accessed if cooperation is the dominant mechanism.« (Wight 2014: 232) Jedoch findet Kooperation im Rüstungsbereich eher in Europa statt, weshalb eine materiell abgesicherte Kooperationsbasis eher im europäischen als im transatlantischen Raum besteht. Auch aus analytischer Perspektive lohnt ein Blick auf den Bereich der Rüstungskooperation, in dem die Verbindung von sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen deutlich zutage tritt. Sie bringt wie ein »Seismograph« (Grams 2007: 289) die Entwicklung der Sicherheitsbeziehung zum Ausdruck, denn: »A nation might be willing to trade toys or underwear with its worst enemy or its strongest peer competitor, but it would not trade strategic technologies or corporate stakes in strategic industries except with trustworthy allies.« (Scherpenberg 2008: 129)

Auch im Bereich der Rüstungskooperation führte die hierarchische Beziehung zu Spannungen und Tendenzen der Entfremdung, die nicht auf die diskursive Konstruktion der Realität im Untersuchungszeitraum beschränkt werden können. So hat sich »[...] der offene strukturelle Bruch der Jahre 2002/2003 bereits in der unbefriedigenden Situation im Rüstungsbereich der 1990er Jahre ab[ge]zeichnet.« (Grams 2007: 289) Insgesamt können für die Zeit nach Ende des Kalten Kriegs unter den Bedingungen der US-amerikanischen militärischen Übermacht größere Bemühungen europäischer Staaten – unter der Führung Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens – zur Kooperation im Rüstungsbereich ausgemacht werden (Jones 2007:

207). Unter der Prämisse, dass strategische Zusammenarbeit nur zwischen vertrauenswürdigen Verbündeten zu erwarten ist, deutet dies auf eine transatlantische Entfremdung hin. So zeigt sich, dass die Europäer im Gegensatz zur Zeit des Kalten Kriegs sowohl in den Bereichen gemeinsamer Produktion und Entwicklung als auch im Bereich von Unternehmenszusammenschlüssen (M&A) vermehrt miteinander anstelle mit dem US-amerikanischen Partner kooperieren.

»European defense firms have been almost twice as likely to pursue coproduction and codevelopment projects with each other than with US firms, and over three times more likely than with defense firms from other regions. [...] European defense firms were nearly twice as likely to pursue M&As with each other than with American defense firms, and nearly three times as likely to pursue M&As with each other than with firms from other regions.« (Jones 2007: 159 f.)<sup>18</sup>

## 4.2 SOLIDARITÄT – MACHT – FREUNDSCHAFT

Die im vorausgehenden Kapitel dargelegte Asymmetrie auf der materiellen Ebene der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung und der deutsche Wunsch nach einer gleichberechtigten Partnerschaft sind nicht automatisch in Einklang. Es besteht vielmehr ein historischer Widerspruch, der nicht rein sprachlich zu verstehen ist.<sup>19</sup> Wenn Liebe entweder als narzisstische Selbstverliebtheit im Sinne der Koalition der Willigen oder höchstens als eine auf den Qualitäten des Anderen aufbauende präferenzielle Liebe im Sinne des *Mirror View* artikuliert wird und entsprechend auf gemeinsame Ideen über die internationale Ordnung angewiesen ist und wenn aus unterschiedlichen materiellen Ressourcenausstattungen unterschiedliche Ideen emergieren, dann besteht bei Vorhandensein unterschiedlicher materieller Seinsformen tendenziell die Gefahr frustrierter Liebe und eines daraus resultierenden Strebens nach Herrschaft statt nach einer auf gemeinsame Ermächtigung zielenden Politik. Diesem Widerspruch und der damit verbundenen konfliktiven Tendenz kann aus Sicht des *Critical Realism* zwar durch die Vernunft menschlicher Akteure

18 Jedoch muss hier festgehalten werden, dass Deutschland gegenüber Frankreich und Großbritannien – bis zu einer aktiveren Positionierung im wehrtechnischen Bereich nach der Jahrtausendwende (Grams 2007: 199) – im Nachteil war. Deutschland hatte bis dahin »[...] kein in sich geschlossenes Konzept einer strategischen Industriepolitik für die Wehrtechnik.« (Küchle 2005: 62)

19 Für andere Ausarbeitungen der Widersprüchlichkeit, die mit der Unipolarität des internationalen Systems und der RMA einhergeht, siehe Biersteker (2014) bzw. Hardt und Negri (2011: 45 f.) sowie Müller und Schömig (2001).



Wie wichtig das Anliegen, nach den Ereignissen des 11. September ein positives US-amerikanisches Selbst zu artikulieren, gerade in der ersten Phase des US-Diskurses ist, zeigt sich auch am Schlüsselwort VALUES. Die Artikulation von Werten ist hierbei auch als direkte Reaktion auf die Ereignisse zu verstehen: »Through this tragedy, we are renewing and reclaiming our strong American values.« (Bush 2001c) Werte, die innerhalb der ersten Phase angesprochen wurden, sind:

»Throughout this battle, we adhere to our values. Unlike our enemy, we respect life. We do not target innocent civilians.« (Bush 2001c)

»One way to defeat terrorism is to show the world the true values of America through the gathering momentum of a million acts of responsibility and decency and service.« (Bush 2001c)

»America will always stand firm for the nonnegotiable demands of human dignity: the rule of law; limits on the power of the state; respect for women; private property; free speech; equal justice; and religious tolerance.« (Bush 2002a)<sup>20</sup>

»universal values of freedom, of peace« (Powell 2002h)

»strong values of family, community, faith, and freedom« (Bush 2002f)

»democracy, economic reform, transparency of systems, no corruption, the rule of law« (Powell 2002a);

»We both value families and communities – the places where character is formed and traditions are passed from one generation to the next.« (Bush 2002g)<sup>21</sup>

»We believe in free markets, tempered by compassion. We believe in open societies that reflect unchanging truths. We believe in the value and dignity of every life. These convictions bind our civilization together and set our enemies against us. [...] In the tests of our time, we are affirming our deepest values and our closest friendships.« (Bush 2002i)<sup>22</sup>

»The partnership of America and Russia will continue to grow based on the foundation of freedom and the values – the democratic values we hold dear.« (Bush 2002h)

---

20 Der Begriff VALUES fällt kurz vor der zitierten Passage.

21 Auch hier fällt der Begriff VALUES kurz vor der zitierten Passage.

22 Auch hier fällt der Begriff VALUES kurz vor der zitierten Passage.

Die USA werden bei der Wertediskussion als unschuldiges Opfer, als Inbegriff der Freiheit und der Zivilisation konstruiert und die Ereignisse des 11. September 2001 somit dekontextualisiert. Nur aufgrund ihrer guten Eigenschaften seien die Vereinigten Staaten angegriffen worden. Hierbei kommt dem Wert FREEDOM, der selbst ein Schlüsselwort ist, eine zentrale Rolle zu:

»[... A]ll this was brought upon us in a single day – night fell on a different world, a world where freedom itself is under attack [...].« (Bush 2001a)

»Americans are asking, why do they hate us? They hate what we see right here in this Chamber, a democratically elected government. Their leaders are self-appointed. They hate our freedoms – our freedom of religion, our freedom of speech, our freedom to vote and assemble and disagree with each other.« (Bush 2001a)

»America was targeted for attack because we're the brightest beacon for freedom and opportunity in the world.« (Bush 2001d)

»Great tragedy has come to us, and we are meeting it with the best that is in our country, with courage and concern for others because this is America. This is who we are. This is what our enemies hate and have attacked. And this is why we will prevail.« (Bush 2001h)

Diese US-amerikanische Selbstwahrnehmung thematisiert nicht die Barbarei, die auch in der eigenen Kultur des Kriegs angelegt ist. Prominent verwiesen wird lediglich auf den guten und einzigartigen Charakter der amerikanischen Identität (Chambers 2003: 173). »Treating the US as an essentialised civilised subject, abstracted from the global relations through which, like other international subjects, it has been produced, the attacks were understood as a reaction to nothing more than the US being itself – the leader in the global pursuit of freedom [...].« (Laffey/Weldes 2004: 355 f.) Das hat auch Auswirkungen auf die Darstellung des Selbst in Abgrenzung zu anderen. Auf die Frage: »Why do they hate us?« (Bush 2001a) wird auf narzisstische Weise geantwortet: »The ›hate us‹ discourse, whether it rejects or endorses the ›haters‹ critiques of the United States, remains narcissistic in that it is still ›all about us.« (Stam/Shohat 2007: xix ff.) Dementsprechend stellen die Ereignisse des 11. September auch einen extremen Angriff auf den Narzissmus der USA dar:

»On 11 September 2001 we witnessed America's vulnerability. It was a moment of tremendous shame and humiliation because it occurred in the full gaze of the entire world. The twin towers, that storey iconic symbol of might and prosperity, had been destroyed by a handful of men. September 11th was, among other things, a huge injury to America's narcissism and one that would have to be avenged.« (Cowan-Jenssen/Goodison 2008: 174)

Deshalb verwundert es auch nicht, dass das Eigene als das konstruiert wird, was im Leben am meisten zählt. Es zeigt sich, dass der Signifikant Liebe im US-amerikanischen Diskurs explizit verwendet wird. Er wird in Reaktion auf die Ereignisse des 11. September direkt auf die eigenen Familien und Freunde im innerstaatlichen Kontext bezogen: »The enormity of this tragedy has caused many Americans to focus on the things that have not changed, the things that matter most in life: our faith, our love for family and friends, our commitment to our country and to our freedoms and to our principles.« (Bush 2001c) Das Streben nach Liebe bezieht hierbei zwar auch Fremde (*strangers*) mit ein; jedoch reicht diese emotionale Verbindung zum Fremden nicht über die eigenen Landesgrenzen hinaus, da sie sich auf Fremde in den Vereinigten Staaten bezieht. Dies erschließt sich aus dem Kontext der Äußerung, ist hier doch lediglich von Praktiken innerhalb der USA die Rede.

Diesem liebevollen Streben im Inneren steht eine negative Wahrnehmung des Feindes gegenüber. Der US-amerikanische Diskurs spricht davon, dass sich die Trauer über die Ereignisse in Wut und dann erst in Entschlossenheit gegenüber einem als Feind wahrgenommenen Anderen gewandelt habe:

»We have seen the State of our Union in the endurance of rescuers, working past exhaustion. We have seen the unfurling of flags, the lighting of candles, the giving of blood, the saying of prayers in English, Hebrew, and Arabic. We have seen the decency of a loving and giving people who have made the grief of strangers their own. My fellow citizens, for the last 9 days, the entire world has seen for itself the state of our Union, and it is strong. Tonight we are a country awakened to danger and called to defend freedom. Our grief has turned to anger and anger to resolution. Whether we bring our enemies to justice or bring justice to our enemies, justice will be done.« (Bush 2001a)

Dementsprechend wird Identität nicht nur durch eine positive Selbstwahrnehmung, sondern auch über den Verweis auf ein negatives Anderes hergestellt, wie die Schlüsselwörter EVIL, ENEMY, TERRORISM, TERRORISTS und VIOLENCE anzeigen. Identität entsteht so durch einen extremen Antagonismus innerhalb eines Krieges (WAR) zwischen einem guten Selbst und einem bösen Anderen. Für 9/11, eine Tat, die der US-amerikanische Diskurs als die Inkarnation des Bösen deutet, gebe es keine rationale Erklärung. Der Feind sei einzig vom Hass auf das Gute der USA motiviert. Auch der Rekurs auf das Böse deutet auf eine narzisstische Strategie zur (Re-)Konstruktion der eigenen Identität hin. »[...] It] does not really involve conceptualising the Self as situated in a relationship. Rather, »evil appears as a narcissist construct of the Self eager to guard its true identity [...].« (Berenskoetter 2007b: 258 f., Fn. 257) Die vom US-Präsidenten geäußerte Idee, seine Nation sei von Gott auserwählt, besäße eine Mission zur Transformation der Welt und habe dabei das Gute gegen das Böse zu verteidigen, hat eine feste intersubjektive Verankerung im US-amerikanischen Diskurs (Judis 2005: 1 f.).

Im Zusammenhang mit der binären Konstruktion eines guten US-amerikanischen Selbst und eines bösen terroristischen Anderen ist folgende Aussage Bushs, die sich in drei Texten findet, nicht ohne Ironie: »Freedom and fear are at war.« (Bush 2001a, vgl. auch Bush 2001k, 2002d) Diese antagonistische Konstruktion verdeckt, dass der US-Diskurs im Krieg gegen den Terror Angst als ein wesentliches Element benutzt. »[...] It is impossible to stress enough the narcissistic and fearful character of contemporary American power. This is a power based in a paranoid style [sic!] of politics and expressed from a seemingly omnipotent position.« (Clarke/Paul 2004: 104) Die narzisstische Selbstverliebtheit, die im US-amerikanischen Diskurs zum Ausdruck kommt, hemmt nun allerdings die Fähigkeit, mit anderen im Sinne der Nächstenliebe in Beziehung zu treten.

So wird der Feind dieser Sicht nach gemäß dem machtvollen Antagonismus von Gut und Böse seiner Menschlichkeit entleert und zum *Homo Sacer* (Agamben 2002) degradiert, zum nackten Leben, das außerhalb des politischen bzw. sozialen Raumes anzusiedeln ist. Der Status einer legitimen Kriegspartei ist ihm entzogen, d. h. er kann ohne die Einhaltung von Regeln getötet werden. In einer Rede, die außerhalb des hier verwendeten Datenkorpus steht, brachte Bush diese Logik auf den Punkt: »There's no rules. It's barbaric behavior. They slit throats of women on airplanes in order to achieve an objective that is beyond comprehension. And they like to hit, and then they like to hide out. But we're going to smoke them out. And we're adjusting our thinking to the new type of enemy [...]« (Bush 2001j)<sup>23</sup>

Im US-amerikanischen Diskurs war die Kriegsmetapher in Reaktion auf diesen Feind jedoch keineswegs automatisch vorgegeben. So hätten die Ereignisse beispielsweise auch als krimineller Akt, der eine international angelegte polizeiliche und nachrichtendienstliche Untersuchung notwendig gemacht hätte, interpretiert werden können. Dass dies nicht unmöglich war, zeigen zum einen Beispiele aus der Vergangenheit, wie die Bombenanschläge auf das World Trade Center (1993), Pan Am 103 (1988), die US-Botschaften in Kenia und Tansania (1998) und auf das Alfred P. Murrah Building (1995), die nicht zu einem global angelegten Krieg gegen den Terror führten, sondern eine polizeiliche Reaktion nach sich zogen (Ryan 2004: 364). Und auch im untersuchten Regierungsdiskurs deutet sich diese Möglichkeit an. So benutzte George W. Bush sowohl Elemente der Verbrechens- als auch der Kriegsmetapher zur Beschreibung der Situation (Hodges 2011: 23 ff.):

»The United States of America is an enemy of those who aid terrorists and of the barbaric criminals who profane a great religion by committing murder in its name. This military action

23 Für die Folgen dieser Entmenschlichung des Feindes, welche sich beispielsweise in den Praktiken in Guantanamo, Fallujah und vor allem Abu Ghraib offenbarten, siehe Achcar (2004: 6) und van Munster (2006: 119).

is a part of our campaign against terrorism, another front in a war that has already been joined through diplomacy, intelligence, the freezing of financial assets, and the arrests of known terrorists by law enforcement agents in 38 countries. Given the nature and reach of our enemies, we will win this conflict by the patient accumulation of successes, by meeting a series of challenges with determination and will and purpose.« (Bush 2001b)

Allerdings fiel die Kriegsesemantik auf einen fruchtbareren intersubjektiven Boden. Zunächst ist der Krieg gegen den Terror keineswegs eine Neuerfindung der Bush-Regierung innerhalb des US-amerikanischen Diskurses, in dem sich öfter Kriegskonstruktionen wie der *War on Poverty* der Johnson Administration oder der *War on Drugs* der Nixon- und der ersten Bush-Administration zeigen (Campbell 1998b: 172 ff., Glover 2002). Selbst der Ausdruck *War on Terror[ism]* ist kein Novum bzw. keine Erfindung der Bush-Administration. In ähnlicher Weise tauchte der Begriff mitsamt der Bedeutung, die ihm Georg W. Bush verleihen sollte, bereits in den 1980er Jahren auf: »Terrorists and those who support them, especially governments, have been put on notice. It's going to be tougher from now on. The decent people of the world [...] are not just standing together in this war against terrorism. We're committed to winning the war and wiping this scourge from the face of the Earth [...]« (Reagan 1986b)<sup>24</sup> Trotz dieser Anknüpfungspunkte an das bereits bestehende intersubjektive Bedeutungssystem ist im Untersuchungszeitraum auch eine neue Logik der Kriegsführung und eine neue Logik im Umgang mit dem Feind angesprochen. Hierbei wird dem Vorwurf einer Entmenschlichung des Feindes jedoch entgegengetreten.

»The men and women of our military have successfully fought a new kind of war. They applied new tactics and new technology to rout a new kind of enemy. The lessons we learn in Afghanistan will guide our military to the future and make our country stronger and more secure.« (Bush 2001e)

»This is a new kind of conflict. It is a new world, but at the same time, we want to make sure that everybody understands we are a nation of law, abiding by our international obligations. And so we are examining very carefully and have been for a number of days now, the exact

---

24 Der Ausdruck *War against Terrorism* erscheint in einem Statement Reagans 1984 das erste Mal laut archivierten Statements der US-Präsidenten (Reagan 1984). In den öffentlichen Aussagen von Präsident Reagan fand sich auch einmal der Ausdruck *War on Terrorism* (Reagan 1986a). Auch Präsident Clinton sprach 1995 in Bezug auf die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center im Februar 1993 und in Oklahoma City im April 1995 von einem *War against Terrorism* (Clinton 1995). George H. W. Bush (1989b) sprach hingegen von einem *Fight against Terrorism*.

applicability or lack of applicability to the Geneva Convention to the detainees. And this is a decision the President will be making in the very near future. Whether he finds one way or the other on this issue, the reality is that they will be treated humanely in accordance with the precepts of the convention, because that's the kind of people we are. We treat people well. We treat people humanely. And you can be sure that's what is happening with the detainees at Guantanamo, and all others who are in the custody of the United States Armed Forces, or other parts of the United States Government.« (Powell 2002i)

Die im Diskurs artikulierte Vorstellung von einer neuen Form des Kriegs samt der Möglichkeit seiner Durchführung ist aber keineswegs selbstreferenziell bzw. auf die intersubjektive Ebene begrenzt. Vielmehr spielen materiell-institutionelle Entwicklungen eine tragende Rolle, wie der Rekurs auf neue Technologien der Kriegsführung kenntlich macht. So verweisen auch die Schlüsselwörter PRECISION, PROCUREMENT, SPACE, TRANSFORMATIONAL und TRANSFORMATION auf einen materiell-institutionellen Transformationsprozess, der in einer emergenten Beziehung zu den im Diskurs auftretenden Bedeutungen steht. Hierbei ist der Begriff Transformation auf die in Kapitel 4.1 angesprochene RMA bezogen: »For the Bush administration, the term ›defence transformation‹ has come to supplant RMA as the new jargon.« (Kaldor 2003: 11, Freedman 2006: 13) Dass diesem Prozess in der ersten Phase im statistischen Sinne eine diskursive Schlüsselrolle zukommt, ist damit zu erklären, dass gerade nach den Ereignissen des 11. September die Stärkung und Transformation des Militärs als dringlich erachtet wurden.<sup>25</sup> In AFGHANISTAN, das in der ersten Phase den zentralen Referenzpunkt im Rahmen des Kriegs gegen den Terror darstellte und ebenfalls ein Schlüsselwort ist, entfaltete diese Logik ihre transformierende Wirkung. Hierbei wird auch explizit reflektiert, dass eine rein auf der quantitativen Verteilung materieller Ressourcen bzw. Investitionen basierende Betrachtungsweise nicht ausreicht, um die Tragweite der technologisch begleiteten Transformation des US-Militärs zu verstehen.

»[...] The investment in transformation cannot be measured in numbers alone. Transformation is not just about new weapons – it is about new ways of thinking and new ways of fighting. [...] In Afghanistan, U. S. Special Forces are using a mix of capabilities in ways that had never been tried before, coordinating air strikes with the most advanced precision guided weapons, with cavalry charges by hundreds of Afghan fighters on horseback. The effect has been devastating – and transformational.« (Rumsfeld 2002a)

25 Das wurde innerhalb der zweiten Phase des Diskurses auch reflektiert: »The global war on terror has made transforming an even more urgent priority. Our experience on September 11th made clear, our adversaries are transforming the ways in which they will threaten our people. We cannot stand still.« (Rumsfeld 2003a)

Diese technologisch begleitete neue Denkart hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Zielen US-amerikanischer Sicherheitspolitik wie Afghanistan, sondern auch auf die zu den NATO-Partnern. Auch wenn das Schlüsselwort PRAGUE, das für den Prager NATO-Gipfel vom 21. bis 22. November 2002 steht,<sup>26</sup> hauptsächlich das Thema der NATO-Erweiterung tangiert, wird doch an einer Stelle deutlich, dass die in Kapitel 4.1 dargestellte Fähigkeitenlücke im US-Diskurs reflektiert wird.

»In less than a year, NATO heads of state will meet in Prague, at which time we expect to issue invitations to new members. As we plan for the Prague summit, I hope we will heed President Bush's call that we ›not calculate how little we can get away with, but how much we can do to advance the cause of freedom.« We encourage all NATO aspirants to work seriously on defense reform, improving their military capabilities, and dedicating the resources necessary so they will be ready to become net contributors, as well as consumers, of security. [...] NATO allies must improve our military capabilities to fight terrorism. Investments are needed to improve interoperable communications, ground surveillance, precision guided munitions, air-to-air refueling, strategic airlift, surveillance and jamming, and other capabilities needed to address new threats.« (Rumsfeld 2001)

Diese Reflexion der materiellen Situation eröffnet einen Anknüpfungspunkt zum deutschen Diskurs. Durch die veränderte materielle Struktur seit Ende des Kalten Kriegs entstand für die Bundeswehr ein – innerhalb des deutschen Diskurses ebenfalls erkanntes – Dilemma:

»Die Bundeswehr ist immer noch sehr stark auf ihren Auftrag zur Landesverteidigung ausgerichtet und – ganz natürlich – entsprechend ausgerüstet. Nur die Erneuerung von Grund auf kann die Bundeswehr aus ihrem gegenwärtigen Dilemma befreien, dass die Strukturen und die Ausrüstung nicht mehr voll zu den Aufgaben passen, die wir miteinander zu bewältigen haben.« (Schröder 2002b)

Anders als in den USA ist im deutschen Diskurs der Transformationsprozess in der ersten Phase kein Schlüsselthema. Bei einem Blick auf die deutschen Schlüsselwörter lassen sich teils Gemeinsamkeiten, teils aber auch andere Schwerpunktsetzungen im Vergleich zum US-amerikanischen Diskurs ausmachen. Zunächst zeigt sich auch im deutschen Diskurs ein durch die Ereignisse des 11. September entstandener Einschnitt, der im Begriff ANGST kulminiert. Gerade im Hervorrufen von Angst sieht der deutsche Regierungsdiskurs das Ziel des Terrorismus: »Das Ziel des Ter-

26 Auch im deutschen Diskurs wird Prag zu einem Schlüsselwort, allerdings erst in der zweiten Phase.

rors ist die Verbreitung von Angst und Unsicherheit und damit auch die Zerstörung der Grundlagen von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung auch und gerade in unserem eigenen Land.« (Schröder 2001b) ANGST wird nur wenige Tage nach den Schlüsselereignissen in NEW YORK und Washington, aber auch in Bezug auf eine mögliche militärische Auseinandersetzung ausgedrückt. Hierbei offenbart sich, dass die deutsche Kultur der Zurückhaltung mit Verweis auf den Zweiten Weltkrieg nicht nur auf sprachlicher Ebene (re-)konstruiert, sondern über den Verweis auf die mit Krieg verbundenen Gefühle auch emotional aufgeladen wird. Angst ist hier aber keineswegs so zu verstehen, dass sie militärisches Handeln in der Zukunft ausschließt. Emotionalität gegenüber dem Krieg, die in der Aussage » [...] Krieg ist widerwärtig [...]« (Fischer 2001c) gipfelt, darf laut dem deutschen Regierungsdiskurs nicht die Grundlage für die Entscheidung über den Einsatz militärischer Mittel sein.

»Kein Zweifel: Viele unserer Landsleute ängstigen sich. Sie haben Angst vor dem Terror und auch Angst vor Krieg. Es sind insbesondere jene älteren Menschen, die die Grauen des Zweiten Weltkriegs noch persönlich erlebt haben, aber auch – wir alle spüren es; Sie spüren es in Ihren Wahlkreisen – die ganz jungen. Diese Angst mag übertrieben, mag unbegründet sein, gleichwohl ist sie da und bewegt die Menschen in unserem Lande. Wir alle zusammen, denke ich, müssen uns bemühen, diese Angst zu verstehen. Aber die politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten unseres Landes dürfen nicht zulassen, dass uns diese Angst lähmt. Ich verstehe meine Arbeit so, dass sie gerade jetzt darin besteht, dabei zu helfen, aus Angst Zuversicht zu entwickeln, und ich bin davon überzeugt, dass es dazu Anlass gibt.« (Schröder 2001n)

»Es wäre falsch, zu verschweigen, dass diese Entwicklung bei vielen Menschen große Sorgen und Ängste auslöst, und zwar quer zu den politischen Lagern. Das ist nicht eine Frage eines grün-alternativen, pazifistischen oder linken Lagers. Bis weit hinein in die Wählerschaft der Union, ja in konservativste Kreise herrscht Angst vor dieser neuen Herausforderung – sagen wir es doch direkt: auch Kriegsangst –, Angst vor einer nicht kontrollierbaren Konfrontation. Auf diese Ängste müssen wir eingehen. Eine Demokratie lebt von der Zustimmung der Menschen. So wichtig die Solidarität der Verantwortlichen hier ist – die Bundesregierung und auch der Bundestag haben ihre Position zweifelsfrei klar gemacht –, genauso wichtig wird es sein, dass wir die Menschen mitnehmen und sie überzeugen. Wir haben die neue Herausforderung in der Tat entsprechend darzustellen und zu erklären. Wir müssen auf die Ängste dort reagieren, wo sie begründet sind, und sie aufzulösen versuchen, wo sie nicht begründet sind.« (Fischer 2001d)

»Dabei gilt es, die Sorgen und Befürchtungen der Menschen hier bei uns in Deutschland ernst zu nehmen, und wir tun das. Ich wiederhole es gern: Mir ist die Zurückhaltung einer zivilen Gesellschaft gegenüber militärischen Risiken allemal lieber als jede Form von Hurra-

Patriotismus. Allemal lieber ist es mir, dass ich als Verantwortlicher in der Bundesrepublik Deutschland sehr intensiv begründen muss, wenn und warum es militärische Operationen gibt. Das war nicht immer so in unserer Geschichte. Ich halte aber die Tatsache, dass es so ist, für einen zivilisatorischen Fortschritt, auch wenn es gelegentlich mehr argumentative Kraft abfordert, als man es sich im Alltagsgeschäft wünscht.« (Schröder 2001g)

»Angesichts der Tragweite der Entscheidung, vor der wir stehen, verstehe ich insofern all die Skrupel, verstehe ich auch die Emotionen.« (Fischer 2001c)

»Ich sagte: Wir haben diese Auseinandersetzung nicht gesucht - die Amerikaner nicht, wir auch nicht -, sondern sie ist uns aufgezwungen worden von internationalen Terroristen, die eine Auseinandersetzung mit der zivilisierten Welt begonnen haben, die man durchaus als Krieg bezeichnen kann, wenn ich auch weiß, dass man mit diesem Wort vorsichtig sein muss, weil es auch in unserem Volk – bei den Älteren zumal – Ängste weckt, mit denen man immer noch nicht fertig geworden ist. [...] Gelegentlich werde ich gefragt: Wie ist denn deine Befindlichkeit? Darauf muss ich antworten: , [sic!] Darum geht es nicht. Es geht nicht darum, was der eine oder andere in einem solchen Amt fühlt, sondern es geht darum, ob man in der Lage ist, das staatspolitisch Notwendige zu tun. [...] Helft mit, damit Menschen das verstehen, die emotional zunächst einmal fragen ›Muss das sein?‹. Es muss sein, weil es eine vernünftige Alternative dazu nicht gibt.« (Schröder 2001e)

Die Begründungen für einen militärischen Einsatz sind mit einem Streben nach produktiver Liebe eines selbstbewussteren deutschen Selbst gegenüber dem US-amerikanischen Anderen zum Zwecke der gemeinsamen Ermächtigung verbunden. Das offenbart sich in der ersten Phase des deutschen Regierungsdiskurses etwa durch die Schlüsselworte VFREINIGTEN, STAATEN,<sup>27</sup> USA, AMERIKA, NEW und YORK. Diese dienen zwar auch der Selbstvergewisserung, sind aber eben *genauso* in einem fürsorglichen Sinne gegenüber den USA zu verstehen.

27 Es sei darauf verwiesen, dass sich das Schlüsselwort STAATEN nur in ca. 60 Prozent der Fälle auf die Vereinigten Staaten bezieht.



»Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit« (Schröder 2001b)

»Freiheit, Solidarität, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit« (Schröder 2001p)

»Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit« (Schröder 2001o)

»Freiheit, die mehr ist als bloß die Summe individueller Freiräume [...], sondern auch die Freiheit von Angst und Not und vor allem die Freiheit, die wir zu verteidigen haben, zur selbstbestimmten und zur solidarischen Gestaltung des eigenen Lebens und unseres gesamten Gemeinwesens. Und das meint die Sicherheit, die auch stets mehr ist als der Schutz vor Gewalt und Verbrechen, nämlich die Sicherheit, in einer gerechten Gesellschaft die eigenen Fähigkeiten entwickeln zu können und diese Gesellschaft in fairer Partnerschaft mit anderen Völkern und Staaten international zu behaupten [...].« (Schröder 2001d)

»Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz« (Schröder 2001i)

»Menschenrechte« (Fischer 2001a)

»Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte[] und soziale[] Gerechtigkeit« (Schröder 2002e)

»Gerechtigkeit, Stabilität, Stärke des Rechts und auch geteilter Wohlstand« (Schröder 2002b)

»Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und eben auch die[] Inbegriff von Demokratie« (Schröder 2002g)

Mit SOLIDARITÄT ist einer der zentralen Werte selbst ein Schlüsselwort. Das Wort ist gerade deshalb interessant, da es »ein konstitutives Element von Sonderbeziehungen« (Schiefer 2015: 263) in den internationalen Beziehungen darstellt respektive auf die Orientierung an kollektiven Anliegen und Handlungen verweist (Honohan 2008: 69) und somit das Streben nach Liebe zum Vorschein bringt. »Solidarity relations do not involve intimacy. They are the political form or social form of love relations.« (Lynch 2014: 186, Fn. 182) Das Schlüsselwort SOLIDARITÄT fällt dabei, wie eine Konkordanzanalyse zeigt, in beiden Phasen des deutschen Diskurses sowohl in Bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika als auch in innerstaatlichen Debatten, was zusammen als Indiz für eine partielle Verschmelzung des Eigenen mit dem Anderen verstanden werden kann.<sup>28</sup> Wie das Schlüsselwort

---

28 Für die Bedeutung des Begriffs Solidarität für sozialdemokratische und christdemokratische Parteien in Europa siehe Stjerno (2005).

WERTE andeutet, basiert das Streben nach Liebe hierbei auf Gemeinsamkeiten mit dem Anderen im Sinne des *Mirror View* der Freundschaft.

Der Eindruck einer auf Gemeinsamkeiten basierenden Liebe bestätigt sich auch bei der genaueren Betrachtung des Begriffs SOLIDARITÄT. Obwohl Schröder zumindest an einer Stelle von einer »Solidarität aller Völker« (Schröder 2001i) spricht und somit bereits über ein auf Gemeinsamkeiten basierendes Konzept von Solidarität – wenn auch nur in relativ schwacher Form – hinausweist, bestätigt sich die These Rortys (1999: 308 f.), »[...] dass unser Solidaritätsgefühl am stärksten ist, wenn die, mit denen wir uns solidarisch erklären, ›zu uns‹ gehören und ›wir‹ etwas enger Begrenztes als die Menschenrasse ist.« (Spuren von) Liebesartikulationen im Sinne uneingeschränkter Nächstenliebe sind empirisch deutlich seltener zu beobachten als jene, die auf Gemeinsamkeiten mit dem Anderen aufbauen. Obwohl Solidarität also zumindest ansatzweise Spuren uneingeschränkter Liebe enthält, ist auch klar, dass solidarische Taten keineswegs rein altruistische Taten sind, da sie auch zur Stabilisierung des eigenen Selbst beitragen (Berenskötter 2011: 278) bzw. im eigenen Interesse sind.

»Aber wenn man der Analyse folgt, dass es eben nicht nur um Bündnissolidarität geht, sondern um die Verteidigung gemeinsamer Werte, dann konnte man nur uneingeschränkte Solidarität zusagen und entsprechend handeln, weil die Verteidigung nicht nur im Interesse des Bündnispartners und der Bündnissolidarität, sondern im höchst eigenen nationalen Interesse ist.« (Schröder 2001k)

»Diese Solidarität gilt nicht nur den Vereinigten Staaten als dem Land, das angegriffen wurde. Letztlich gilt sie auch uns selbst. Sie ist ein Ausdruck unserer Selbstachtung als demokratische, soziale und friedliche Gesellschaft. Es ist eine Solidarität aller Völker, die das Ziel der Freiheit mit uns teilen, übrigens der Freiheit von Terror, Angst und Not, aber auch – das ist das Thema, das hier in besonderer Weise eine Rolle spielt – der Freiheit von Hunger und Unterdrückung.« (Schröder 2001i)

Diese Dimension uneingeschränkter Nächstenliebe schließt ähnlich wie im US-amerikanischen Regierungsdiskurs jedoch nicht das terroristische Andere ein, zu dem eine antagonistische Haltung eingenommen wird. Auch im deutschen Diskurs dienen die Schlüsselwörter TERRORISTEN bzw. TERRORISMUS zur Konstruktion der eigenen Identität. Hierbei zeigt eine qualitative Feinanalyse ähnlich wie im US-amerikanischen Diskurs eine Form der Entmenschlichung des Anderen. Eine differenzierte Betrachtung bzw. Ursachenforschung sucht man auch hier vergeblich:

»Es geht nicht um den Kampf der Kulturen, sondern es geht um den Kampf um die Kultur in einer immer mehr zusammenwachsenden Welt. Dabei wissen wir um die Verschiedenheiten der Kulturen in der Welt und wir respektieren sie. Wir bestehen aber darauf, dass die Verhei-

ßungen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung universell gelten. [...] Diese Verheißungen – wenn sie auch Erbe des christlichen Abendlandes sind, das sich auch nicht ohne verhängnisvolle Irrungen zu diesen Werten hin entwickelt hat – stehen nicht im Widerspruch zu einer Interpretation des Islam ohne jeden fundamentalistischen Wahnsinn. Jener gesichts- und auch geschichtslose barbarische Terrorismus ist gegen all das gerichtet, was unsere Welt im Innersten zusammenhält, nämlich die Achtung vor dem menschlichen Leben und der Menschenwürde, die Werte von Freiheit, Toleranz, Demokratie und friedlichem Interessenausgleich.« (Schröder 2001n)

#### 4.2.2 Selbstwahrnehmungen im deutschen und US-amerikanischen Diskurs

Wie die Schlüsselwortanalyse gezeigt hat, ist in der ersten Phase des US-amerikanischen Diskurses das Wort WE ein statistisch signifikanter Begriff. Um zumindest ansatzweise auch aus quantitativer Perspektive der Bedeutung des *we* näherzukommen, lohnt eine weiterführende Kollokationsanalyse; jedoch stößt man bei deren Interpretation auf Probleme. Die wenigen statistisch signifikanten Ergebnisse STRIDES, INVADE, TIRE, CAUTIOUS, DAYLIGHT und FALTER bilden nur eine gewisse Facette des US-amerikanischen Selbst ab und sind zudem teilweise auf zweifache Nennungen um das Wort *we* zurückzuführen.<sup>29</sup> Bei allen Schwierigkeiten im Zuge der Interpretation entsteht das Bild eines behutsamen, aber selbstbewussten, aktiven und positiven Selbstverständnisses:

»We are cautious, we are taking necessary precautions. But we will not be frightened, we will not be afraid to do the business that the people have sent us all here to do. [...] And we will have won when we are living in security again, when we are being cautious about how we travel and the other things we do in our daily lives, but when we are once again secure in our homes, secure in our cities, secure in our official buildings here in Washington and elsewhere around the country, and when we get back to that America that we all know and love so well, we are not threatened by this kind of terrorism.« (Powell 2001a)

»We will not tire; we will not falter, and we will not fail.« (Bush 2001a)

»We will not waver; we will not tire; we will not falter, and we will not fail.« (Bush 2001b)

»We have never gone to invade any Muslim people. We have never gone to subject them [...]« (Powell 2001a)

<sup>29</sup> Deswegen wurde an dieser Stelle auf eine grafische Darstellung verzichtet.

»[...] It does not mean that we are ready to invade anyone or that we are not willing to engage in dialogue; quite the contrary.« (Powell 2002i)

Auch eine breiter angelegte Kollokationsanalyse der Selbstwahrnehmung im US-amerikanischen Diskurs zeigt, dass das US-amerikanische Selbst bzw. New York als dessen SYMBOL<sup>30</sup> zwar angegriffen wurden, das eigene Selbstverständnis jedoch nicht verworfen wird; vielmehr habe das ganze Land in den Spiegel geblickt und das Gute in sich selbst erblickt. Die US-amerikanische Flagge ist Ausdruck der positiven Selbstwahrnehmung, wie an einer der Textstellen, bei der das US-amerikanische Selbst mit FLAG in Verbindung steht, deutlich wird:

»In the past week, we have seen the American people at their very best everywhere in America. Citizens have come together to pray, to give blood, to fly our country's flag. Americans are coming together to share their grief and gain strength from one another. Great tragedy has come to us, and we are meeting it with the best that is in our country, with courage and concern for others because this is America. This is who we are. This is what our enemies hate and have attacked.« (Bush 2001h)

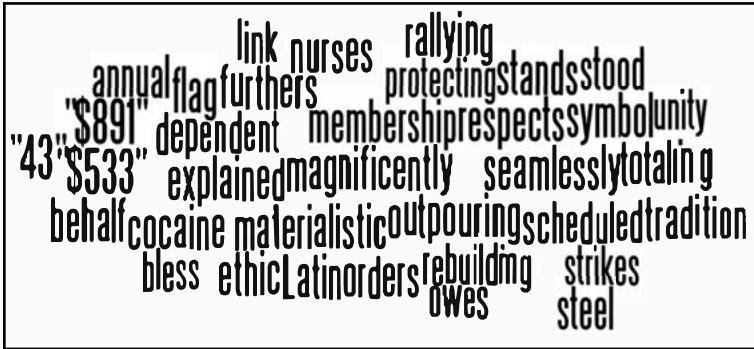
Jedoch wird trotz der Reflexion des guten Selbst auch eine andere Schwerpunktsetzung angestrebt, wie die Kollokatoren ETHIC und MATERIALISTIC<sup>31</sup> andeuten. Bei Letzterem geht es aber nicht um das Eingeständnis, sondern die Zurückweisung des Vorwurfs einer materialistischen Lebensweise. Laut dem US-amerikanischen Regierungsdiskurs verfolgen die USA vielmehr eine komplett andere Ethik.

---

30 Zumindest bezieht sich der Ausdruck in zwei von drei Fällen auf New York.

31 Hierbei zeigt sich abermals deutlich, dass der analysierte Diskurs auch aus einer ökonomischen Perspektive analysiert werden könnte.

Abbildung 18: Kollokatoren US-amerikanischer Selbstbeschreibungen in der 1. Phase des US-amerikanischen Diskurses<sup>32</sup>



Quelle: Eigene Darstellung

Der Leitspruch *Let's roll*, der von Todd Beamer, einem der Passagiere kurz vor der Vereitelung eines weiteren terroristischen Selbstmordattentates mit der *United Airline 93* ausgesprochen wurde (White 2004: 44 f.), diente hierbei aus qualitativer Perspektive als Zeichen einer neuen Kultur der Verantwortung und einer Ethik des Dienens:

»Our enemies believed America was weak and materialistic, that we would splinter in fear and selfishness. They were as wrong as they are evil. The American people have responded magnificently, with courage and compassion, strength and resolve. As I have met the heroes, hugged the families, and looked into the tired faces of rescuers, I have stood in awe of the American people. [...] None of us would ever wish the evil that was done on September the 11th. Yet, after America was attacked, it was as if our entire country looked into a mirror and saw our better selves. We were reminded that we are citizens with obligations to each other, to our country, and to history. We began to think less of the goods we can accumulate and more about the good we can do. For too long our culture has said, »If it feels good, do it.« Now America is embracing a new ethic and a new creed, »Let's roll.« In the sacrifice of soldiers, the fierce brotherhood of firefighters, and the bravery and generosity of ordinary cit-

32 Durch die hier vorgenommene Suche nach dem Wortstamm *americ\** kommt es zu Verunreinigungen der Ergebnisse, da auch Wörter als Kollokatoren auftreten, die nicht direkt das US-amerikanische Selbst betreffen, wie etwa das Wort *LATIN*, das sich auf Lateinamerika bezieht, zeigt. Indirekt ist aber auch hier das US-amerikanische Selbst angesprochen. So wird laut dem US-Diskurs *Kokain (COCAINE)*, das aus Kolumbien und anderen Teilen der Anden stammt, auf US-amerikanischen Straßen verkauft.

zens, we have glimpsed what a new culture of responsibility could look like. We want to be a nation that serves goals larger than self. We've been offered a unique opportunity, and we must not let this moment pass.« (Bush 2002a)

»Too many have the wrong idea of Americans as shallow, materialistic consumers who care only about getting rich or getting ahead. But this isn't the America I know. Ours is a wonderful nation, full of kind and loving people, people of faith who want freedom and opportunity for people everywhere. One way to defeat terrorism is to show the world the true values of America through the gathering momentum of a million acts of responsibility and decency and service.« (Bush 2001c)

Die eigene Selbstwahrnehmung ist keineswegs von Selbstzweifeln oder Selbstkritik begleitet; vielmehr deutet interessanterweise gerade die Metapher des Blicks in den Spiegel eine Form von Selbstverliebtheit an. Die guten Taten der liebevollen US-Amerikanern beziehen sich in diesen Textpassagen auf den eigenen innerstaatlichen Kontext oder werden gleich hinsichtlich des Laufs der Geschichte *in toto* artikuliert. Hierbei geht es auch darum, die als wahrhaftig erachteten US-amerikanischen Werte zu (re-)konstruieren. Zwar wird an einer anderen Stelle in Bezug auf Afghanistan deutlich, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nicht einfach ohne das Streben nach Liebe mit anderen auf internationaler Ebene auskommen. Dennoch stehen in den folgenden Statements immer die USA selbst im Mittelpunkt. Es geht weniger um andere als darum, was die USA Gutes für andere tun und was das über die Essenz der USA aussagt. Eine Reflexion schlechter Eigenschaften und Fehler findet hierbei keinerlei Raum, auch wenn eine materialistische Lebensführung aus ethischer Perspektive verworfen wird.

»Americans have always believed in an ethic of service. Americans serve others because their conscience demands it, because their faith teaches it, because they are grateful to their country, and because service brings rewards much deeper than material success. Government does not create this idealism, but we can do a better job of supporting and encouraging an ethic of service in America. [...] And service knows no age requirement. You're never too old – or too young – to help out. One remarkable act of service came from 13-year-old Ashley Shamberger of Aloha, Oregon. A few months ago, Ashley wrote me a letter about the patriotic keychains she and her mom made and sold to raise money for the children of Afghanistan. She included a check for \$270.88, »to save more kids,« as she put it. She did all this while hospitalized with cancer. Tragically, Ashley died on the very day her letter reached the White House. This is the character of our country. This is the soul of our people. This is the Nation we love and can honor through acts of service.« (Bush 2002d)

Zwar kommt durch den Kollokator RESPECTS die Artikulation von Respekt gegenüber Afghanistan zum Ausdruck und auch im Begriff EXPLAINED, der in einem

dreimal genannten Satz auftritt, bei dem es um die Erklärung der US-amerikanischen Außenpolitik gegenüber anderen Gesellschaften geht, zeigt sich eine sanfte Form der Vermittlung US-amerikanischer Weltordnungsvorstellungen: »Right content, right format, right audience, right now [resp. away], describes our strategic aim in seeing that US policies are explained and placed in the proper context in the minds of foreign audiences.« (Powell 2002j, 2002g, 2002e) Jedoch stellt sich die Frage, ob der Respekt gegenüber anderen Gesellschaften auch *unterschiedliche* Standpunkte zulässt, wenn eine andere Gesellschaft nicht, wie eben Afghanistan, ein Objekt US-amerikanischer Macht ist.

Die deutsche Selbstwahrnehmung setzt im Vergleich zur US-amerikanischen andere Schwerpunkte. Im untersuchten deutschen Regierungsdiskurs zeigt sich, dass die Vertreter der Berliner Republik prinzipiell am Wertekanon der Bonner Republik – Politik des Multilateralismus, Westbindung und Kultur der Zurückhaltung – festhalten, weshalb der deutschen Außenpolitik nach 1990 ein hoher Grad an Kontinuität attestiert werden kann (Meiers 2006a: 351, Bjola/Kornprobst 2007: 294). Auf der Ebene sprachlicher Regularien in Form von Kollokationen für die Beschreibungen des deutschen Selbst zeigt sich die Prägung deutscher Außenpolitik durch historische Erfahrungen anhand der Begriffe JÜDISCHEN, NATIONALSOZIALISMUS und SONDERVERHÄLTNIS.

»Wir als Bundesrepublik Deutschland stehen historisch in einem Sonderverhältnis zu Israel. Darangibt es nichts zu deuten und daran darf von niemandem gerüttelt werden. [...] Zum einen ist besonders wichtig, dass wir den jüdischen Deutschen, unseren jüdischen Bürgern – man muss nicht die Frage der Loyalität betonen, wir betonen auch nicht die Loyalität von nicht jüdischen Deutschen –, das Gefühl geben, dass wir an ihrer Seite stehen, dass Antisemitismus in Deutschland keine Chance mehr hat und dort, wo er auftaucht, mit aller Macht des Staates, der Justiz und der Politik bekämpft wird.« (Fischer 2002e)

In Bezug auf den Kollokator NATIONALSOZIALISMUS zeigt sich an zwei Stellen eine Würdigung des US-amerikanischen Anderen, womit zugleich eine Begründung für den gemeinsamen militärischen Einsatz im Kampf gegen den Terror geliefert wird:

»Deswegen wäre es ganz falsch, wenn man davon ausginge, die militärischen Aktionen, an denen wir uns beteiligen, seien nur Ausfluss einer Bündnisverpflichtung. Das sind sie auch, und ich will – gerade vor Arbeitnehmervertretern – daran erinnern, dass es die Amerikaner gewesen sind, die uns nach dem Zusammenbruch Deutschlands – verursacht durch den Nationalsozialismus, den von Deutschen begonnenen Zweiten Weltkrieg – gleichsam auf die Beine geholfen haben. Es waren nicht zuletzt – vielmehr zuallererst – Amerikaner, die über die Jahrzehnte, während des Kalten Krieges, unsere Sicherheit garantiert und dafür übrigens auch Opfer gebracht haben.« (Schröder 2001e)

»Der große Erfolg der Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert war letztendlich der militärische Sieg über den Nationalsozialismus.« (Fischer 2002d)

Trotz der Reflexion der von den USA empfangenen Leistungen und des offensichtlichen Wunsches nach gemeinsamer Ermächtigung und Handlung mit den USA lässt sich aufgrund des in Kapitel 4.1 beschriebenen Wandels Deutschlands zu einem Sicherheitsexporteur auch ein selbstbewusster Unterton bzw. die Selbstwahrnehmung im Sinne einer »selbstbewussten Zivilmacht« (Hellmann 2003a: 42 ff.) ausmachen.

Abbildung 19: Kollokatoren deutscher Selbstbeschreibungen in der 1. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Angedeutet wird der Wandel zum Exporteur von Sicherheit, der durch die Ereignisse des 11. September 2001 weiter vorangetrieben wurde, bei einer Betrachtung der Kollokatoren deutscher Selbstwahrnehmungen etwa durch den Begriff ETAPPE:

»Noch vor zehn Jahren hätte niemand von uns erwartet, dass Deutschland sich anders als durch so etwas wie »sekundäre Hilfsleistungen« – also Zurverfügungstellung von Infrastruktur oder Gewährung von Finanzmitteln – an internationalen Bemühungen zur Sicherung von Freiheit, Gerechtigkeit und Stabilität beteiligt. Ich sage das durchaus auch auf mein eigenes Denken und Handeln bezogen. Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik – darauf habe ich bereits unmittelbar nach dem 11. September hingewiesen – ist unwiederbringlich vorbei. Gerade wir Deutschen, die wir durch die Hilfe und Solidarität unserer amerikanischen und europäischen Freunde und Partner die Folgen zweier Weltkriege überwinden konnten, um zu Freiheit und Selbstbestimmung zu finden, haben nun auch eine Verpflichtung, unserer neuen Verantwortung umfassend gerecht zu werden. Das schließt – und das sage ich ganz unmissverständlich – auch die Beteiligung an militärischen Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausdrücklich ein.« (Schröder 2001p)

»Der 11. September – das ist gewiss wahr – hat die Welt verändert. Auch für Deutschland ging nicht zuletzt an diesem Tag eine Etappe deutscher Nachkriegszeit vorbei.« (Schroder 2002k)

Im Kontext der Äußerungen bzw. der Kollokation wird deutlich, dass das US-amerikanische Andere im positiven Sinne angesprochen wird. Neben den USA zeigt sich aber auch bereits bei dieser Analyse eine Verbindung zu FRANKREICH. Hierdurch wird das historisch gewachsene Bemühen deutlich, sowohl zu den USA als auch zu Frankreich eine positive Beziehung zu (re-)konstruieren. In Bezug auf die Forschungsfrage liefert eine weitere, auf das deutsche *wir* fokussierte Kollokationsanalyse nur begrenzt Antworten. Jedoch offenbart auch sie eine positive Verbindung zum US-amerikanischen Anderen.

Abbildung 20: Kollokatoren des Wortes *wir* in der 1. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Interessant ist hierbei der Kollokator MITTELBAR, der eine indirekte Betroffenheit des eigenen Selbst durch die Ereignisse des 11. September andeutet. Auch hier zeigt sich durch den abermaligen Verweis auf gleiche Werte eine Verbindung im Sinne einer auf Gemeinsamkeiten basierenden Vorstellung von freundschaftlicher Liebe in Form des *Mirror View* und im Zeichen der Solidarität.

»Gekröhen worden ist vielleicht nicht unmittelbar Deutschland, aber über unsere Freunde in den Vereinigten Staaten sind wir es mittelbar eben doch. Wir sind mittelbar betroffen, weil unsere Gesellschaft, wie die der Vereinigten Staaten, nach den gleichen Wertvorstellungen organisiert ist. Uns verbinden also nicht nur Interessen. Uns verbinden gemeinsame Wertvorstellungen und eine bestimmte, weil freie Art, miteinander zu leben. Deswegen – und das ist der Kern der politischen Äußerungen, die wir gemacht haben – habe ich von uneingeschränkter Solidarität gesprochen.« (Schroder 2001k)

Diese Vorstellung eines transatlantischen Wir kommt in der ersten Phase durch die Formulierung »Heute sind wir alle Amerikaner« (Struck 2001: 18295) am prägnantesten zum Ausdruck. Jedoch traf die Idee eines transatlantischen Wir in der deutschen Gesellschaft nicht nur auf Zustimmung. Während 47 Prozent der Befragten angaben, die Formulierung sei gut gewählt gewesen, antworteten 42 Prozent, sie sei es nicht (Noelle-Neumann 2002: 98). Trotz dieses ambivalenten Meinungsbildes werden vor dem Hintergrund der im Diskurs auftretenden Vorstellung eines transatlantischen Wir im Sinne freundschaftlicher Liebe sowohl die deutschen Deutungen der Ereignisse des 11. September 2001 als auch die mit ihnen verbundene Emotionalität verständlich. Dass innerhalb des deutschen Diskurses auch Trauer und Wut empfunden wurden, zeigt die emotionale Verbindung des deutschen Selbst mit dem US-amerikanischen Anderen. Gerade der Anblick von *Ground Zero* trug zu einem Gefühl der Betroffenheit bei, das über die rein sprachliche Ebene weit hinausweist und sich daran zeigt, dass die Erschütterung, die dieser Anblick verursachte, kaum zu beschreiben war:

»Heute, am Beginn dieser Veranstaltung, verspüren wir alle Trauer und mehr als das: Wir spüren, dass der Angriff auf die Vereinigten Staaten, der zu Recht als Krieg aufgefasst worden ist, ein Angriff auf uns alle ist. Worauf es jetzt ankommt, ist, dass aus Wut und Trauer Festigkeit und Entschlossenheit erwachsen – Entschlossenheit, den weltweit tätigen Terrorismus zu bekämpfen, auch mit den Mitteln demokratisch legitimierter Macht, aber eben auch mit den Möglichkeiten der Politik und all dem, was Politik an Instrumenten zur Verfügung hat.« (Schröder 2001h)

»Bürgermeister Giuliani hat mich vorgestern an den Ort dieser Katastrophe geföhrt, an den Ort, an dem noch vor wenigen Wochen Tausende von Menschen ihrer Arbeit im World Trade Center nachgingen. Die Erschütterung, die jeden denkenden, föhrenden und mitföhrenden Menschen beim Anblick dieses »Ground Zero« erfasst, kann man kaum beschreiben; denn – gestatten Sie mir, diese Erfahrung kurz mitzuteilen – die Fernsehbilder, die wir alle gesehen haben, gehen gnädig mit den Zuschauern um, weil sie Distanz schaffen. Wenn man es unmittelbar sieht und erlebt, kann man eigentlich nur zu der Überzeugung kommen, das wir alles, aber auch wirklich alles tun müssen, damit sich diese grausamen Anschläge nicht wiederholen können.« (Schröder 2001p)

»Es ist nachvollziehbar, dass die grauenhaften Bilder vom »Ground Zero« von dem einen oder anderen verdrängt werden, vielleicht auch verdrängt werden müssen, um das aushalten zu können. Eines muss nur klar sein: In der Politik dürfen dieser [sic!] Bilder und deren Bedeutung nicht verdrängt werden.« (Schröder 2001i)

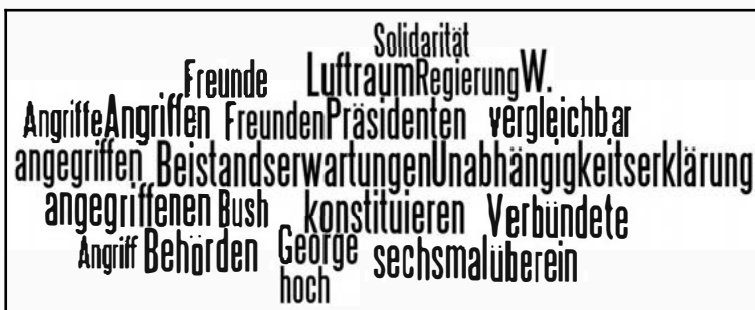
»Ich kann verstehen, wenn Einzelne, sogar viele Einzelne angesichts des Grauens der Bilder, die man nicht täglich ertragen kann, zur Verdrängung dessen neigen, was geschehen ist. Das

ist menschlich nachvollziehbar. Aber dies kann und darf nicht die Leitlinie politischer Entscheidungen sein; denn diejenigen, die politische Entscheidungen dieser Tragweite zu treffen haben, können und dürfen, so sehr sie das individuell bedauern mögen, nicht verdrängen, sondern müssen immer wieder den Gegebenheiten ins Auge schauen und die – gelegentlich leider – notwendigen Konsequenzen ziehen« (Schröder 2001a)

#### 4.2.3 Fremdwahrnehmungen im deutschen und US-amerikanischen Diskurs

Neben dem Gefühl der Betroffenheit liefert in der ersten Phase des deutschen Regierungsdiskurses eine Kollokationsanalyse der Wörter, die zur Beschreibung des US-amerikanischen Anderen dienen, einen weiteren Beleg für die Relevanz des Strebens nach freundschaftlicher Liebe. Hierbei tritt, wie schon in der Schlüsselwortanalyse geschehen, SOLIDARITÄT als statistisch signifikantes Ergebnis auf. Es verwundert aufgrund der Rolle dieses Begriffs auch nicht, dass die Vereinigten Staaten von Amerika als VERBÜNDETE und FREUNDE bedeutet werden. Interessant ist jedoch nicht die bloße Feststellung einer freundschaftlichen Beziehung, sondern die genauere Untersuchung des Wesens ebendieser. Wie das Schlüsselwort WERTE bereits andeutete, verweisen auch die Kollokatoren KONSTITUIEREN und UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG darauf, dass Freundschaft in einem ganz speziellen Sinne verstanden wird – nämlich in Form des *Mirror View*, der auf Gemeinsamkeiten mit dem Anderen und dessen Qualitäten aufbaut.

Abbildung 21: Kollokatoren der Beschreibungen des US-amerikanischen Anderen in der 1. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

So spricht Schröder zu einem Zeitpunkt, an dem die ersten Spannungen bezüglich des Irak bereits aufgetreten sind, davon, dass gemeinsame Werte als Basis gemeinsamer Überzeugungen zusammen mit der Tatsache, dass sowohl die amerikanische

Unabhängigkeitserklärung als auch das deutsche Grundgesetz das gleiche meinen, die deutsch-amerikanische Verbundenheit begründen.

»Diese Allianz steht für gemeinsame Werte wie Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und eben auch den Inbegriff von Demokratie. Beides kann man auch in den Verfassungsakten wiederfinden, die unsere beiden Länder – die Vereinigten Staaten von Amerika wie Deutschland – konstituieren. In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung ist die Rede von Glück und von dem Versprechen auf Glück. Im Deutschen Grundgesetz ist die Rede von der Würde des Menschen. Ich denke, man kann schon feststellen, dass beides das Gleiche meint, und wir deswegen auch verbunden sind und verbunden bleiben, nicht nur durch die blanke Notwendigkeit, aus praktischen Gründen zusammenzuarbeiten – aus wirtschaftlichen und sonstigen –, sondern eben auch durch diese gemeinsamen Überzeugungen auf der Basis unserer gemeinsamen Werte.« (Schröder 2002g)

Neben der Idee einer präferenziellen Freundschaft, welche auf Gemeinsamkeiten basiert, die sowohl Deutschland als auch das US-amerikanische Andere KONSTITUIEREN, zeigt die qualitative Feinanalyse, dass Solidarität nicht nur mit Gemeinsamkeiten, sondern auch mit Leistungen verknüpft wird. So kommt im deutschen Regierungsdiskurs das Bewusstsein zum Ausdruck, Jahrzehnte lang Solidarität, also eine Leistung von den USA empfangen zu haben und auch deshalb Solidarität zurückgeben zu müssen. Solidarität gilt hier nicht als Einbahnstraße. Das Streben nach gemeinsamer Ermächtigung mit dem US-amerikanischen Anderen im Zeichen der Solidarität innerhalb der NATO resultiert somit nicht allein aus Artikel 5 des NATO-Vertrags als institutionalisierter Form transatlantischer Solidarität.

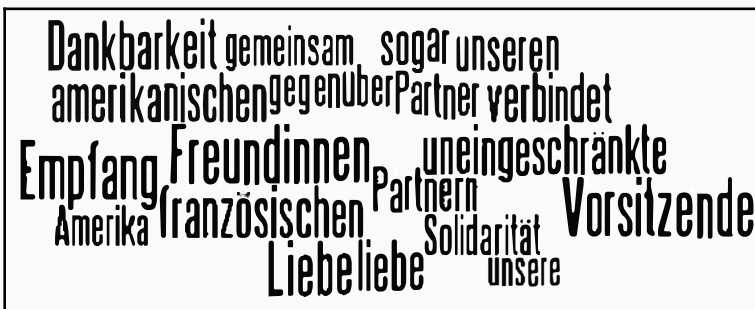
Um nun allerdings produktiv an der Gestaltung der internationalen Ordnung mitwirken zu können, ist Deutschland zugleich auf die Ressourcen der NATO und somit der USA angewiesen:

»Der NATO-Rat hat am 4. Oktober dieses Jahres erstmalig in der Geschichte des Bündnisses den Bündnisfall nach Art. 5 des NATO-Vertrages festgestellt. Das ist eine Entscheidung von großer Tragweite, die uns übrigens nicht nur formal, also nach den Buchstaben des Vertrages, verpflichtet. Nein, ich denke, unsere Verpflichtung geht weiter, als lediglich eine Bündnispflicht zu erfüllen. Wir haben gemeinsam immer wieder darauf hingewiesen, dass insbesondere die Angriffe auf New York und Washington, also die Angriffe auf die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht nur Angriffe auf die Werte waren, nach denen sich die Amerikaner politisch konstituieren, sondern auch Angriffe auf jene Werte, die für uns politisch konstitutiv sind, nämlich die Werte des Grundgesetzes. Deshalb geht es nicht nur um eine formale Verpflichtung, die aus Bündnispflichten resultiert. Das ist sie auch und das ist bereits wichtig genug. Es geht vielmehr darum: Solidarität darf in einem Bündnis keine Einbahnstraße [sic!] sein. Wir haben über Jahrzehnte Solidarität erfahren. Deshalb ist es schlicht unsere Pflicht – das entspricht unserem Verständnis von Selbstachtung –, wenn wir in der jetzigen Situation

Bündnissolidarität zurückgeben. [...] Mehr als 50 Jahre haben die Vereinigten Staaten in Solidarität zu uns gestanden. Es waren nicht zuletzt die Amerikaner, die uns die Rückkehr in die Völkergemeinschaft ermöglicht, unsere Freiheit garantiert und letztlich unsere staatliche Einheit und deren Werden unterstützt haben. Über viele Jahrzehnte haben wir diese Solidarität Amerikas für selbstverständlich gehalten und unseren Nutzen daraus gezogen. Bündnissolidarität ist aber keine Einbahnstraße. Deshalb geht es jetzt – nicht nur, aber auch – darum, unseren praktischen Beitrag zur Solidarität, die unseren gemeinsamen Werten, unseren gemeinsamen Zielen und unserer gemeinsamen Zukunft in Sicherheit und Freiheit gilt, zu leisten.« (Schröder 2001a)

Das Streben nach freundschaftlicher Liebe zum US-amerikanischen Anderen offenbart sich auch bei einer Kollokationsanalyse des Wortstamms *freund\**. Dabei ist es nicht so, dass die ermittelten Kollokatoren – der einmal groß- und einmal kleingeschriebene Kollokator LIEBE – auf das in dieser Arbeit zentrale Konzept der Liebe verwiesen, tauchen sie doch ausschließlich in Anredeformen in einer einzigen Rede Schröders (2001b) auf. Jedoch zeigt sich auch hier, dass Aussagen über Freundschaft mit dem Konzept der UNFIN[ESCHRÄNKTE]n] SOLIDARITÄT mit dem US-amerikanischen Anderen verbunden sind.

Abbildung 22: Kollokatoren des Wortstamms *freund\** in der 1. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Das im Begriff Solidarität zum Ausdruck kommende Streben nach freundschaftlicher Liebe ist nun jedoch keineswegs machtlos, sondern zielt vielmehr auf eine Macht, die im Sinne gegenseitiger Ermächtigung produktiv sein will. Auch ist es im deutschen Fall mitnichten so, dass keine anderen Freundschaften auszumachen sind. So schwingt im deutschen Regierungsdiskurs an zwei Textstellen auch in Bezug auf Frankreich eine freundschaftliche Identitätskonstruktion mit. Die Ausgestaltung dieses »strategische[n] Dreieck[s]« (Haftendom 2004) bestehend aus Deutschland, den USA und Frankreich ist allerdings von der Erfüllung des Strebens

nach Liebe abhängig. Entsprechend handelt es sich auch nicht um eine »Äquidistanzpolitik« (Colschen 2010: 129), wenn damit ein gleichmäßiger Abstand gemeint ist. Vielmehr ist in der ersten Phase des untersuchten deutschen Regierungsdiskurses das US-amerikanische Andere der Fluchtpunkt des Strebens nach freundschaftlicher Liebe, während Frankreich diese Stellung erst nach dessen Enttäuschung in der zweiten Phase einnimmt.

Diese Bewegung hängt mit der Artikulation unterschiedlicher Ideen im US-amerikanischen und deutschen Diskurs zusammen, was eine auf Gemeinsamkeiten mit dem Anderen basierende Freundschaft tendenziell gefährdet. Aufgrund dieser Beziehungslogik im Sinne des Mirror View verwundert es kaum, dass nur wenige Tage nach den Ereignissen des 11. September im deutschen Diskurs – aufgrund der Sorge um eine mögliche Enttäuschung freundschaftlicher Liebe durch das US-amerikanische Andere – die Konstruktion einer deutsch-europäischen und keineswegs einer transatlantischen Identität erfolgt. Dies ist jedoch nicht nur ein Zeichen enttäuschter, sondern gleichzeitig enttäuschender Liebe.

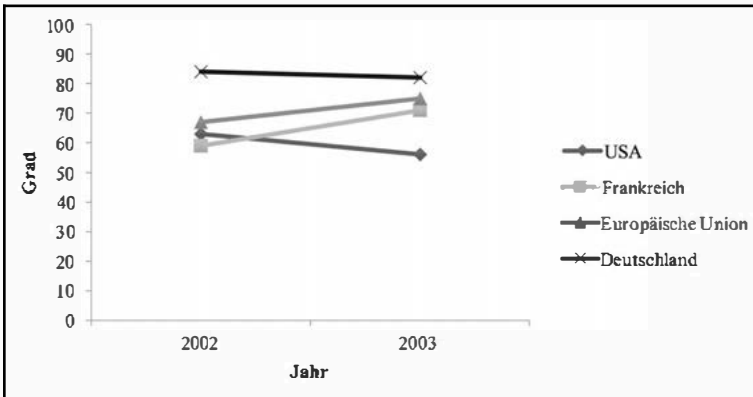
»Mit jedem Recht – wir wissen das – korrespondiert eine Pflicht, aber umgekehrt gilt auch: Mit der Bündnispflicht, die wir übernommen haben, korrespondiert ein Recht und dieses Recht heißt Information und Konsultation. Wir als Deutsche und Europäer wollen bei allen notwendigen Maßnahmen eine uneingeschränkte Solidarität mit den USA erreichen. Ich betone: Zu Risiken – auch im Militärischen – ist Deutschland bereit, aber nicht zu Abenteuern. Diese werden von uns dank der besonnenen Haltung der amerikanischen Regierung auch nicht verlangt. Ich denke, das wird so bleiben.« (Schröder 2001n)

Diese Einschränkung der sogenannten uneingeschränkten Solidarität, die » [...] auf einen ganz bestimmten Tatbestand bezogen [...]« (Schröder 2002b) war, bildet die Keimzelle für die deutlicher zutage tretenden Spannungen in der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung während der zweiten Phase. Mit der Einschränkung formuliert Schröder recht früh »[...] eine Prämisse für das politische Handeln in Reaktion auf den 11. September, die ihm Rückzugsmöglichkeiten eröffnet und ein Jahr später im Kontext der Diskussion über den Irakkrieg von den Gegnern dieses Krieges häufig zitiert und heftig diskutiert werden wird [...].« (Schwab-Trapp 2007: 39) Gleichzeitig zeigt die zitierte Textstelle, dass sich das transatlantische Wir – wie es etwa durch die Formulierung »Heute sind wir alle Amerikaner« (Struck 2001: 18295) (re-)konstruiert wurde – hier nicht mehr findet.

Auch Meinungsumfragen deuten an, dass zwischen dem Streben nach Liebe im transatlantischen Kontext und dem im europäischen samt der Zusammenarbeit mit Frankreich ein Zusammenhang besteht. So zeigen Daten bezüglich der Gefühle der deutschen Bevölkerung gegenüber dem eigenen Land und anderen Ländern sowie

Institutionen, die im Juni bis Juli 2002 bzw. Juni 2003<sup>33</sup> erhoben wurden, eine Verschiebung an: vom Streben nach freundschaftlicher Liebe zu den USA hin zu einem Streben nach freundschaftlicher Liebe zu Frankreich und im europäischen Kontext. Auf einer Skala von 0 °C bis 100 °C erzielten die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2002 noch einen Wert von 63 °C, während der Wert im Jahr 2003 auf 56 °C sank. Gleichzeitig erwärmten sich die Gefühle für Frankreich und die Europäische Union im gleichen Zeitraum von 59 °C auf 71 °C bzw. von 67 °C auf 75 °C.

Abbildung 23: Thermometer der Gefühle gegenüber anderen Ländern und Institutionen

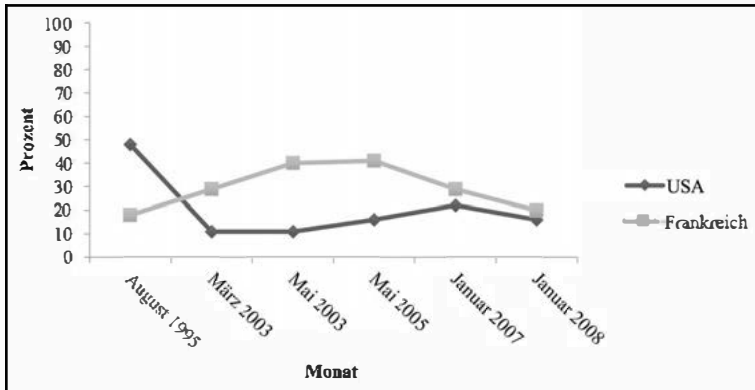


Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des German Marshall Fund of the United States (2003)

Wie bei der Untersuchung der zweiten Phase noch genauer zu zeigen sein wird, verlieren die USA ihre Stellung als bester Freund Deutschlands an Frankreich, was sich auch in Meinungsumfragen spiegelt. So gaben gegen Ende des hier angelegten Untersuchungszeitraums nur noch 11 Prozent der Befragten an, die USA seien der beste Freund Deutschlands, während 29 Prozent Frankreich als diesen ausmachten.

33 Bei der Interpretation der Daten gilt es zu bedenken, dass beide Untersuchungszeiträume nicht identisch mit den in dieser Arbeit festgelegten Phasengrenzen sind.

Abbildung 24: »Welches Land der Welt betrachten Sie als besten Freund Deutschlands?«



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Köcher (2009: 337)

Das Absinken der Gefühlstemperatur gegenüber dem US-amerikanischen Anderen kann gerade vor dem Hintergrund des im deutschen Diskurs geltenden Beziehungsmodells der präferenziellen Freundschaft verstanden werden. Auf dieser Grundlage überrascht es nicht, dass ein Streben nach gemeinsamer Ermächtigung im Falle unterschiedlicher Ideen schnell in eine sanfte Gegenmachtbildung umschlagen kann. Um nun sowohl das Streben nach produktiver Liebe als auch deren Enttäuschung samt resultierenden (Gegen-)Maßnahmen zu verstehen, sind die Gegenstände der Ideen zur internationalen Ordnung in den jeweiligen Diskursen miteinander zu vergleichen. Die Schlüsselwortanalyse machte bereits augenscheinlich, dass dem terroristischen Anderen durch die sprachlichen Artikulationen im US-Diskurs in gewisser Hinsicht die Menschlichkeit abgesprochen wird. Bei einer Analyse der Kollokatoren des Wortstamms *terror*\* zeigt sich dies auch an Kollokatoren wie SPREADING, SWAMP oder NETWORKS

Abbildung 25: Kollokationen des Wortstamms *terror\** in der 1. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Auch auf das Feindbild und die Beziehung zu einem als Feind wahrgenommenen Anderen hat das Zusammenspiel von materiellen Kapazitäten und der Wahrnehmung der Welt Auswirkungen. Diese materiell beeinflusste Art des Denkens manifestiert sich u. a. in einer auf Fähigkeiten basierenden und am Gedanken der militärischen Prävention (PREVENT) ausgerichteten Verteidigungsplanung. Die Auseinandersetzung mit dem terroristischen Anderen wird dabei als eine kriegerische (WAR) gedeutet:

»[...] To prepare for the future, we decided to move away from the old ›threat based‹ strategy that had dominated our nation's defense planning for nearly half-a-century, and adopt a new ›capabilities based‹ approach – which focuses less on who might threaten us, or where, or when, and more on how we might be threatened – and what capabilities we need to deter and defend against those threats. Under the new approach, we will develop a portfolio of military capabilities that not only help us fight and win the wars of the 21st Century, but also help to prevent them. Our goal is to influence the decision-making of potential adversaries – to deter them not only from attacking us with existing capabilities, but by demonstrating the futility of potential military competition, to dissuade them from building dangerous new capabilities in the first place.« (Rumsfeld 2002a)

Dieses Zitat belegt, dass ein wesentlicher Streitpunkt in der zweiten Phase des deutsch-amerikanischen Diskurses über Sinn und Rechtfertigung präventiver bzw. präemptiver militärischer Aktionen im Irak bereits in der ersten Phase – wenn auch in anderer Form – zum Vorschein kommt. Die Transformation der US-Streitkräfte hatte dabei auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Feinden: »By focussing on capabilities, defense planers may [...] fall into a ›pre-emptive trap«. Any techno-

logical development may constitute a potential danger. [... T]he focus on capabilities may make adversaries look more hostile than they would otherwise appear. This diverts attention away from the question of whether a government will in fact use its capabilities.« (Rasmussen 2006: 68) Diese Logik übersieht allerdings, dass der Wunsch nach (opferloser) Sicherheit gewissermaßen der Zwilling des Fundamentalismus ist (Diken/Laustsen 2006). Eine antagonistische Argumentation und ein militärischer Lösungsansatz verstärken eher das Problem als es zu lösen. »[...P]revailing antagonistic and militaristic ways of dealing with terrorism risk producing violent and destructive forms of community. [...] Emotions such as compassion and empathy could be actively cultivated in an effort to construct more inclusive, non-violent and rehabilitative configurations of community« (Hutchison/Bleiker 2008: 57). Demgegenüber entsteht jedoch vor dem Hintergrund der RMA eine spezielle Form von vermeintlich illegitimer Nicht-Subjektivität: »The putative defenders can do nothing both practically and legitimately and, therefore, are denied a subject position in warfare; they are acted upon, but may not act. This is the truly revolutionary transformation of our time.« (Beier 2006: 278) Durch die materiell verfestigte Logik der US-amerikanischen Übermacht und der präeruptiven Sicherheit ist eine Verbindung zu anderen im Sinne einer gemeinsamen Ermächtigung kaum notwendig, um auf internationaler Ebene tätig zu sein.

Abbildung 26: Kollokatoren des Wortstamms *terror\** in der 1. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Bei einer Kollokationsanalyse des Wortstamms *terror\** in der ersten Phase des deutschen Regierungsdiskurses fällt auf, dass auch hier eine Form der Nicht-Subjektivität in Bezug auf das terrorisische Andere konstruiert wird. Dies geschieht durch die Annahme, der Terrorismus sei eine »gesichts- und geschichtslose Barbarei« (Schröder 2001a) einerseits und durch die Verwendung von Metaphern wie NÄHRBODEN und AUSIROCKFN andererseits. Im Unterschied zum US-

amerikanischen Kontext schwingt im deutschen Diskurs aber eine auf Kooperation angelegte Strategie bei der Auseinandersetzung mit dem Terror mit. Es zeigt sich, dass eine ALLIANZ bzw. eine (INTERNATIONALE) KOALITION einen KAMPF gegen den (INTERNATIONALEN, ISLAMISTISCHEN) Terrorismus bzw. terroristische NETZWERKE führen soll. GEWALT geht in diesem Verständnis von einem diffus definierten, negativen Anderen aus, was sich in den Begriffen NETZWERK, NETZWERKES und NETZWERKS manifestiert. Personalisiert werde dieses nicht näher eingegrenzte Phänomen Terror dabei von OSAMA BIN LADEN. Die AUSEINANDERSEZUNG sei dem Westen AUFGEZWUNGEN worden und gehe nicht etwa von den USA oder einem selbst aus.

Einen weiteren Unterschied im Vergleich zum US-amerikanischen Diskurs deutet der Kollokator KAMPF an, der auf eine weniger drastische Reaktion als im US-amerikanischen Diskurs hindeutet, in dem von Krieg die Rede ist. Die Abweichung von der Kriegsemanation im deutschen Fall lässt sich auch damit erklären, dass der Terrorismus im deutschen Diskurs als Form von VERBRECHEN verstanden und in einem Atemzug mit KRIMINALITÄT genannt wird.

»Viele Menschen in unserem Land fragen nach den möglichen Auswirkungen der terroristischen Verbrechen.« (Schröder 2001n)

»Die furchtbaren Verbrechen, der terroristische Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika, auf die Bürgerinnen und Bürger der USA und auf die Regierung der USA, stellen eine Zäsur für die internationale Politik, aber auch – so haben wir alle und Millionen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, fern vom Ort des furchtbaren Geschehens an den Fernsehschirmen, es empfunden – einen tiefen Einschnitt in unseren Alltag dar.« (Fischer 2001d)

»Aber wer den Terrorismus fördert und unterstützt, wer seinen Hintermännern und Drahtziehern Unterschlupf bietet, wer ihnen gestattet, ihre Netzwerke des Terrors zu betreiben und ihre Verbrechen vorzubereiten, der wird dafür zur Rechenschaft gezogen.« (Schröder 2001p)

Diese Rhetorik reproduzierte intersubjektive Ideen der Anti-Terrorpolitik aus den 1970er und 1980er Jahren, in der Terrorismus als Verbrechen geralunt worden ist. Die in dieser Zeit entstandene Vorstellung, die in Auseinandersetzung mit dem im eigenen Land wurzelnden Terrorismus gewonnen wurde, war, dass der Terrorismus zwar ein ernstzunehmendes Problem ist, auf das aber durch eine langfristige Strategie, die auf Polizei- und Geheimdienstkooperation fußt, zu reagieren ist (Katzenstein 2003: 733). Der deutsche Ansatz zur Handhabung des Terrorismus war demnach ein mehr von zivilen Maßnahmen getragener. Obzwar sich das Thema Terrorismus sukzessive von seiner hauptsächlichlichen Wahrnehmung als Problem der Innenpolitik löste, blieb der deutsche Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus letztlich in einer »globalen Friedens- und Strukturpolitik« (Szabo 2004: 70) veran-

kert. Die maßgebliche Überzeugung war, dass dieser Kampf nicht primär mit militärischen Mitteln, sondern vielmehr durch eine langfristige Krisenprävention vor allem in Form nicht-militärischer Maßnahmen zu gewinnen sei. Hierauf deutet auch der Kollokator UMFASSENDE hin, der auf einen umfassenden Sicherheitsansatz zur Reaktion auf den Terrorismus verweist. Prävention hat hier eine andere Bedeutung als im US-amerikanischen Kontext:

»Eine umfassende Strategie gegen Terrorismus muss vor allem auf Prävention, auf Vorbeugung setzen. Dies heißt nichts Geringeres als die Grundlagen einer kooperativen Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert zu entwerfen, einer Politik, die Zonen der Ordnungslosigkeit nicht mehr zulässt, die auf eine Weltordnung zielt, die allen Völkern eine volle und gerechte Teilhabe ermöglicht.« (Fischer 2001a)

In diesem Ansatz fehlen nun aber auch keineswegs militärische Mittel, worin »[...] der entscheidende qualitative Wandel der deutschen Politik der Terrorismusbekämpfung [...]« zu sehen ist. »Diese Dimension hatte in der Terrorismusdebatte bis dahin keinen Platz.« (Knelangen 2011: 192) Der genannte Wandel, der vor dem Hintergrund eines vermehrten Sicherheitsexports Deutschlands zu verstehen ist, zeigt sich in Formulierungen wie: »Der bisherige Verlauf dieser Auseinandersetzung zeigt uns auch, dass es richtig und wichtig war, auf eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus zu setzen. Dabei war es, wie ich meine, richtig, den militärischen Aspekt dieser Auseinandersetzung nicht auszublenden.« (Schröder 2001) Das lässt sich auch damit erklären, dass deutsche Regierungsvertreter trotz der Verwendung von Begriffen wie VERBRECHEN und KRIMINALITÄT den Terrorismus mitnichten als eine Form von Kriminalität begriffen; vielmehr maßen sie ihm eine spezielle Bedeutung bei:

»Vor allem müssen wir den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden effizientere Möglichkeiten geben, um zusätzliche Informationen zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität zu nutzen.« (Schröder 2001p)

»Sie können sich darauf verlassen: Ihre Sicherheit, der Schutz vor Terrorismus und Kriminalität, gehört für uns zu den vornehmsten Aufgaben des Staates.« (Schröder 2001a)

»Was Europa heute nicht in solche Regionen der Instabilität investiert, wird morgen auf Europa und auf andere Regionen in Form von negativen ökonomischen und ökologischen Entwicklungen, Migrationsdruck, Kriminalität oder gar Terrorismus zurückschlagen.« (Scharping 2002)

Trotz der Unterschiede im US-amerikanischen und deutschen Regierungsdiskurs in Bezug auf die Begriffe Krieg und Kampf entstehen über den Einbezug militärischer

Maßnahmen in das deutsche Verständnis von Kampf genug Gemeinsamkeiten mit dem US-amerikanischen Anderen, um ein kooperatives Vorgehen in Afghanistan zu ermöglichen. Genau dieses Ziel eines gemeinsamen Vorgehens gegenüber dem terroristischen Anderen drückt sich im deutschen Diskurs durch die Begriffe KOALITION und ALLIANZ aus. Dabei ist es aber keineswegs so, dass sich dieses Streben ohne Machtkalküle vollzogen hätte bzw. lediglich als prinzipienorientierter Multilateralismus zu verstehen ist. Vielmehr handelte es sich auch um einen instrumentellen Multilateralismus. Letzterer ist dabei längst nicht auf die untersuchte Zeit von 2001 bis 2003 beschränkt, sondern manifestierte sich bereits davor bzw. ist auch darüber hinaus feststellbar (Baumann 2011: 476).

Die gesamte Entwicklung hat natürlich auch Auswirkungen auf die deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehung. So ist es laut Außenminister Fischer zwar »[...] von größter Wichtigkeit, gemeinsam immer wieder neu darüber nachzudenken, was Amerikaner und Deutsche verbindet, was uns trennt – und was wir tun können und müssen, um vorhandene Meinungsunterschiede ausdiskutieren und zu einer sich immer wieder erneuernden Gemeinsamkeit zu kommen.« (Fischer 2002f) Dennoch offenbart sich das, was in der zweiten Phase deutlich artikuliert werden sollte, auch schon in der ersten Phase: Mehrfach kommt im deutschen Diskurs der Wunsch zum Ausdruck, gleichberechtigt mit den USA an der Gestaltung internationaler Ordnung mitzuwirken. Dabei ist das Verhältnis zwischen einem norm- bzw. prinzipienorientierten und einem instrumentellen Multilateralismus mitnichten als ein Nullsummenspiel zu verstehen, sondern wie Liebe und Macht gehen beide Hand in Hand, wobei die Schwerpunktsetzung im Verhältnis zu den USA, wie eben ein Vergleich der hier untersuchten Phasen zeigt, dynamisch ist.

Innerhalb der »internationalen Allianz« soll laut dem deutschen Regierungsdiskurs »aktive Solidarität« gegenüber den US-amerikanischen »Freunden« gewährleistet werden, wobei sich auch das veränderte materielle Sein des Landes diskursiv niederschlägt, wie Schröders Reflexion der »Positionierung Deutschlands in der Zukunft« andeutet. Zwar ist hier diesbezüglich von der Zukunft die Rede, doch im weiteren Kontext offenbart sich auch die veränderte Wahrnehmung der Gegenwart, in der Deutschland die »[...] Rolle als wichtiger europäischer und transatlantischer Partner, aber auch als starke[] Demokratie und starke[] Volkswirtschaft im Herzen Europas [...]« zugesprochen wird. Das hier verwendete, energiegeliche Vokabular zeigt sich in derselben Rede auch in Bezug auf den Begriff Koalition: »Durch intensive Bemühungen und vielfältige Aktivitäten ist es gelungen, eine breite internationale Koalition gegen den Terrorismus herzustellen. Das ist ein hohes Gut und wir müssen sehr viel politische Kraft einsetzen, um es zu bewahren.« (Schröder 2001p) In diesem Zusammenhang wird keineswegs eine Abgrenzung zum US-amerikanischen Anderen betrieben. Vielmehr werden dessen Handlungen auch hier positiv beschrieben, was durch das Streben nach einer gemeinsamen Ermächtigung im Rahmen der Koalition erklärt werden kann.

»Was wir brauchen – wir haben es gestern erlebt –, ist eine internationale Koalition gegen den Terrorismus. Wir sind dabei ein ganz gutes Stück weitergekommen; nicht zuletzt deshalb, weil – das sage ich mit wirklich großem Respekt, auch darin stimmen wir überein – die Vereinigten Staaten auf den fürchterlichen Anschlag in einem Maße besonnen reagiert haben, das viele kritische Diskutanten, die anderes erwartet hatten, vielleicht gelegentlich zum Nachdenken bringen sollte.« (Schröder 2001j)

»Es ist das Verdienst amerikanischer Politik – und am Anfang waren nicht wenige skeptisch, ob das gelingen könnte –, durch eine Mischung aus Entschlossenheit einerseits und Besonnenheit andererseits eine weltweite internationale Koalition gegen den Terrorismus politisch zusammengebracht zu haben. Es gilt, diese zusammenzuhalten. Innerhalb der Bündnispartner sind wir uns durchaus einig, dass das eine Aufgabe für alle ist, zumal auch für die wichtigsten Partner der Vereinigten Staaten. Es macht Sinn, beim Zusammenhalten dieser Koalition arbeitsteilig vorzugehen.« (Schröder 2001k)

Erleichtert wird die positive Haltung gegenüber der internationalen Allianz bzw. Koalition gegen den Terror(-ismus) durch deren Legitimation mittels der Vereinten Nationen, wobei sich aus qualitativer Perspektive zeigt, dass man nicht nur das US-amerikanische Andere, sondern auch sich selbst in Form des Verweises auf Europa für diesen Erfolg verantwortlich sieht:

»Nach den grausamen Anschlägen vom 11. September hat sich unter dem Dach der Vereinten Nationen eine handlungsfähige Allianz gegen den internationalen Terrorismus gebildet. Dies war nicht zuletzt ein Erfolg europäischer Bemühungen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben durch kluge Koordination ihrer wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Aktivitäten Wertvolles zum Aufbau und zur Stabilisierung der Antiterrorallianz geleistet.« (Schröder 2001r)

Aufgrund dieser positiven Beschreibung der internationalen Allianz, in der man aktiv freundschaftliche Liebe im Sinne einer gemeinsamen Handlungsfähigkeit spenden und empfangen kann, überrascht das Ziel des Erhalts dieser Allianz nicht: »Diese Allianz muss zusammengehalten werden; das ist eine ganz wichtige politische Aufgabe.« (Schröder 2002b) Aufgrund der materiellen Gegebenheiten innerhalb der deutsch-amerikanischen Beziehung wird verständlich, warum von einem arbeitsteiligen Vorgehen im Kontext des Erhalts der Koalition die Rede ist. Die Arbeitsteilung bedeutet allerdings keine Trennung und es wird auch deutlich, dass das Militärische nur eine Dimension dieser Koalition sein soll:

»Nur auf der Grundlage eines so umfassenden Konzeptes und gemeinsamen Handelns wird die internationale Koalition im Kampf gegen den Terrorismus am Ende erfolgreich sein.« (Schröder 2001q)

»Diese internationale Koalition gegen den Terrorismus, die jetzt gebildet werden muss, darf sich nicht nur auf die politischen und militärischen Aspekte beziehen. Klar ist, dass dieser Kampf auch mit ökonomischen Mitteln geführt werden muss.« (Schröder 2001j)

Trotz der bestehenden Unterschiede in Bezug auf den Umgang mit dem terroristischen Anderen zwischen der US-amerikanischen Vorstellung von Krieg und der deutschen Idee eines multilateral organisierten, mehrdimensionalen Kampfes offenbart sich hinsichtlich des in dieser Phase prominenten terroristischen Anderen, Afghanistan, genug Gemeinsamkeit, um im Rahmen der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung zu kooperieren. Das Streben nach Liebe, das hier im Wunsch nach einem gemeinsamen Vorgehen innerhalb einer internationalen Koalition zum Vorschein kommt, ist aber keinesfalls machtlos, wie sich auch an der Beteiligung am Afghanistaneinsatz insgesamt zeigt:

»Im Falle Afghanistan bot sich der Bundesregierung die einmalige Chance, nicht nur unter der Fahne der Zivilmacht die Rechte der Frauen am Hindukusch zu verteidigen und gleichzeitig die deutsche Resistenz gegenüber Sonderwegen unter Beweis zu stellen, sondern auch gegenüber der Vormacht USA das Mitspracherecht der Deutschen in den großen weltpolitischen Fragen einzuklagen und Punkte für einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu sammeln.« (Hellmann 2003b: 80 f., Herv. i. ●.)

Das Ziel einer deutsch-amerikanischen Arbeitsteilung ist in Bezug auf Afghanistan gerade deshalb realisierbar, weil sich aus einer quantitativen sprachlichen Perspektive sowohl im US-amerikanischen als auch im deutschen Diskurs zeigt, dass Afghanistan als etwas konstruiert wird, im Rahmen dessen man produktiv – hier im Sinne einer Entwicklungshilfe – tätig sein kann. So ist in der ersten Phase im US-amerikanischen Regierungsdiskurs von Wiederaufbau (RECONSTRUCTION) ebenso die Rede wie von Flüchtlingen (REFUGEES; REPATRIATION). Auch ist augenscheinlich, dass nicht das afghanische Volk (PEOPLE) als Feind definiert wird. Im Gegenteil: Der US-amerikanische Regierungsdiskurs spricht davon, dass man das afghanische Volk respektiert (RESPECTS), ja sogar als Freund (Bush 2001f, 2001b) ansieht. Es gehe um Hilfe (HELPING) für das afghanische Volk, was finanzielle Zuwendungen (\$140 MILLION), aber auch einen militärischen Einsatz notwendig erscheinen lasse. Die Art und Weise, wie der Diskurs insgesamt geführt wird, ergibt sich dabei nicht zuletzt aus den materiellen Fähigkeiten der Vereinigten Staaten: »American forces dominate the skies over Afghanistan, and we will use that dominance to make sure terrorists can no longer freely use Afghanistan as a base of operations.« (Bush 2001g)

Abbildung 27: Kollokatoren des Wortstamms *afghan\** in der 1. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Trotz der eindeutigen materiellen Dominanz werden die eigenen Einsatzkräfte als tapfer (BRAVE) bezeichnet. Durch die militärische Zerstörung (DESTROYED) der terroristischen Lager (BASES, CAMPS) ist Afghanistan laut dem US-Präsidenten befreit (LIBERATED) worden, Mädchen (GIRLS) können jetzt wieder zur Schule gehen. Allgemein fällt auf, dass Bush versucht, Afghanistan als etwas Unschuldiges zu konstruieren, was sich etwa durch seinen häufigen Verweis auf Kinder (CHILDREN) zeigt. Die Vereinigten Staaten nehmen so, wenn auch unartikuliert, die Rolle des beschützenden Erziehers ein, der seine Vorstellungen auf wenig responsive Weise in die Welt trägt. Die relativ häufigen Verweise auf Radioübertragungen (BROADCASTING) im Rahmen der amerikanischen *Public Diplomacy* in Afghanistan, den angrenzenden (SURROUNDING) Ländern und im Nahen Osten insgesamt verstärken diesen Eindruck der *one-way*-Kommunikation. Die nun anstehende Neuordnung der afghanischen Verhältnisse soll nach Bush jedoch zu einer Regierung führen, die das afghanische Volk repräsentiert (REPRESENTS). Es solle also nicht darum gehen, von US-Seite aus eine Ordnung aufzuzwingen.

In Bezug auf Afghanistan zeigt der deutsche Regierungsdiskurs viele Ähnlichkeiten zum US-amerikanischen. Auch hier geht es zunächst um den WIEDERAUFBAU, um HUMANITÄRE HILFE für das GESUNDENE und LEIDGEPRÜFTE afghanische VOLK und die FLÜCHTLINGE. Diese Hilfe soll im Rahmen der SUPPORT GROUP, in der Deutschland den VORSITZ innehat, organisiert werden. Deutschland wird so eine produktive Rolle bei der NEUORDNUNG Afghanistans zugesprochen. Insgesamt » [...] kristallisiert sich [...] die (eher implizite) Forderung nach einem ›nicht-militärischen Militär‹, also einem nicht-kriegführenden Militär, das im Wesentlichen als Entwicklungshilfeorganisation und als Polizei arbeiten soll [...]« (Nonhoff/Stengel 2014: 55) im deutschen Regierungsdiskurs. Dabei offenbaren die

diskursiven Praktiken in Bezug auf Afghanistan das Streben nach produktiver Liebe, nach produktiver Mitgestaltung der internationalen Ordnung. Selbst wenn es auch deutschen Regierungsvertretern nicht darum geht, dem afghanischen Volk bei der NEUORDNUNG ihres Landes irgendeine Regierung zu oktroyieren, ist dieses Streben nach Liebe natürlich auch mit Macht verbunden und das nicht nur in Bezug auf Afghanistan, sondern auch gegenüber den Vereinigten Staaten.

Abbildung 23: Kollokatoren des Wortstamms *afghan\** in der 1. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Aufgrund der Gemeinsamkeiten des deutschen und US-Regierungsdiskurses hinsichtlich Afghanistan überrascht es nicht, dass deutsche Truppen bei der Diskussion um Afghanistan im US-Regierungsdiskurs an drei Stellen positive Erwähnung finden und GERMAN deshalb als Kollokator für die mit Afghanistan in Verbindung stehenden Bedeutungen auftritt. Der gemeinsame Einsatz hat für den US-Präsidenten auch etwas Emotionales, da die in Afghanistan gefallenen deutschen Soldaten wie die eigenen dienten bzw. starben:

»My Nation is so grateful for the sympathy of the German people and for the strong support of Germany and all of Europe. Troops from more than a dozen European countries have deployed in and around Afghanistan, including thousands from this country, the first deployment of German forces outside of Europe since 1945. German soldiers have died in this war, and we mourn their loss as we do our own. German authorities are on the trail of terrorist cells and finances. And German police are helping Afghans build their own police force, and we're so grateful for this support.« (Bush 2002l)

»In Afghanistan, German troops have served and died beside our own.« (Bush 2002h)

Dieser Aspekt der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung, der auf die gemeinsame Erfahrung in Afghanistan abzielt, tritt auch bei einer Kollokationsanalyse für Beschreibungen des deutschen Anderen im US-Diskurs mittels der Kollokatoren TROOPS und DIED hervor. Es fällt jedoch bei der Kollokationsanalyse auf, dass die Vorstellung der Freundschaft nicht als statistisch signifikantes Ergebnis auftritt. Auch ist vom deutschen Anderen im US-Diskurs viel seltener die Rede als vom US-amerikanischen Anderen im deutschen Diskurs, was die unterschiedlichen materiellen Möglichkeiten zur Gestaltung internationaler Ordnung erklären.

Abbildung 29: Kollokatoren des Wortstamms *german\** in der 1. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Diese Würdigung des deutschen Anderen erfolgt hier zu einer Zeit, in der das Thema Irak bereits zu Differenzen im deutsch-amerikanischen Verhältnis geführt hat, sich beide Seiten allerdings noch bemüht zeigten, die Differenzen zu überbrücken bzw. gerade die bestehenden Gemeinsamkeiten hervorzuheben. In einer Rede Bushs vor dem Deutschen Bundestag am 23. Mai 2002 teilt sich folgerichtig erneut ein auf Gemeinsamkeiten basierendes Freundschaftskonzept mit:

»Different as we are, we are building and defending the same house of freedom [...] America and the nations in Europe are more than military allies; we're more than trading partners; we are heirs to the same civilization. The pledges of the Magna Carta, the learning of Athens, the creativity of Paris, the unbending conscience of Luther, the gentle faith of St. Francis: All of these are part of the American soul. The New World has succeeded by holding to the values of the Old. Our histories have diverged, yet we seek to live by the same ideals. We believe in free markets, tempered by compassion. We believe in open societies that reflect unchanging truths. We believe in the value and dignity of every life. These convictions bind our civilization together and set our enemies against us. These convictions are universally true and right

And they define our nations and our partnership in a unique way. And these beliefs lead us to fight tyranny and evil, as others have done before us.« (Bush 20021)

Dass hier von Europa und nicht von Deutschland gesprochen wird, kann jedoch gleichzeitig als Zeichen frustrierender Liebe gewertet werden. So geht aus der Rede, die in Deutschland gehalten wurde, klar hervor, dass Deutschland nicht als gleichberechtigter Partner wahrgenommen wird: Viel häufiger als von Deutschland (sechs Mal) ist die Rede von Europa (24 Mal) und sogar von Russland (15 Mal). Auch dieses Ergebnis der sprachanalytischen Betrachtung überrascht bei einem Blick auf eine Meinungsumfrage vom Juni 2002 nicht, drückt es sich doch auch in der US-amerikanischen öffentlichen Wahrnehmung des Einflusses in der Welt aus. So wird der Einfluss Deutschlands in der Welt auf einer von 0 bis 10 reichenden Skala mit 6,1 geringer eingeschätzt als der von Russland (6,5) bzw. der Europäischen Union (6,7) (The Chicago Council on Global Affairs 2002: 48).

Diese aus der materiellen Ressourcenverteilung emergierende Wahrnehmung des deutschen und europäischen Einflusses zeigt sich aber nicht nur auf US-amerikanischer Seite. Deutschland nimmt sich selbst nicht als weltpolitischen Akteur wahr: »Die weltpolitischen Akteure sind in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch die Vereinten Nationen. Der dritte Akteur ist die Europäische Union.« (Schröder 2002i) Die Bedeutung Europas ist dabei auf das Engste mit der Wahrnehmung der Beziehung zum US-amerikanischen Anderen verbunden, ein Phänomen, das nicht erst im Untersuchungszeitraum erkennbar ist:

»Für die Rekonstruktion des außenpolitischen Selbstbildes der Bundesregierung ist entscheidend, dass die Erfahrung der fortgesetzten Abhängigkeit von der amerikanischen Ordnungsmacht während der Kriege und Krisen im ehemaligen Jugoslawien dafür Sorge trugen, dass das Selbstbild der westlichen Mitführungsmacht als »partner in leadership« im Rahmen eines von den USA als Seniorpartner geleiteten westlichen Bündnisses für Deutschland nicht mehr haltbar war. Als neues Ziel galt der Bundesregierung fortan eine gleichrangige und gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den USA und einer politisch vereinten, unter deutscher Führung stehenden EU [...].« (Roos 2010: 200)

Mit *Partnership in Leadership* nimmt Roos hier auf eine Rede des ehemaligen US-Präsidenten Bush senior (1989a) Bezug; in dieser Rede vom 31. Mai 1989 machte Bush ein neues Level der deutsch-amerikanischen Beziehung nach Ende des Kalten Kriegs aus: »The United States and the Federal Republic have always been firm friends and allies, but today we share an added role: partners in leadership.« Das ist eine Konstruktion, die auch innerhalb des Untersuchungszeitraums an zwei Stellen auftaucht. So nehmen sowohl der deutsche Außenminister Fischer – bei der Verleihung des Eric-M.-Warburg-Preises des Atlantik-Brücke e.V. an Bush senior am 17. April 2002 in Berlin – als auch Bushs Sohn George W. – bei einer Rede vor dem

Deutschen Bundestag am 23. Mai 2002 – diese Idee auf. Während Fischer diese partnerschaftliche Form der Beziehung nicht etwa zwischen den USA und Deutschland, sondern zwischen den USA und einem politisch geeinten Europa erst noch verwirklichen möchte, erweckt Bushs Aussage den Eindruck, es gäbe bereits eine deutsch-amerikanische Führungspartnerschaft:

»Wenn es gelingt, Europa tatsächlich zu einen, nicht nur in Wirtschaft und Währung, sondern auch politisch, dann wird Ihnen in Europa auch jener ›partner in leadership‹ erwachsen, den Sie sich gewünscht haben, um eine gerechtere Weltordnung zu verwirklichen, die wir in der Ära der Globalisierung so dringend brauchen.« (Fischer 2002f)

»More than a decade ago, as the President pointed out, my dad spoke of Germany and America as partners in leadership, and this has come to pass. A new era has arrived. The strong Germany you have built is good for the world.« (Bush 2002l)

Beide Aussagen stehen nun stark miteinander in Verbindung. Bushs Aussage muss vor dem Hintergrund eines Versuchs gelesen werden, deutsche Unterstützung für den Irakkrieg zu gewinnen bzw. den in der ersten Phase bereits auftretenden Widerstand aufzulösen. Eine gemeinsame und gleichberechtigte Führung und Gestaltung der Weltpolitik mit Deutschland schwebt ihm nicht vor, was sich in dieser Rede auch durch die bereits genannte, häufigere Nennung von Europa und Russland im Verhältnis zu Deutschland offenbart. Die auch auf der Grundlage der materiellen und institutionellen Gegebenheiten zu verstehende Erkenntnis, dass Deutschland alleine nicht stark genug ist, eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA einzugehen, zeigt sich gleichermaßen in Fischers Aussage.

Die Vehemenz, mit der zum selben Zeitpunkt das Ziel einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik im deutschen Regierungsdiskurs artikuliert wurde, ist dabei eng mit dem Zustand der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung verknüpft.<sup>34</sup> Wenn das US-amerikanische Andere das im deutschen Regierungsdiskurs auftretende Streben nach (freundschaftlicher) Liebe enttäuscht bzw. wenn überhaupt nur eine solche Gefahr besteht, wird das eigene Streben nach Liebe stärker im europäischen Kontext gestillt. Hierdurch zeigt sich eine Form von Emanzipation vom US-amerikanischen Anderen. Emanzipation sollte aber keineswegs bloß als Abgrenzung von etwas verstanden werden, zielt sie doch immer auch auf etwas. Gerade weil es Enttäuschungen hinsichtlich einer gleichberechtigten Führungspartnerschaft durch das US-amerikanische Andere gibt, überrascht es auch nicht, dass sich bereits in der ersten Phase die Verwirklichung des Strebens nach freundschaftlicher Liebe im europäischen Rahmen, v.a. zusammen mit Frankreich,

34 Siehe hierfür auch Berenskoetter und Giegerich (2010).

andeutet. Eine qualitative Analyse europäischer Themen veranschaulicht, dass die europäische Integration etwas ist, das mit »[...] stolz [als] die größte Erfolgsgeschichte des 20. und, ich denke, auch des 21. Jahrhunderts [...]« (Schröder 2001p) ausgemacht wird. Sie gilt in ihrer Bedeutung für die deutsche Identität neben einem »[...] enge[n] Verhältnis zu den USA [...] als] der wichtigste Pfeiler, auf dem die Freiheit und die Demokratie unseres Landes aufgebaut ist [...].« (Fischer 2002e, vgl. auch Schröder 2002g, 2002c) Auch wenn somit die Beziehungen zu den europäischen Partnern im Vergleich zur Beziehung zu den USA ebenbürtig erscheinen, will man doch die europäische Säule innerhalb des Beziehungsgeflechts schon während der ersten Phase stärken. Es geht also bereits zu diesem Zeitpunkt um ein Mehr an Europa auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik:

»Die Bundesregierung wird hier immer eine sozusagen parallele Politik verfolgen, nämlich einerseits unseren nationalen Beitrag einbringen – in der Frage der politischen Lösung, in der Frage der militärischen Solidarität, in der Frage der humanitären Initiativen – und andererseits nicht müde werden, auch die europäische Sichtbarkeit zu stärken und ein Mehr an gemeinsamer europäischer Außen- und Sicherheitspolitik zu erreichen [...].« (Fischer 2001b)

Dieses Mehr an Europa wird als Instrument wahrgenommen, um auf internationaler Ebene im Sinne freundschaftlicher Liebe produktiv tätig sein zu können, wie schon der auch im europäischen Kontext auftretende Begriff der Solidarität andeutet. »Mehr Europa – das heißt nicht allein mehr Quantität, sondern auch mehr Qualität, will sagen: mehr Antriebskraft.« (Schröder 2001r)

Es geht hierbei nicht um eine konfrontative Abgrenzung gegenüber dem US-amerikanischen Anderen. Vielmehr wird der Fehler bei sich gesucht, die Ursache für die Unausgeglichenheit der Beziehungen in den eigenen Defiziten erblickt. So bezieht sich auch das Ziel der Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit vornehmlich auf den außen- und sicherheitspolitischen Bereich und ist explizit mit der Frage nach der »Balance der transatlantischen Beziehungen« verknüpft. Die Beziehung habe »[...] nicht unter der Dominanz der Amerikaner gelitten [...]«, sondern an der Uneinigkeit Europas: »Es gibt nicht zu viel Amerika, sondern bislang zu wenig Europa. Das zu ändern, ist unsere eigene Verpflichtung. Jammern und Klagen über Andere hilft überhaupt nicht. Europa muss in Zukunft eine noch aktivere Rolle in der internationalen Politik spielen.« (Schröder 2002c) Es geht im deutschen Regierungsdiskurs darum, Europa »sichtbarer zu positionieren« (Fischer 2001b), »[...] nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zur NATO«, »denn die transatlantische Zusammenarbeit im Bündnis ist unverändert ein Eckpfeiler deutscher und auch europäischer Sicherheitspolitik.« (Schröder 2001c) Der Verweis auf die Balance in der Beziehung ist somit kein *Hard Balancing* in Richtung des US-amerikanischen Anderen. Stattdessen geht es um das grundlegende Bedürfnis, vom US-amerikanischen Anderen gesehen zu werden und im Sinne produktiver Liebe eine

aktivere Rolle innerhalb der Beziehung spielen zu können, was auch durch die mit europäischen Ausdrücken verknüpften Begriffe des Motors, der Integration, der Handlungsfähigkeit und der Antriebskraft offenkundig wird. Frankreich kommt hierbei eine entscheidende Rolle zu: »Deutschland und Frankreich haben in Nantes am 22. November durch ihre Erklärung zu den europapolitischen Prioritäten gezeigt, dass sich unsere beiden Länder auch weiterhin der Verantwortung stellen, Motor der europäischen Integration, aber eben auch Motor der europäischen Modernisierung zu sein.« (Schröder 2001r) Zwar wird an anderer Stelle ein »grundsätzliche[s] Spannungsverhältnis« (Fischer 2002c) zwischen NATO und Europäischer Union erkannt. Hierbei gilt es jedoch zu bedenken, dass selbst ein Spannungsverhältnis produktiv sein kann und keineswegs negative Konsequenzen haben muss.

Dass Deutschland alleine eher nicht vom US-amerikanischen Anderen wahrgenommen wird und das Ziel, sich sichtbarer zu positionieren, somit nicht unbegründet ist, deutet auch eine allgemeinere Betrachtung des Gedankens der Freundschaft im US-Diskurs aus quantitativer Perspektive an: Hier tritt Deutschland nicht als signifikantes Ergebnis auf.

Abbildung 30: Kollokatoren des Wortstamms friend\* in der 1. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle. Eigene Darstellung

Aus qualitativer Perspektive wird Deutschland dagegen als Freund wahrgenommen. Wie eine Konkordanzanalyse zeigt, ist an fünf Stellen in der ersten Phase des Diskurses von engsten (CLOSEST) Freunden die Rede, worunter an zwei Stellen auch Deutschland zählt. Obwohl Letzteres als *einer* der engsten Freunde bezeichnet wird, ist *der* engste Freund indes Großbritannien.

»This week, I met with the Prime Ministers of two of America's closest friends, Canada and Japan.« (Bush 2001i)

»Following World War II, America fed and rebuilt Japan and Germany, and their people became some of our closest friends in the world.« (Bush 2001f)

»Geography made us [the USA and Mexico, tg] neighbors, but our shared values and rich cultures have made us the closest of friends.« (Bush 2002g)

»In the tests of our time, we are affirming our deepest values and our closest friendships. Inside this Chamber, across this city, throughout this nation and continent, America has valued friends. And with our friends we are building that house of freedom for our time and for all time.« (Bush 20021)

»[... W]e will always be Israel's closest friend [...].« (Powell 2002b)

»America has no truer friend than Great Britain.« (Bush 2001a)

»We are joined in this operation by our staunch friend, Great Britain. Other close friends, including Canada, Australia, Germany, and France, have pledged forces as the operation unfolds.« (Bush 2001b)

Dass hier Großbritannien als der wichtigste Freund in Erscheinung tritt, ist längst nicht auf das hier untersuchte Textkorpus beschränkt, sondern spiegelt sich auch in gesamtgesellschaftlichen Einstellungen, wie etwa eine Meinungsumfrage vom Juni 2002 zeigt. Ähnlich den Ergebnissen der sprachanalytischen Untersuchung lassen sich hier Kanada und Großbritannien als die Länder ausmachen, gegenüber denen die US-Amerikaner die wärmsten Gefühle hegen. Auf einer Skala von 0 bis 100 °C erreichen Kanada mit 77 °C und Großbritannien mit 76 °C deutlich höhere Werte als Deutschland mit 61 °C, das knapp vor Japan und Mexiko mit jeweils 60 °C liegt (The Chicago Council on Foreign Affairs 2002: 51).

Interessant ist zudem die Verbindung des Wortstamms *friend\** mit dem Wort ALLIES. Zunächst zeigt sich, dass eine sprachliche Verbindung zwischen der Beziehungslogik von Alliierten und Freunden besteht.<sup>35</sup> Unerwartet findet sich die Vorstellung von engsten Beziehungen im Sinne des Kollokators CLOSEST bei einer Konkordanzanalyse allerdings nicht in der Nähe des Ausdrucks FRIENDS AND ALLIES, was trotz der Verbindung von Freunden und Alliierten einen qualitativen Unterschied nahelegt. Artikulationen, die nur auf den Gedanken der Freundschaft zielen, scheinen ein stärkeres Gefühl der Verbundenheit zu signalisieren als diejenigen, die auf die Vorstellung von Freunden und Alliierten rekurrieren. Bei einer qualitativen Betrachtung des Gedankens der Freundschaft zeigt sich darüber hinaus

35 Siehe zur Frage, ob Allianzen als Freundschaften gelten können, S. 73, Fn. 93.

ein Verständnis von Freundschaft im Sinne einer auf Gemeinsamkeiten aufbauenden präferenziellen Liebe.

»America's relationship with Mexico is built on common values and shared culture.« (Bush 2002g)

»After years of planning for war, Russia and the United States are building a friendship based on shared interests, fighting terrorism, and expanding our trade relationship. [...] The partnership of America and Russia will continue to grow based on the foundation of freedom and the values – the democratic values we hold dear.« (Bush 2002h)

Wenn Gemeinsamkeiten vorliegen, kann es dabei sogar dazu kommen, dass sich das Streben nach Liebe wörtlich empirisch manifestiert. So zeigt sich an einigen Textstellen, dass Einheit durch Liebe im US-Diskurs nicht nur im innerstaatlichen, sondern auch im internationalen Kontext erreicht werden soll. Zum Beispiel wird hierfür der Begriff *Liberty* als Synonym für *Freedom* mit dem Begriff Liebe verbunden und dadurch versucht, Gemeinsinn mit anderen zu (re-)konstruieren.

»Sunday is Cinco de Mayo, a day that commemorates the Mexican people's great victory at the Battle of Puebla, a battle for freedom fought against overwhelming odds. That victory continues to inspire liberty-loving people across the globe. It reminds us that the cost of freedom is always high, but it is never too high.« (Bush 2002g)

Diese Tendenz zur präferenziellen Freundschaft innerhalb des US-amerikanischen Diskurses hat auch eine Kehrseite: Wenn Differenzen vorliegen, zeigen sich schnell die Grenzen der US-amerikanischen Freundschaft, wie der Kollokator EUROPEAN verdeutlicht. Er steht für den US-amerikanischen Versuch, den Vorwurf des Unilateralismus abzuwehren. Demgegenüber wird die Bereitschaft zur Kooperation hervorgehoben. Allerdings hat dieses Angebot, mit anderen gemeinsam produktiv tätig zu werden, klare Grenzen, die in US-amerikanischen Prinzipien gründen. So zeigte sich bereits im Februar 2002, als erste Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf den Irak deutlich wurden, in einer Aussage von Außenminister Powell, dass man sich zwar mit den europäischen Freunden abstimmt, jedoch dadurch unberührt an den eigenen Überzeugungen festhält:

»I also believe we have been successful in bringing the Europeans to a calmer level of maturing with respect to what many had labeled in Europe as unbridled US unilateralism.« [...] We spend an enormous amount of our time consulting with our European and other friends. It is a priority for the President. He met with Chancellor Schroeder. [...] We believe in consultation, but we also believe in leading. We believe in multilateralism, but we also believe in sticking up for what we believe is right, and not sacrificing it up just on the altar of multilateralism for

the sake of multilateralism. Leadership is stating out what you believe in and coalition-leading means leading, and that is what this President does.« (Powell 2002i)

An Stellen wie dieser wird der Wert einer qualitativen Feinanalyse offensichtlich. Die Differenzen in Bezug auf den Irak sind bereits in der ersten Phase spürbar, ohne dass das Thema konkreter Gegenstand der Artikulationen ist bzw. in quantitativer Hinsicht signifikant hervortritt. Gerade auf Grundlage eines auf Gemeinsamkeiten basierenden Freundschaftskonzepts überrascht es nicht, dass unterschiedliche Ideen – etwa die in Bezug auf den Irak – im deutschen Diskurs im Vergleich zum US-amerikanischen auftreten und zu einer Schwächung der vorliegenden Art von freundschaftlicher Beziehung führen. In der ersten Phase sind die Ideen bezüglich des Irak dabei noch recht verhalten artikuliert worden. So führt eine Kollokationsanalyse einerseits, aufgrund des geringen Vorkommens von Bedeutungen in Bezug auf den Irak zu keiner hohen Trefferzahl. Andererseits ist auffallend, dass der Begriff SANCTIONS die statistisch signifikanteste Kollokation darstellt, wo es in allen Fällen bis auf einen darum geht, das bestehende Sanktionssystem gegenüber dem Irak anzupassen. Es wird also nicht davon gesprochen, dass die Sanktionen gegenüber dem Irak versagt haben: »We continue to develop sanctions, improve our sanctions regime toward Iraq to make sure that they do not succeed in their horrible quest to develop weapons of mass destruction.« (Powell 2002j)

An der sprachlichen Oberfläche zeigen sich kaum Spannungen, da auch im deutschen Diskurs das Thema Irak in der ersten Phase kaum angesprochen wird. Zwar gilt es als »ein wichtiges Thema im transatlantischen Diskurs«, die insgesamt seltenen Aussagen in dieser Untersuchungsphase lassen sich aber im direkt auf diese Beschreibung folgenden Satz zusammenfassen: »Saddam Hussein regiert den Irak seit 20 Jahren mit diktatorischer Gewalt.« (Fischer 2002f)<sup>36</sup> Wie im US-amerikanischen Diskurs spielt das Thema Irak aber auch eine Rolle, ohne direkt genannt zu werden. Dass nicht zuletzt deshalb schon in der ersten Phase Zeichen enttäuschter Liebe im deutschen Diskurs zu erkennen sind, offenbart sich an einer anderen Textstelle, die erneut den Wert einer qualitativen Feinanalyse aller Texte zeigt. Hier reagiert Schröder auf die von Powell zurückgewiesene Kritik am US-amerikanischen Unilateralismus, ohne den Minister direkt beim Namen zu nennen. Solch eine vorsichtige, diplomatische Form der Kritik ist durch enttäuschte Liebe motiviert und auch nur vor dem Hintergrund der begrenzten materiell-

36 Bei dieser Analyse macht es bei drei Wortpaaren keinen Sinn, von Kollokationen zu sprechen, weil sie nur statistisch signifikante Verbindungen sind, da um sie herum die Node zweimal aufzufinden ist. In diesem Fall kann nicht davon gesprochen werden, dass die Wörter gemeinsam überzufällig häufig auftauchen. Deshalb bleibt die Analyse der mit dem Wortstamm *irak*\* in Verbindung stehenden Wörter hier rein qualitativ.

institutionellen Einflussmöglichkeiten Deutschlands auf die USA zu verstehen. Obwohl Deutschland die Solidarität mit Letzteren keineswegs aufkündigt, wird sie an die Einbettung in den institutionellen Rahmen der Vereinten Nationen gebunden:

»Wir machen mehr und mehr die Erfahrung, dass nationale Politik zwar wichtig und durchaus nicht einflusslos ist, aber dass sie durch neue Konzepte der internationalen Zusammenarbeit ergänzt werden muss. In der Außenpolitik heißt das vor allen Dingen, dass entgegen dem Trend zum Unilateralismus, den es immer wieder und immer noch gibt – ich will gar nicht die Orte nennen, an denen er besonders virulent ist –, deutsche Politik darauf bestehen wird und muss, dass im Mittelpunkt internationaler Krisenlösung die Vereinten Nationen stehen. Wir haben deutlich gemacht, dass die Reform der Vereinten Nationen, um sie handlungsfähiger zu machen, dass die Legitimation von Konfliktlösungsmustern durch die Vereinten Nationen unerlässlich ist, wenn Deutschland sich solidarisch beteiligen soll. Das hat unser außen- und sicherheitspolitisches Handeln auf dem Balkan ebenso bestimmt wie in Afghanistan. Das wird so bleiben.« (Schröder 2002a)

Diese obgleich hartnäckig vorgetragenen Anzeichen enttäuschter Liebe resultieren daraus, dass der US-amerikanische Diskurs Führung mit dem Abstecken der eigenen Ansichten gleichsetzt. Hierbei deutet sich an, dass sich Mechanismen der selbstbezogenen und der präferenziellen Liebe in Form des *Mirror View* mit denen von *Representational Force* mischen, die auf die Herstellung einer Macht-über-Beziehung zielt. Zwar ist es wiederum nach Powell wünschenswert, wenn andere den USA folgen. Falls dies aber nicht der Fall sei, werde man alleine vorangehen. Des Außenministers deutliche Aussage bezieht sich offenkundig bereits auf den Irak, ohne dass dieser explizit genannt würde:

»We pulled together a great coalition, a coalition that we lead because that coalition wants us to lead it; a coalition that has done more than soft applause in support of the vision; a coalition with [sic!] puts British troops next to American troops in Afghanistan and German troops in combat operations on the right side, the first time they have been in such operations in 50-odd years, and with French troops and Jordanian troops and other troops, and many other nations that were willing to put their troops in harm's way, had we a need for those troops in the theatre of operations. [...] We also recognize that coalitions need leadership, and we also recognize that while we're pulling together a coalition, we would like the coalition to move out all in the same manner with the left foot forward altogether. There may be times when we have to act alone, but we can't have our national interests constrained by the views of the coalition. My job, of course, as Secretary of State, is to explain this vision, carry this vision forward, using the example given to us by President Bush, and to make sure that everybody understands that we want you to be with us, but if you can't be, we're going ahead anyway.« (Powell 2002h)

Deutlicher kam die Ignoranz gegenüber den Ansichten anderer wohl kaum zum Ausdruck kommen. Diese Logik wurde allerdings schon wenige Tage nach den Ereignissen des 11. September in anderer Form dargelegt: »Every nation, in every region, now has a decision to make. Either you are with us, or you are with the terrorists. From this day forward, any nation that continues to harbor or support terrorism will be regarded by the United States as a hostile regime.« (Bush 2001a) Die Selbstbezogenheit, die der US-Diskurs hier zum Ausdruck bringt, gründet unterdessen auf dem Gefühl der eigenen Omnipotenz:

»Not only the terrorists but also the American government, as well, have fallen into fanaticism, which is characterized by a narcissistic self-concept – as if Bush were to say: »America is something very special, unusual, one of a kind. It is God’s own country. America is equipped with inmeasurable power. That is the only thing that matters. They should not love us but admire us or, even better, fear us. America will not be vulnerable anymore or show any weaknesses. It will only trust in its own power. America is suspicious and even looks at its friends and closest allies condescendingly or with disdain. Who is not on our side is against us. If they do not support us, we will buy them. If they are not for sale, we will push them to the side as if they were irrelevant.« America certainly does not depend on anyone. America has anything under control and does not trust in anything and anyone except its own military and economic power. « (Wirth 2009: 228)

Die Verbindung zwischen dieser machtvollen Konstruktion und der binären Logik von Gut und Böse bringt Bially Mattern mit der Beschreibung von *Representational Force* auf den Punkt:

»In other words, US authors structured their narrative in a way that linked a representation of attraction to and approval of their policies with a representation that drew a line between good and evil. The effect of this linguistic structure was to similarly draw a line designating those against the policy and the US as definitively evil. For members in the audience whose subjectivities depended in important part on narrative »realities« about being on the »good« side of the good/evil divide, this created a trap. The »nonchoice« was either to accept the US-articulated »reality« of its own attractiveness and preserve the »reality« of their own moral righteousness; or deny it and contradict the logic and integrity of the narratives that inscribed their »goodness«. By forging a link between the phrase »war on terrorism« and that of »with us or with the terrorists« the US used the structure of their narrative to coerce.« (Bially Mattern 2005a: 606)

Zwar ist es nicht so, dass sich keinerlei Zeichen des Strebens nach freundschaftlicher Liebe zur Überwindung existenzieller Einsamkeit im US-amerikanischen Regierungsdiskurs finden ließen. So ist der Verweis auf die Unterstützung durch andere, wie etwa durch den engen Freund Deutschland, auch Manifestation des Strebens

nach freundschaftlicher Liebe. Trotzdem ist dieser Verweis wohl eher instrumenteller Natur (Jackson 2005: 130 ff.), da der im US-Diskurs angesprochenen Koalition *jeder* angehören kann, solange er sich den Bedürfnissen der USA unterordnet. Ein Einfluss auf die Washingtoner Entscheidungsfindung im Sinne produktiver Liebe ist damit also nicht gewonnen. Dieser instrumentelle bzw. selektive Multilateralismus, der im US-amerikanischen Regierungsdiskurs hervorsieht, ist keineswegs ein exklusives Phänomen der Bush-Administration, jedoch erhält er in der hier untersuchten Phase eine neue Schwerpunktsetzung: »Während die Handlungslogik liberaler Hegemonie lautet: »multilateral, soweit wie möglich, unilateral, wo notwendig«, agiert die Bush-Administration [sic!] unilateral, soweit sie kann, und multilateral da, wo sie muss.« (Rudolf 2005: 19)

In diesem Kontext ist es auch verständlich, dass im US-amerikanischen Diskurs sowohl in der ersten als auch in der zweiten Phase staatlich organisierte Gesellschaften zwar als Freunde bezeichnet werden, allerdings Zweifel an der Bedeutung dieses Wortes berechtigt sind: »We are giving it the highest priority, working with our friends in Pakistan and Uzbekistan, and I was pleased to see the Foreign Minister of Uzbekistan in the hearing room today, and it gives me the opportunity to thank him and his government for the terrific support that they have provided to us.« (Powell 2001b) Diese Entwicklung ist dabei auch vor dem Hintergrund der technologischen Transformation der US-Streitkräfte zu verstehen:

»Although the USA has developed and will increasingly rely on long-range force projection capacities supported from the sea or from the USA itself, political support is needed to carry out operations that require access to the facilities of other countries or that proceed through their land, territorial waters or airspace. This factor is having an impact on the reshaping of US foreign relations, particularly where countries have not traditionally been close allies or friends of the USA.« (Anthony 2003: 51)

Der Freundschaftsbegriff kristallisiert sich hier also innerhalb der Beziehungskonstellation einer Koalition der Willigen. Auch wenn dieser Ausdruck erst in der zweiten Phase des US-Regierungsdiskurses explizit Verwendung findet, zeigt sich die Logik des Konzepts bereits in der ersten Phase deutlich, was sich folgendermaßen greifen lässt:

»What makes the phrase reassuring is its denial of the most likely historical scenario: that relatively small and economically and politically weak countries signed on to the coalition led by the United States and Great Britain (itself a minor partner) because they did not wish to face the probable consequences of incurring Washington's ire.« (Chambers 2003: 176)

#### 4.2.4 Die Bedeutungen der NATO und der Vereinten Nationen im deutschen und US-amerikanischen Diskurs

Wie bereits durch die verschiedenen Fremdwahrnehmungen angeklungen ist, hat die materielle, hierarchische Tiefendimension der deutsch-amerikanischen Sicherheitsstruktur natürlich auch Auswirkungen darauf, wie deren zentrale institutionelle Manifestationen, die NATO und die Vereinten Nationen, in den jeweiligen Diskursen bedeutet werden. Aus deutscher Sicht wäre die NATO ein Ort für die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Ordnungsvorstellungen im Zeichen produktiver Liebe gewesen. Durch die Ausrufung von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags sollte dieses Ziel produktiver Einflussgewinnung auf die Vereinigten Staaten erreicht werden (Overhaus 2004: 557). Nicht umsonst fiel der Begriff Solidarität auch in Bezug auf die NATO. So hatte »[...] d]er NATO-Rat [...] den Vereinigten Staaten seine volle Solidarität auf der Grundlage von Artikel 5 des NATO-Vertrages erklärt.« (Schröder 2001n)

Der Verweis auf die produktive Rolle des institutionellen Settings der NATO ist dabei nicht unabhängig von den materiellen Fähigkeiten Deutschlands zu betrachten, eröffnet doch nur diese die Möglichkeit, internationale Ordnung produktiv beeinflussen zu können. Bislang stellt laut Scharping nur die NATO aufgrund ihrer operativen Fähigkeiten den institutionellen Rahmen für die Verwirklichung des deutschen Ziels einer auf multilateraler Verantwortung und gemeinsames Vorgehen ausgerichteten Politik dar.

»Die eine Frage lautet: Was geschieht, wenn nichts geschieht und wir uns nicht beteiligen? – Wir werden zum Spielball des Terrors. Wir verlieren unsere Fähigkeit, Amerika zu beeinflussen und eine auf multilaterale Verantwortung und gemeinsames Vorgehen abzielende Politik durchzusetzen. [...] Hier steht nicht nur der Erfolg des Kampfes gegen den Terrorismus auf dem Spiel, sondern hier steht auch die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in einer sich entwickelnden, auf multilateraler Verantwortung beruhenden Politik innerhalb der NATO und der Europäischen Union zur Debatte. Ich sage das auch deshalb, weil – unbeschadet der Debatten, die wir hier führen – mit all diesen Entscheidungen auch gewisse Weichenstellungen hinsichtlich der Frage vorgenommen werden, wie wir das Verständnis von gemeinsamer Sicherheit und ihrer multinationalen Gewährleistung in Zukunft in operative Fähigkeiten umsetzen wollen. Der größte Vorteil der NATO ist, dass sie diese Fähigkeiten hat, dass diese eingeübt sind und es ein enormes Maß an politischem Vertrauen in die Fähigkeiten der NATO gibt. Das ist etwas, was wir in Europa und im Rahmen der ESVP noch entwickeln müssen.« (Scharping 2001b)

Bei einer allgemeineren Betrachtung der mit dem Begriff NATO in Verbindung stehenden Begriffe zeigt sich das Streben nach freundschaftlicher Liebe durch die

Ausrufung des BÜNDNISFALL(ES) gemäß ARTIKEL 5. Zudem spielen die ERWEITERUNG der NATO und die Beziehung zu RUSLAND<sup>37</sup> eine signifikante Rolle.

Abbildung 31: Kollokatoren des Wortstamms NATO\* in der 1. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Eine qualitative Feinanalyse des Begriffs ERWEITERUNG zeigt, dass diese in einem doppelten Spannungsverhältnis stattfindet. Einerseits ist die Frage der materiellen Transformation der NATO sowie der Bundeswehr angesprochen. Andererseits wird auch die bereits bei der Diskussion der Rolle Europas im deutschen Diskurs thematisierte Spannung zwischen NATO und europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik artikuliert. In Bezug auf dieses Verhältnis wird klar, dass die materiell fundierte Asymmetrie innerhalb der NATO reflektiert wird. Die USA werden als einzige globale Macht identifiziert. Mehr noch: Laut Fischer ist es nicht nur eine Illusion, dass diese Asymmetrie beseitigt werden kann, sondern auch nicht notwendig, um die NATO handlungsfähig zu halten. Auch wenn er die Übermacht der USA anerkennt, verspricht Fischer gleichzeitig das mit dem Wandel zu einem Exporteur von Sicherheit einhergehende, gestiegene deutsche Selbstbewusstsein:

»Ich betone nochmals: Dies liegt im europäischen, im deutschen und im transatlantischen Interesse, denn wir werden damit mehr Stabilität und Sicherheit bekommen. Ich behaupte, dass die Diskussion dann erst beginnt. Sie findet in einem doppelten Spannungsverhältnis statt,

37 In Verbindung mit RUSLAND sind auch die Kollokatoren GLEICHBERECHTIGT und GRÜNDE zu verstehen: »Russland steht im Grunde in einer Beziehung zur NATO und damit zur westlichen Welt, die ich jedenfalls für kaum mehr auflösbar halte: im Grunde gleichberechtigter Partner der NATO« (Schröder 2002d).

denn die Erweiterung wird die NATO selbstverständlich transformieren. [...] Dieser Transformationsprozess ist durch die historische Zäsur, die sich aus dem Ende des Kalten Krieges, aus dem Verschwinden der Sowjetunion und damit aus dem Zusammenwachsen Europas ergab, in Gang gesetzt worden. [...] Wir müssen feststellen, dass der Transformationsprozess von der auf den Kalten Krieg ausgerichteten Bundeswehr hin zu einer Bundeswehr, die den neuen – auch den europäischen – Erfordernissen und den strategischen Herausforderungen gerecht wird, in der Vergangenheit eben nicht in dem Maße vorangebracht wurde, wie es notwendig gewesen wäre. [...] Mir geht es um etwas anderes. Wenn Sie sagen, die NATO sei nur eingeschränkt handlungsfähig, dann muss ich fragen: Auf was beziehen Sie diese Aussage? Beziehen Sie sie auf die Handlungsfähigkeit der einzigen globalen Macht, nämlich der USA? In diesem Sinne war die NATO in der Vergangenheit immer nur eingeschränkt handlungsfähig, es war immer asymmetrisch und wird es auch in der Zukunft sein. Oder beziehen Sie Ihre Aussage auf etwas anderes, nämlich auf die Tatsache, dass wir bestimmte Kapazitäten wie zum Beispiel im Bereich der Langstreckentransporter [...] noch nicht haben? Wenn das der Fall ist, dann müssen wir darüber sprechen. Aber die Frage, die Sie aufwerfen, weckt zugleich die Illusion, dass die NATO nur dann voll einsatzfähig wäre, wenn das Niveau der wichtigsten europäischen Mitgliedstaaten innerhalb der NATO mit dem Niveau der global handelnden USA mithalten könnte. Ich halte diese Auffassung für schlichtweg illusionär und für politisch nicht erstrebenswert [sic!]. [...] Aber selbstverständlich gibt es noch ein zweites Problem, das hier schon angeklungen ist. Das ist das Verhältnis von NATO und Europäischer Union. Ich habe das grundsätzliche Spannungsverhältnis schon erwähnt. Ich bin der Meinung, dass die USA für die Sicherheit und Stabilität auch in einem sich vereinigenden oder sogar in einem schon vereinigten Europa unverzichtbar sind. Klar ist aber auch: Wir werden die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die ja nicht Aufgaben nach Art. 5 des NATO-Vertrages umfasst, nicht vernachlässigen. Wir werden die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der Europäischen Union als die zentrale Herausforderung neben der Erweiterung anzugehen haben. [...] Die nächste Erweiterung der NATO und die Verbindung zu den USA werden einen großen Diskussionsbedarf mit sich bringen. Wir werden strategische Fragen zu diskutieren haben. Die Europäer müssen ihre Leistungen auf dem Balkan und an anderer Stelle mit einem entsprechenden Selbstbewusstsein klar zum Ausdruck bringen.« (Fischer 2002c)

Das gestiegene deutsche bzw. europäische Selbstbewusstsein führt nun aber auch in dieser Aussage nicht dazu, der einzigen globalen Macht im Sinne eines *Balancing* militärisch entgegenzutreten. Vielmehr geht es darum, die eigenen Fähigkeiten im gemeinsamen Sinne zu ergänzen, dabei aber gleichzeitig die eigenen Leistungen selbstbewusst gegenüber dem US-amerikanischen Anderen hervorzuheben. Das dabei diagnostizierte grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen NATO und europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik spiegelt die ambivalente Natur Letzterer. Ob sie sich in Richtung produktiver Liebe im Sinne einer transatlantischen Ermächtigung oder im Sinne einer europäischen Emanzipation von bzw. sanften

Gegenmachtbildung in Richtung des US-amerikanischen Anderen ausdrückt, ist damit noch nicht gesagt. Deshalb ist es auch nicht möglich, die Diskussion über die Natur der ESVP in einem Entweder-oder-Denken aufzulösen. Weder ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur ein Instrument des »Balancing« gegen (Posen 2006) noch des »Bandwagoning« mit (Cladi/Locatelli 2012) noch der »Emanzipation« vom (Berenskoetter 2013) US-amerikanischen Anderen; dazu ist sie nicht einfach nur Ausdruck amerikanischer Hegemonie (Kempin/Mawdsley 2013).<sup>38</sup> Dass hier trotz eines gewachsenen Selbstbewusstseins auf eine gemeinsame Ermächtigung hingearbeitet wird, offenbart auch der Verweis auf Synergien. Innerhalb der transatlantischen Beziehung wird aber auch eine gemeinsame Ermächtigung der europäischen Staaten durch eine Bündelung von Mitteln angestrebt.

»Wichtig ist dabei, dass sich Europäische Union und NATO in ihren Instrumentarien ergänzen, und zwar so, dass Krisenprävention und Krisenmanagement sinnvoll und vor allem wirkungsvoll gemacht werden können. Es gilt durch bestmögliche Kooperation zwischen NATO und Europäischer Union, aber auch zwischen einzelnen Staaten, Synergien zu nutzen und die Verschwendung von Ressourcen zu vermeiden. Allerdings ist es künftig stärker als bisher erforderlich, dass die Europäische Union ihre Kräfte und Mittel so bündelt, dass sie auf der internationalen Ebene möglichst als ein wesentlicher Akteur auftreten kann. Gerade Ihnen, meine Herren Kommandeure, muss ich nicht erläutern, dass Europa nur dann in der Lage sein wird, erfolgreich militärische Krisenprävention zu betreiben, wenn es gelingt, die Defizite bei den Schlüsselfähigkeiten etwa im Bereich der strategischen Mobilität, bei Führungsfähigkeit und Aufklärung abzubauen. Ich möchte dazu sagen: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist kein Ersatz und keine Konkurrenz zur NATO.« (Schröder 2002b)

Es entsteht nicht nur in der sprachanalytischen Betrachtung, sondern auch bei einem Blick auf Daten zur öffentlichen Meinung der Eindruck, dass die Mitglieder der deutschen staatlich organisierten Gesellschaft sowohl die NATO als auch eine eigenständige europäische Institution im Sicherheitsbereich befürworten. Auch Meinungsumfragen spiegeln den auf dem NATO-Gipfel 1996 in Berlin gefundenen Kompromiss, der das Ziel einer europäischen Sicherheitsidentität in der NATO beinhaltet (Eichenberg 2003: 634). Gleichzeitig zeigt sich aber, dass mit der Unzufriedenheit mit dem US-amerikanischen Anderen der Wunsch nach größerer Unabhängigkeit und nach einer Organisation von Sicherheit im europäischen Rahmen zunimmt. Darauf deuten zumindest die Antworten auf die Frage, ob die NATO noch essenziell für die Sicherheit des eigenen Landes sei sowie die Frage, ob die NATO, die EU oder die nationalen Regierungen in puncto europäische Sicherheit

38 Für eine Diskussion der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus kritisch-realistischer Sicht siehe Hyde-Price (2013).

die Entscheidungen fällen sollten, hin. So nehmen sowohl die Ansicht, die NATO sei essenziell für die Sicherheit Deutschlands, als auch die Ansicht, die NATO solle bezüglich europäischer Sicherheit die Entscheidungen treffen, im Zuge der gestiegenen Spannungen mit dem US-amerikanischen Anderen ab.

Tabelle 3: Bewertung der Rolle der NATO in Deutschland

NATO essenziell		NATO versus EU			
Monat/Jahr		Monat/Jahr	NATO	EU	ationale Regierungen
10/2001	86%	11/01	30%	35%	21%
07/2002	76%	11/02	30%	41%	17%
04/2003	73%	04/03	17%	46%	21%

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Eichberg (2003: 654 f.)

Da von einem produktiven Mitspracherecht im US-amerikanischen Konzept der Koalition der Willigen keine Rede sein kann und das deutsche Freundschaftsangebot innerhalb der NATO von Seiten der Vereinigten Staaten dementsprechend nicht angenommen wurde, überrascht auch nicht, dass sich im deutschen Regierungsdiskurs schnell frustrierte, aber auch frustrierende Liebe offenbarte. Der bereits im November 2001 geäußerte Wunsch nach einer Rückkehr zu integrierten Verfahren der multinationalen Zusammenarbeit ist gleichbedeutend mit dem Gefühl, dass diese bereits in der ersten Phase des untersuchten Diskurses unzureichend genutzt wurden.

»Wir müssen im Lichte der Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen gesammelt haben und möglicherweise in den nächsten Wochen und Monaten noch sammeln werden, sehr genau darauf schauen, ob es für die Fortführung der Operationen – ich rede jetzt nicht von diesem Mandat – und für mögliche künftige Entscheidungen nicht doch mehr Sinn macht, wieder stärker auf integrierte Stäbe und Fähigkeiten, auf integrierte bewährte Verfahren der multinationalen Zusammenarbeit zurückzugreifen, als das in diesem Fall, aus welchen Gründen auch immer, möglich war.« (Scharping 2001a)

Zwar ist es keinesfalls so, dass die NATO als Institution im US-amerikanischen Diskurs keine positive Bedeutung erhalten hatte. Jedoch erhärtet sich durch eine Kollokationsanalyse für den Begriff *NATO* der Verdacht, dass für die USA vor allem zwei Themen zentral waren: die NATO-Erweiterung und die Beziehung zu Russland. Auch wenn die europäischen Verbündeten samt ihrer Anrufung von Artikel 5 des NATO-Vertrags nach den Ereignissen des 11. September positive Erwäh-

nung finden und die USA weiterhin zur NATO als Institution und somit zu Europa stehen, werden ein strategischer Wandel innerhalb der NATO und größere militärische Anstrengungen von Seiten der europäischen Partner angestrebt.

Abbildung 32: Kollokatoren des Wortes NATO in der 1. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Der erste, auf die Erweiterung bezogene Themenkomplex kommt in folgendem Textausschnitt sehr gut zum Ausdruck, in dem sich auf das Treffen (SUMMIT) in Prag (PRAGUE) bezogene Kollokatoren finden. Hierbei geht es um die Ausweitung (EXPANSION) der Zahl der NATO-Mitglieder (19). Auf dem gemeinsamen Treffen der 19 NATO-Mitglieder zusammen mit Russland (RUSSIA), d. h. zu Zwanzigst (20), sollte dabei Rücksicht auf die Anliegen Russlands genommen werden, ohne dass jenem ein Veto zukommen sollte.

»And as we head for the NATO summit in Prague in November, where expansion of the alliance will be considered, I believe we will find the environment for the continued expansion of NATO a great deal calmer than we might have expected. And Senator Helms, I just might mention that as we talk about NATO at 20, and as we talk about the expansion of the alliance, it will all be done without Russia having any veto about what NATO might do at 19, or what the alliance will do in determining who should be allowed into the alliance. Russians understand this perfectly, but at the same time, we are responsive to their concerns. And we are trying to meet those concerns.« (Powell 2002i)

Der Kollokator EUROPE weist sowohl auf den ersten Themenkomplex im Sinne der möglichen Aufnahme aller Demokratien in Europa als auch auf die Beziehung zu Russland hin. Er betrifft aber auch die Beziehung zu(m alten) Europa ebenso wie die Begriffe ARTICLE V, ALLIES, INVOKED, INVOKING, TREATY und CHARTA. Die Unterstützung auf Grundlage von Artikel 5 des NATO-Vertrags und die Leistungen

der NATO-Alliierten werden im US-amerikanischen Diskurs gewürdigt und die Alliierten hierbei als Freunde bezeichnet:

»Again, the American people are grateful to their NATO allies. In our time of need, you have proven friends in deed. Let us strengthen our commitment to each other, and to this Alliance.« (Rumsfeld 2001)

»I will make one final point about this coalition. It was hard to stop it. Once people saw what happened on the 11th of September, they weren't just sitting around waiting for us to beg them to come into a coalition arrangement. Within 24 hours, NATO had acted, invoking Article V. Within 48 hours, the UN had acted, passing a Security Council resolution and then a General Assembly resolution.« (Powell 2001a)

»So this is a coalition that is of enormous value, and what is unique about this coalition that makes it different than any other coalition anyone has ever put together is that, except for about three or four countries, every other country on the face of the Earth has signed up. They have signed up in many ways, whether it was NATO, 19 nations invoking Article 5 of the Washington Treaty, the NATO Treaty, for the first time in history, saying that an attack on one is an attack on all, and that attack in New York City and Washington and Pennsylvania was an attack on one and was an attack on all of us, and NATO has responded.« (Powell 2001b)

Die NATO selbst ist dabei nicht nur als ideelles Konstrukt zu begreifen. Vielmehr hat die transatlantische Kooperation auch eine materielle Grundlage, welche durch den gemeinsamen Einsatz in Afghanistan (re-)konstruiert wurde:

»Another foreign policy success that we don't talk about enough is the improvement we have achieved in our relations with Europe. In waging war together on terrorism, our cooperation has grown stronger. NATO invoked Article V for the first time on September 12th, the very day after the crisis. Since then, the European Union has moved swiftly to round up terrorists, close down terrorist financing networks, and improve law enforcement and aviation security cooperation.« (Powell 2002h)

»Through decades of cooperation – in planning, exercises and operations – we have laid the foundation on which we are working together to prosecute today's war on terrorism, and preparing for tomorrow's threats. Let there be no doubt: the United States remains committed to NATO and to Europe.« (Rumsfeld 2001)

Dennoch ist der Wert der NATO für die Vereinigten Staaten kritisch zu hinterfragen. So wird im US-amerikanischen Diskurs die Ansicht vertreten, dass sich die in der NATO organisierten Nationen durch die Anrufung von Artikel 5 für die von

den US-Amerikanern zusammengestellte Koalition gemeldet hätten. Dabei schwingt natürlich auch mit, welcher Stellenwert und welche Einflussmöglichkeiten den Partnern innerhalb dieser Koalition beigemessen werden. Das kann auch mit den Potenzialunterschieden auf materieller Ebene, die in den Texten reflektiert werden, erklärt werden. Das sich im US-amerikanischen Regierungsdiskurs kristallisierende Ziel ist indes ein strategischer Wandel innerhalb der NATO und ein entsprechender Ausbau europäischer materieller Fähigkeiten.

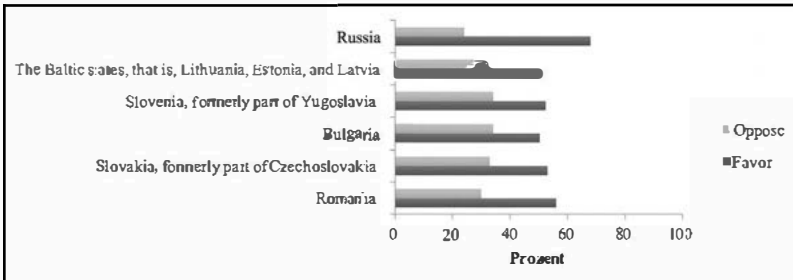
»As it faces new threats, NATO needs a new strategy and new capabilities. Dangers originating far from Europe can now strike at Europe's heart, so NATO must be able and willing to act whenever threats emerge. This will require all the assets of modern defense: mobile and deployable forces, sophisticated special operations, the ability to fight under the threat of chemical and biological weapons. Each nation must focus on the military strengths it can bring to this alliance, with the hard choices and financial commitment that requires. We do not know where the next threat might come from; we really don't know what form it might take. But we must be ready, as full military partners, to confront these urgent threats to our common security.« (Bush 2002)

Von vollwertigen militärischen Partnern konnte allerdings keine Rede sein. Das mit Artikel 5 verbundene Angebot einer Koordination der Reaktion auf die Ereignisse des 11. September innerhalb der NATO wurde von US-amerikanischer Seite abgelehnt. Die damit einhergehende »Düpfung der Freunde in Europa [...] inklusive Deutschlands« (Berenskötter 2011: 284) ist vor dem Hintergrund der transatlantischen Fähigkeiten- bzw. Technologielücke zu verstehen (Nevers 2007: 43). Auch deshalb setzte die Bush-Administration auf eine *ad-hoc*-Koalition der Willigen statt auf die auf Konsens basierenden, institutionalisierten Mechanismen der NATO. Hierdurch wurde aber nicht nur eine Chance der Zusammenarbeit im Sinne produktiver Liebe vertan, sondern auch die eines angemessenen *Burden Sharing* innerhalb der Allianz (Sperling/Webber 2009: 511).

Allerdings sind die USA auch weniger als Deutschland auf die NATO angewiesen, um produktiv an der Gestaltung der internationalen Ordnung mitwirken zu können. Daher überrascht es auch nicht, dass im Juni 2002 im Vergleich zu Deutschland mit 56 Prozent deutlich weniger der befragten US-Amerikaner der Ansicht waren, dass die NATO immer noch essenziell für die Sicherheit ihres Landes sei. Trotzdem ging damit keine Absage an die NATO einher, da zugleich 65 Prozent der Befragten angaben, das US-amerikanische Engagement in der NATO solle gleich bleiben (The Chicago Council on Foreign Affairs 2002). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass in derselben Umfrage mit 68 Prozent der Respondenten eine deutliche Mehrheit die Erweiterung der NATO um Russland befürwortete, was weit mehr Zustimmung zu einem solchen Plan darstellte als hinsichtlich denjenigen Staaten, die tatsächlich zum Beitritt in die NATO im November

2002 eingeladen und im März 2004 aufgenommen wurden.<sup>39</sup> Die im Regierungsdiskurs auftretende positive Verbindung zwischen dem institutionellen Setting der NATO und der Beziehung zu Russland deutet sich also auch in Meinungsumfragen an.

Abbildung 33: Bewertung der NATO-Osterweiterung in den USA



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf den Daten von *The Chicago Council on Global Affairs* (2002)

In Bezug auf EU-Institutionen zeigt sich, dass die Befragten zwar mit 56 Prozent mehrheitlich nicht der Ansicht sind, es solle eine Rollenverteilung zwischen den USA und Europa geben, wonach nur die USA in internationalen Konflikten tätig werden und Europa lediglich im Bereich der Konfliktnachsorge agieren sollte. Trotzdem ist die Idee einer gleichberechtigten Partnerschaft damit nicht unbedingt verbunden. So gaben auch 52 Prozent der Respondenten an, dass die USA die alleinige Supermacht bleiben sollten (The Chicago Council on Global Affairs 2002). Diese Daten decken sich, obwohl sie nicht denselben Sachverhalt betreffen, mit der Bewertung europäischer Sicherheitspolitik innerhalb der NATO von Seiten der USA nach der Devise: Stärkere Lastenteilung ja, Gleichberechtigung nein. »Einerseits erwarten die USA eine stärkere Entlastung in ihrer weltpolitischen Rolle durch die Europäer, andererseits möchten sie die Kontrolle über die europäische Sicherheitspolitik behalten und reagieren skeptisch auf Schritte der EU-Mitgliedstaaten in Richtung größerer Eigenverantwortlichkeit.« (Jopp 2002: 227)

Bei der Bedeutungsgebung in Bezug auf die Vereinten Nationen fällt im US-amerikanischen Diskurs – ähnlich den Artikulationen bezüglich der NATO – auf, dass die Bereitschaft zur Koalitionsbildung mit den USA hervorgehoben wird.

<sup>39</sup> Auf dem NATO-Gipfel in Prag wurden Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei sowie Slowenien zu Verhandlungen über einen NATO-Beitritt eingeladen.

Hierfür steht der Kollokator 48 bei dem an einer Stelle im weiteren Kontext der Freundschaftsbegriff Verwendung findet.<sup>40</sup>

»I will make one final point about this coalition. It was hard to stop it. Once people saw what happened on the 11th of September, they weren't just sitting around waiting for us to beg them to come into a coalition arrangement. Within 24 hours, NATO had acted, invoking Article V. Within 48 hours, the UN had acted, passing a Security Council resolution and then a General Assembly resolution.« (Powell 2001a)

»The UN showed up within 48 hours. A lot of people pat me on the back and said, »Good job with the coalition.« I have to sort of drop my head slightly. They all showed up. Our friends showed up when we needed them.« (Powell 2001b)

Jedoch ist das Thema der Freundschaft kein bestimmendes in Bezug auf Artikulationen zu den Vereinten Nationen. Vielmehr schwingen fast ausschließlich Finanzierungsfragen mit. Einige der Kollokatoren (PROJECTED, PEACEKEEPING, ASSESSMENTS, AVOID, INCREASING, EVEN, FURTHER und ARREARAGES) sind dabei direkt mit der Frage der Finanzierung der Vereinten Nationen verbunden, die in vier Texten wortgleich angesprochen wird: »The budget request includes \$726 million to pay our projected United Nations peacekeeping assessments, all the more important as we seek to avoid increasing even further our UN arrearages.« (Powell 2002j, 2002g, 2002e, 2002f) Die Begleichung der entstandenen Schulden dient hierbei einem instrumentellen Zweck: Laut Powell werden so die eigenen Fähigkeiten durch die Autorität (AUTHORITY) und die Partizipation (PARTICIPATION) anderer Staaten aufgewertet, was sich aus dem weiteren Kontext erschließt: »These peacekeeping activities also allow us to leverage our political, military, and financial assets through the authority of the United Nations Security Council and the participation of other countries in providing funds and peacekeepers for conflicts worldwide.« (Powell 2002e, 2002f)<sup>41</sup>

40 Meinungsumfragen zur Rolle der Vereinten Nationen sind erst in der Rekonstruktion der zweiten Phase enthalten.

41 Es sei darauf verwiesen, dass sich fast derselbe Satz noch in einem weiteren Text findet. In diesem ist allerdings ein zusätzliches Komma enthalten, weshalb auch das Wort *participation* nicht mehr innerhalb der Wortspanne auftritt und nur zwei statt drei Mal als Kollokation identifiziert wird: »These peacekeeping activities also allow us to leverage our political, military, and financial assets through the authority of the United Nations Security Council, and the participation of other countries in providing funds and peacekeepers for conflicts worldwide.« (Powell 2002g)

Abbildung 34: Kollokatoren der Wörter UN, U. N. und United Nations in der 1. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Ähnlich der NATO dienen die Vereinten Nationen innerhalb des deutschen Diskurses sowohl als wichtiges institutionelles Setting, um freundschaftliche Liebe im Sinne einer gemeinsamen Ermächtigung mit dem US-amerikanischen Anderen anzustreben, als auch als Mechanismus um eine als Dominanz empfundene Machtbeziehung auf sanfte Weise auszubalancieren. Wie eine Kollokationsanalyse zum Themenkomplex der Vereinten Nationen deutlich macht, wird durch die Kollokatoren SICHERHEITSRAT, RESOLUTION und 1368 die Rechtmäßigkeit der militärischen Reaktion durch die USA und später auch durch Deutschland im Rahmen einer MULTINATIONALFN FRIEDENSTRUPPE auf die Ereignisse des 11. September 2001 hervorgehoben.

Abbildung 35: Kollokatoren der Wortstämme VN\*, UN\* und Vereinte\* Nationen in der 1. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Solidarisches, auf freundschaftliche Liebe ausgerichtetes Handeln ist hier an die Legitimation durch die Vereinten Nationen gebunden. Im Falle Afghanistans war dieser Sachverhalt aus Sicht der deutschen Bundesregierung gegeben:

»Bei den gezielten Militärschlägen, die im Augenblick von den Vereinigten Staaten und Großbritannien durchgeführt werden, haben unsere amerikanischen und britischen Freunde deshalb nicht nur unsere uneingeschränkte Solidarität verdient. Diese Militärschläge stehen – das kann gar nicht oft genug betont werden – völlig im Einklang mit der Beschlussfassung des Weltsicherheitsrates über die Anwendung legitimer Selbstverteidigung, also mit den Resolutionen 1369 und 1373.« (Schröder 2001p)

»Das ist der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen schon unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September die völkerrechtlich verbindliche Resolution 1368 einstimmig verabschiedet hat. Darin wird festgestellt – auch das gilt es, immer wieder in Erinnerung zu rufen –, dass die Angriffe eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit darstellen und die Folge dessen die legitimierte Inanspruchnahme des Selbstverteidigungsrechtes nach Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen ist. Mir ist es im Hinblick auf die Öffentlichkeit wichtig – hier im Hohen Hause weiß man das ja –, festzustellen, dass alle Maßnahmen einschließlich der militärischen exakt auf dieser völkerrechtlich verbindlichen Basis getroffen worden sind, also durch die Staatengemeinschaft und das internationale Recht in vollem Umfang legitimiert sind.« (Schröder 2001q)

Mit dem aus den gewandelten materiellen Verhältnissen emergierenden und gestiegenen Selbstbewusstsein geht jedoch auch der Wunsch einher, innerhalb des institutionellen Gefüges der Vereinten Nationen eine wichtigere Rolle einzunehmen. Zukünftige solidarische Taten werden auch an eine Reform (REFORMDEBATTE) der Vereinten Nationen geknüpft. Hierbei kommt eine bestimmte Entwicklung zum Ausdruck: Die deutsche Zurückhaltung bei der Forderung nach einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat wurde Stück für Stück aufgekündigt. Im Koalitionsvertrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 1998 heißt es dazu:

»Die Vereinten Nationen sind die wichtigste Ebene zur Lösung globaler Probleme. Deshalb sieht es die neue Bundesregierung als besondere Aufgabe an, sie politisch und finanziell zu stärken, sie zu reformieren und zu einer handlungsfähigen Instanz für die Lösung internationaler Probleme auszubauen. [...] Deutschland wird die Möglichkeit nutzen, ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu werden, wenn die Reform des Sicherheitsrates unter dem Gesichtspunkt größerer regionaler Ausgewogenheit abgeschlossen ist und bis dahin der grundsätzlich bevorzugte europäische Sitz im Sicherheitsrat nicht erreicht werden kann.«

Das Ziel eines ständigen Sitzes ist vor dem Hintergrund der Wandlung Deutschlands zu einem selbstbewussten Sicherheitsexporteur zu verstehen, weshalb nicht umsonst »[...] die ökonomische und militärische Leistungskraft und die bislang im Dienst der Vereinten Nationen erbrachten Leistungen [...] das wichtigste Argument zur Begründung des deutschen Anspruchs auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat [...]« (Hellmann/Roos 2007: 22) waren. Dennoch war 1998 das Ziel jenes ständigen Sitzes noch an eine größere regionale Ausgeglichenheit und an das Scheitern des Ziels eines gemeinsamen europäischen Sitzes im VN-Sicherheitsrat gebunden. Im Streben nach Letzterem kristallisieren sich dabei zwei Erkenntnisse: dass Deutschland alleine zu schwach ist, um effektiv auf internationaler Ebene Verantwortung zu übernehmen, und dass das Ziel einer *Partnership in Leadership* mit dem US-amerikanischen Anderen nicht im nationalen, sondern im europäischen Sinne anzustreben ist.

Im Kontext eines auf die Wiederbetätigung der Vereinigten Staaten zielenden und in den europäischen Rahmen eingebetteten Strebens nach freundschaftlicher Liebe ist auch der Verweis auf die Rolle und Reformdebatte der Vereinten Nationen zu deuten. Er ist nicht *per se* im Sinne einer konfrontativen Macht-über-Beziehung bzw. einer Abgrenzung gegenüber dem US-amerikanischen Anderen zu verstehen. Vielmehr weist er stärker in Richtung einer auf sanfte Gegenmacht ausgerichteten Strategie als Resultat enttäuschter Liebe. So wurden die Vereinten Nationen – ähnlich der NATO durch die Ausrufung von Artikel 5 – als institutionelles Setting verstanden, das die Möglichkeit bot, mit dem US-amerikanischen Anderen im Sinne einer gemeinsamen Ermächtigung international produktiv tätig zu sein.

»All das wird nur funktionieren, wenn die Vereinten Nationen dabei eine wichtige – ich behaupte sogar: eine zentrale – unterstützende Funktion haben werden. Auch hieran sehen Sie, dass diese Tragödie Chancen eröffnet, und zwar Chancen für Europa, aber auch für eine neue multilaterale Politik durch das Reengagement der USA. Chancen bestehen vor allen Dingen auch für die Vereinten Nationen. Ich behaupte, dass im Zuge dieser Entwicklung auch die Reformdebatte der Vereinten Nationen eine neue Chance bekommen wird, diesmal zu einer substanzialen Reformdebatte zu werden.« (Fischer 2001b)

»Herr Präsident, der 11. September hat auf grausame Weise klar gemacht, dass die Menschheit ohne globale und regionale Ordnungen nicht friedlich und sicher wird leben können. Diese Einsicht wird die Reformdebatte in den Vereinten Nationen erst wirklich auf die Tagesordnung setzen. Die Handlungsfähigkeit der UNO zu stärken, durch Reformen und eine klare Prioritätensetzung, durch einen repräsentativeren und effizienteren Sicherheitsrat und eine gestärkte Generalversammlung, muss eine der Konsequenzen aus den entsetzlichen Terroranschlägen sein. Deutschland wird sich weiter mit aller Kraft für eine Stärkung der Vereinten Nationen einsetzen, damit die Welt im 21. Jahrhundert friedlicher, gerechter und humaner wird als im vergangenen. Die Zukunft gehört einer Verantwortungspolitik für die Eine Welt,

einer Politik, die nicht auf hegemonialen Ansprüchen gründet, sondern auf Kooperation, Solidarität und Multilateralismus.« (Fischer 2001a)

Gerade in den Kontext der Beteiligung Deutschlands am Einsatz in Afghanistan wird das Ziel einer Reform der Vereinten Nationen gerückt, d. h. es wird auch klar, dass sich Deutschland mitunter beteiligt, um produktiv Einfluss auf die Gestaltung der internationalen Ordnung nehmen zu können.

»Wir müssen die Vereinten Nationen deshalb stärken. Sie werden in Afghanistan eine bedeutende Rolle spielen. Ich behaupte, die Debatte über die Reform der Vereinten Nationen beginnt jetzt erst. Auch hier haben wir im Rahmen unserer Entscheidungsbefugnisse Verantwortung zu übernehmen. Die Entscheidung »Deutschland nimmt nicht teil« würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und würde letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen.« (Fischer 2001c)

Das Ziel des Einflusses auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik wird auch innerhalb der zweiten Phase mit Institutionen wie den Vereinten Nationen verknüpft sein. In deren Verlauf wird jedoch das Streben nach einer gemeinsamen Ermächtigung mit dem US-amerikanischen Anderen im deutschen Regierungsdiskurs in eine sanfte Form der Gegenmachtbildung umschlagen.

### 4.3 EINGESCHRÄNKTE SOLIDARITÄT – MACHT – WENIGER FREUNDSCHAFT

Bereits in der ersten Phase zeichneten sich an einigen Stellen Spannungen in der deutsch-amerikanischen Beziehung ab, die jedoch im Zeichen deutscher Solidarität überbrückt werden konnten. In der zweiten Phase nahmen die Ideendivergenzen bezüglich des Irak jedoch stark zu. Das Streben nach freundschaftlicher Liebe in Form des *Mirror View* auf deutscher Seite wurde dadurch und durch die Kompromisslosigkeit, welche der US-amerikanische Diskurs zum Ausdruck brachte, derart enttäuscht, dass die bereits in der ersten Phase artikulierten Grenzen deutscher Solidarität deutlicher gezogen wurden und sich das deutsche Streben nach Liebe gemäß dem: *Eingeschränkte Solidarität Macht weniger Freundschaft* in eine sanfte Form der Gegenmachtbildung wandelte. Dass diese Gegenmacht, die zusammen mit Frankreich im Rahmen der Vereinten Nationen gebildet wurde, eine sanfte Form annahm, wird sowohl vor dem Hintergrund des Ziels, die Freundschaft zu erhalten, als auch mit Blick auf das beschränkte materiell-institutionelle Potenzial Deutschlands verständlich. Auf die US-amerikanische »Arroganz der Macht« antwortete

Deutschland aus enttäuschter Liebe heraus mit einer »Arroganz der Ohnmacht« (Krell 2003), die den Krieg im Irak nicht nur nicht verhindern konnte, sondern auch selbstverliebte Züge annahm.

#### 4.3.1 Schlüsselwörter im deutschen und US-amerikanischen Diskurs

Sowohl im US-amerikanischen als auch im deutschen Diskurs deutet eine Schlüsselwortanalyse die zentralen Themen und Streitpunkte zwischen beiden Partnern sowie die Institution an, im Rahmen derer der transatlantische Streit ausgetragen werden sollte. So wird bei einem Blick auf die Schlüsselwörter IRAQ, IRAQ(S), SADDAM, HUSSEIN und REGIME in der zweiten Phase des US-Diskurses schnell klar, dass das Thema Irak das bestimmende im Vergleich zur ersten Phase war. Vom Irak ging laut US-Regierungsvertretern die Gefahr von Massenvernichtungswaffen aus, wofür die Schlüsselwörter DANGER, WEAPONS (of) MASS DESTRUCTION sowie CHEMICAL, BIOLOGICAL, NUCLEAR<sup>42</sup> und TUBES sprechen.

---

42 Hierbei gilt es jedoch zu bedenken, dass nicht alle diesbezüglichen Aussagen den Irak adressierten. So sind alleine 34 der insgesamt 148 Nennungen des Begriffs NUCLEAR auf einen Text von Verteidigungsminister Rumsfelds zu US-amerikanisch-russischen Verhandlungen über die Reduzierung der jeweiligen nuklearen Arsenale zurückzuführen. Wie aus Sicht des Emergenzsicherheitsmaterialismus zu erwarten war, haben diese Arsenale Einfluss auf die Beziehungsebene, was auch reflektiert wird: »These reductions, these proposed reductions are a reflection of our new relationship. When President Reagan spoke to the students at Moscow State University in 1988, he told them nations do not distrust each other because they are armed; they are armed because they distrust each other. And clearly we do not distrust each other the way the U.S. and Soviet Union once did.« (Rumsfeld 2002c)



might be threatened, and what portfolio of capabilities we will need to deter and defend against those new threats.« (Rumsfeld 2003a)<sup>44</sup>

Dass das Augenmerk hier stärker auf den materiellen Fähigkeiten einer möglichen Bedrohung liegt, bedeutet aber nicht, dass die im Diskurs wahrgenommene Natur des Irak für dessen Beschreibung als Gefahr keine Rolle spielte: »By its past and present actions, by its technological capabilities, by the merciless nature of its regime, Iraq is unique. [...] Saddam Hussein is a homicidal dictator who is addicted to weapons of mass destruction. [...] The danger is already significant, and it only grows worse with time.« (Bush 2002b) Laut den US-Regierungsvertretern gab es Beweise (EVIDENCE) für Massenvernichtungswaffen im Irak bzw. dafür, dass deren Vernichtung ausblieb; jedoch ist in qualitativer Hinsicht interessant, dass sich mit der neuen Gefahrensituation nach 9/11 die Ansprüche an Beweise gewandelt haben:

»Another question that's been asked is, where's the smoking gun? Well, the last thing we want to see is a smoking gun. A gun smokes after it's been fired. And the goal must be to stop such an action before it happens. As the president told the United Nations, »The first time we may be completely certain that a terrorist state has nuclear weapons is when, God forbid, they use one. And we owe it to our citizens to do everything in our power to prevent that day from coming.« unquote. If someone is waiting for a so-called smoking gun, it's certain that we will have waited too long. But the question raises another issue that's useful to discuss, and that's what kind of evidence ought we to consider is appropriate to act in the 21st century? [...] I suggest that if any of you insist on perfect evidence really are thinking back in the 20th century in a pre-9/11 context. On September 11, we were awakened to the fact that America is now vulnerable to unprecedented destruction, and that awareness ought to be sufficient to change the way we think about our security and the type of certainty and evidence we consider appropriate.« (Rumsfeld 2002d)

Die Reaktion auf die fähigkeitenbasierten Gefahren bestand nun in der Anpassung der eigenen Militärstrategie und internationaler Institutionen. Hierbei wurde zwar vor allem den Vereinten Nationen sprachlich Beachtung geschenkt, wie durch die Schlüsselwörter INSPECTORS, SECURITY, COUNCIL, RESOLUTION(S),<sup>45</sup> INSPECTIONS, U, N und UN deutlich wird. Die oftmalige Nennung von VN-Institutionen und

44 An dieser Textstelle wird deutlich, dass manche Textdateien Fehler enthalten. Diese haben natürlich auch Einfluss auf die Ergebnisse der quantitativen Analyse. Aus arbeitsökonomischen Gründen wurde aber auf eine Bereinigung der Texte verzichtet.

45 Die Wortkombination SECURITYCOUNCILRESOLUTION\*tritt im Subkorpus alleine 28 Mal auf. Jedoch sollte zumindest bei dem Begriff SECURITY beachtet werden, dass dieser auch in anderen Kontexten verwendet wurde.

Maßnahmen sind nun jedoch, wie auch später durch die Kollokatoren der Begriffe in Bezug auf die Vereinten Nationen deutlich wird, keineswegs im Sinne des Strebens nach Liebe in Form einer gemeinsamen Ermächtigung oder als eine Form prinzipienorientierten Multilateralismus zu verstehen. Vielmehr sind sie Mittel zum Zweck, auf das auch innerhalb der Beziehungslogik der Koalition der Willigen verzichtet werden kann. Aussagen wie die folgenden verdeutlichen dies:

»I think one other point I'd make before proceeding is that there's obviously a misunderstanding on the part of those who think that the goal is inspections. The goal isn't inspections. The goal is disarmament. That is what was agreed to by Iraq. That is what was understood by the United Nations.« (Rumsfeld 2002d)

»[T]he United States is prepared to lead a coalition, either under UN auspices or if the UN will not act, demonstrates its irrelevance, and then the United States is prepared with a coalition of the willing to act.« (Powell 2003c)

Dementsprechend sieht der mit dem Schlüsselwort 2004 angesprochene Haushaltsentwurf Maßnahmen vor, die auf den Erhalt der US-amerikanischen Führungsrolle ausgelegt sind. Wie in der ersten Phase sind hier Beziehungen zu verschiedenen staatlich organisierten Gesellschaften angesprochen, die in diesem Kontext nicht als Freunde wahrgenommen werden, wohl aber als Partner und Alliierte. Der Ausbau der eigenen Führungsposition und keineswegs die Verbesserung der Beziehungen zu diesen Ländern in einem freundschaftlichen Sinne sind hier das Ziel.

»Mr. Chairman, the 2004 budget proposes several initiatives to advance U.S. national security interests and preserve American leadership. The 2004 Foreign Operations Budget that funds programs for the Department of State, USAID and other agencies is \$18.8 billion. Today, our number one priority is to fight and win the global war on terrorism. The budget furthers this goal by providing economic, military and democracy assistance to key foreign partners and allies, including \$4.7 billion to countries that have joined us in the war on terrorism. Of this amount, the President's budget provides \$657 million for Afghanistan, \$460 million for Jordan, \$395 million for Pakistan, \$255 million to Turkey, \$136 million for Indonesia, and \$87 million for the Philippines.« (Powell 2003f)

Der Haushaltsentwurf von 2004 zeigt auch, dass das materielle Potenzial der Vereinigten Staaten im Zuge des Transformationsprozesses der Streitkräfte weiter ausgebaut werden soll. Wie bei der qualitativen Analyse des Schlüsselwortes 2004 deutlich wird, ist dieser Entwurf der erste, welcher diese Wandlung reflektiert:

»[...] It is really this year's budget-the [sic!] 2004 request before you today-that [sic!] is the first to fully reflect the new defense strategies and policies. We submit this budget to you at a

time of war. Our experience in the global war on terror has validated the strategic decisions that were made. When our nation was attacked, there was a great deal of pressure to put off transformation-people [sic!] cautioned, you can't fight the global war on terrorism and simultaneously transform this institution. The opposite is the case. The global war on terror has made transforming an even more urgent priority. Our experience on September 11th made clear, our adversaries are transforming the ways in which they will threaten our people. We cannot stand still.« (Rumsfeld 2003a)

Diese Veränderung wirkt sich auch auf die relativen Machtverhältnisse innerhalb der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung aus. Wenn die Verteidigungsausgaben auf Grundlage der SIPRI-Daten sowohl in relativer Perspektive als auch in Prozent des Bruttoinlandsprodukts betrachtet werden, zeigt sich ein deutlicher Anstieg der US-amerikanischen Militärausgaben gegenüber den deutschen. Analog hierzu war die militärische (Markt-)Macht der Vereinigten Staaten im Zeitraum von 2000 bis 2001 von einem (Markt-)Anteil von 35,4 auf 35 Prozent der weltweiten Verteidigungsausgaben leicht gesunken, um dann in den folgenden Jahren deutlich anzusteigen und durch den im Korpus angesprochenen Haushaltsentwurf 2004 einen Wert von 40,7 Prozent zu erreichen. Der deutsche Anteil an den weltweiten Verteidigungsausgaben sank hingegen von 2000 bis 2004 von 4,6 auf 3,5 Prozent.<sup>46</sup>

Erwartungsgemäß steht das Thema IRAK auch im Mittelpunkt des deutschen Regierungsdiskurses. Aufbauend auf den materiellen Unterschieden werden hier aber andere Schwerpunkte gesetzt. Interessant ist bei einem Blick auf die deutschen Schlüsselwörter aber auch, was im Vergleich zur ersten Phase *nicht* von statistischer Signifikanz in der zweiten Phase des deutschen Regierungsdiskurses ist. Dass die Wörter Terrorismus und Terroristen Schlüsselwörter in der ersten Phase waren, bedeutet natürlich auch, dass sie es in der zweiten Phase nicht sind. Begründen lässt sich dies damit, dass im deutschen Regierungsdiskurs – anders als im US-amerikanischen – keine sprachliche Verbindung zwischen dem Kampf gegen den Terrorismus und dem Irak geknüpft wird.<sup>47</sup> Wie im US-amerikanischen Diskurs wurden jedoch durchaus die Gefährdung durch den Irak artikuliert bzw. das Potenzial des Irak an MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN keineswegs bestritten: »Der Irak muss alle relevanten Resolutionen des Sicherheitsrats ohne Einschränkungen erfüllen und sein Potenzial an Massenvernichtungswaffen vollständig abrüsten.« (Fischer 2003b) Aber deren ABRÜSTUNG sollte nicht im militärischen Sinne betrieben werden. Vielmehr wurde im deutschen Diskurs eine FRIEDLICHE Lösung ange-

46 Siehe für die Betrachtung dieser Maßzahlen bereits S. 156 ff.

47 Aufgrund dieser Einsicht wurde auch das Korpusdesign entgegen der ersten Annahmen in einem Pretest angepasst. Siehe hierfür S. 125, Fn. 43.

strebt, da eine ALTERNATIVE zum Krieg konstatiert wurde: ein Einsatz von INSPEKTOREN auf Basis der RESOLUTION(FN) des WELTSICHERHEITSRAT(ES).

»Wir alle wollen die Entwaffnung des Irak. Unterschiedlicher Meinung sind wir hinsichtlich der Wahl der Mittel zur Durchsetzung und der Zeitvorstellung zur Erreichung des Ziels. Der Bundesaußenminister hat im Weltsicherheitsrat darauf hingewiesen, dass während der Inspektionen von 1991 bis 1998 nachweislich mehr Massenvernichtungswaffen im Besitz des Irak abgerüstet worden sind als während des gesamten Golfkrieges. Es spricht also alles dafür, dass kontrollierte Abrüstung und wirksame Inspektionen ein durchaus taugliches Mittel zur Beseitigung der Gefahr, die von Massenvernichtungswaffen ausgeht, sind. Wer angesichts dessen heute einer militärischen Option den Vorzug gibt, muss glaubhaft machen, dass es keine Alternative zum Krieg gibt. Die Bundesregierung – ich sage es bewusst noch einmal – ist gemeinsam mit Frankreich, Russland, China und zahlreichen anderen Staaten ausdrücklich nicht der Meinung, dass es keine friedliche Alternative gibt. Es gibt eine und wir kämpfen darum, sie zu realisieren. Ebenso wie unsere europäischen Partner und die Vereinigten Staaten wollen wir dazu beitragen, auch im Nahen Osten eine dauerhafte und stabile Friedensordnung zu schaffen.« (Schröder 2003g)

Aus qualitativer Perspektive überrascht bei der Betrachtung dieser Aussage, dass die USA nicht einmal mehr als Partner wahrgenommen werden, sondern nur noch neutral von den Vereinigten Staaten die Rede ist. Hier zeigt sich, wie anfällig eine auf Gemeinsamkeiten basierende Freundschaft in Form des *Mirror View* im Falle unterschiedlicher Meinungen ist. Dies lässt sich auch durch das gestiegene Selbstbewusstsein Deutschlands erklären. Der Wandel des deutschen Selbst von einem Importeur zu einem Exporteur von Sicherheit, der durch die Ereignisse des 11. September und den daraufhin beschlossenen Afghanistan-Einsatz nochmals unterstrichen wurde, kommt in der zweiten Phase durch die Schlüsselwörter SOLDATEN und SOLDATINNEN zum Ausdruck:

»Es hat nicht viele Momente in unserer Geschichte gegeben, in denen man deutsche Soldaten in anderen Ländern um die Übernahme von Aufgaben gebeten hat, in denen tiefes Vertrauen in die deutsche Politik herrscht. Seien wir ein wenig stolz darauf, dass es jetzt so ist. Wir befinden uns zurzeit in einem Prozess der Anpassung unserer Sicherheitspolitik an die aktuelle Bedrohungslage, die uns der 11. September auf brutalste Weise vor Augen geführt hat.« (Struck 2002e)

Dieses stolze Gefühl eines Sicherheitsexporteurs wird auch explizit mit der Thematisierung des US-amerikanischen Anderen verknüpft. Es wird Wert darauf gelegt, dass Deutschlands Position als zweitgrößter Truppensteller weltweit auch wahrgenommen wird.

»Die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen lassen sich an zwei Daten anschaulich festmachen: Durch den 9. November 1989 hat sich Deutschlands Rolle in der Welt langfristig gewandelt und der 11. September 2001 hat die Sicherheit in der Welt insgesamt dramatisch verändert. Mir liegt daran, dass Folgendes immer wieder deutlich wird: Deutschland ist heute mit fast 10.000 Soldatinnen und Soldaten nach den Vereinigten Staaten von Amerika der größte Truppensteller, was internationale Einsätze angeht.« (Schröder 2002j)

In Bezug auf den Irak ging es im deutschen Diskurs aber eben nicht um die Entsendung von Soldaten, zumindest nicht in dem von den USA angestrebten Sinne. Abseits dieser Uneinigkeit wurde selbstbewusst artikuliert, dass trotz aller Streitigkeiten um das Thema Irak Deutschland trotzdem Leistungen für das US-amerikanische Andere in Form von Schutz von US-amerikanischen Einrichtungen erbringt. Deutlich wird hierdurch, dass die Mechanismen von Liebe und auf Herrschaft zielender Macht keineswegs in Reinform auftreten; vielmehr kommt es zu Überlappungen.

»Hinzu kommt – auch das müssen wir unseren Partnern gelegentlich sagen –: Soldaten der Bundeswehr beschützen seit Ende Januar amerikanische Kasernen, Flugplätze und Einrichtungen. Etwa 1.000 deutsche Soldaten sind bereits für diese Aufgaben eingesetzt und es werden deutlich mehr werden. Auch aufgrund der Tatsache, dass wir diese Leistungen erbringen, halten wir mit unseren Freunden aus Frankreich und Belgien einen förmlichen Beschluss darüber vor den Erörterungen des Sicherheitsrates für nicht angemessen und haben uns im Einklang mit unseren Partnern in Frankreich genau so verhalten. Für uns steht die Solidarität mit der Türkei und die Solidarität in der Allianz außer Frage; doch wir halten – anders als die Opposition – die Aktionseinheit mit Frankreich gerade in der jetzigen Situation für unverzichtbar.« (Schröder 2003g)

In puncto Solidarität mit der TÜRKEI ist hier ein weiteres Schlüsselwort<sup>48</sup> und ein zugleich zusätzliches deutsch-amerikanisches Streitthema angesprochen. Die deutsche Solidaritätsbekundung gegenüber der Türkei ist vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Forderung zu verstehen, im Rahmen der NATO das gemeinsame Vorgehen im Falle eines Angriffs auf die Türkei durch den Irak zu planen.<sup>49</sup>

48 Der Begriff TÜRKEI ist ein Schlüsselwort, tritt aber nicht nur im Rahmen dieses Themenkomplexes auf.

49 Bereits Ende Januar 2002 offenbarte ein Planspiel zum Schutz der Türkei deutsch-amerikanische Meinungsverschiedenheiten. Das »Crisis Management Exercise 2002« der NATO (CMX02) simulierte einen Angriff mit Massenvernichtungswaffen auf die Türkei durch das an diese angrenzende »Amberland« und wies damit große Ähnlichkeit zu einem möglichen Angriff des Irak auf die Türkei auf. Da sich die NATO-Partner jedoch nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen konnten, musste die Simulation vorzei-

Deutschland hatte hiergegen gemeinsam mit Frankreich und Belgien ein Veto eingelegt, womit diese Pläne blockiert waren und das Problem erst gelöst werden konnte, als die Türkei diese Frage im Kontext von Artikel IV des NATO-Vertrags stellte (Tuschhoff 2005: 135). Aufgrund dieses Verhaltens wurde Deutschland – ohne beim Namen genannt zu werden – mangelnde Unterstützung der Türkei vorgeworfen: »Much is being said this morning about disagreement in NATO as to whether or not our Turkish friends and our Turkish ally, our Turkish NATO colleague should be given support in this time of danger. And three of the European nations in NATO are saying, ›Well, let's not do it at this time.« (Powell 2003e)

Abbildung 37: Schlüsselwörter in der 2. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Das deutsche Streben nach Liebe kanalisiert sich aber nicht nur in Form der Hervorhebung von Solidarität mit Türkei und NATO. Auffallend ist in der zweiten

tg. abgebrochen werden. »The United States and Turkey pushed for pre-emptive strikes against WMD (even without a UN Security Council mandate) whereas the German government together with France and Spain pleaded for deterrence through a public declaration of the use of massive force in the event of an attack [...]« (Harnisch 2004: 7) Ein NATO-Vertreter fasste den Grund für das Scheitern des Planspiels zwar folgendermaßen zusammen: »Dieses Spiel war einfach viel zu nahe dran an der Realität. Die dort getroffenen Entscheidungen hätten zum Präzedenzfall für die Wirklichkeit werden können. Aber so tief wollte sich kein Land in die Karten schauen lassen. Nicht bei einer Übung« (zit. n. Vestring 2002) Doch genau das war passiert. Sowohl die Vertreter der Vereinigten Staaten als auch die der Bundesrepublik legten genau die Karten auf den Tisch, die sie auch im weiteren Verlauf der realen Irakkrise spielen sollten.

Phase auch, dass das französische Andere durch Schlüsselwörter wie FRANKREICH, DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN, DEUTSCH-FRANZÖSISCHE, FRANZÖSISCHEN und ÉLYSÉE-VERTRAGES in der zweiten Phase signifikant häufiger Sujet deutscher Artikulationen im Vergleich zur ersten Phase ist. Das lässt sich einerseits damit erklären, dass in dieser Phase ein Text ganz speziell die Beziehung zu Frankreich behandelt – im Zuge der Würdigung des 40. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags am 22. Januar 2003 in Versailles. Jedoch ist es nicht so, dass Frankreich nur in diesem Text genannt würde. Auch FREUNDSCHAFT ist als Schlüsselwort auszumachen, wobei in neun von 13 Fällen die Freundschaft zu Frankreich angesprochen ist und somit deutlich häufiger das Streben nach einer liebevollen Vereinigung mit dem französischen Anderen im Vergleich zum US-amerikanischen Anderen artikuliert wird, von dem nur in drei von 13 Fällen die Rede ist.<sup>50</sup> FREUNDSCHAFT stellt im wahrsten Sinne des Wortes ein Schlüsselwort dar. Drückte sich das Streben nach Liebe im deutschen Regierungsdiskurs in der ersten Phase noch durch den Signifikanten SOLIDARITÄT aus, wobei die Solidarität mit dem US-amerikanischen Anderen zentral war, steht in der zweiten Phase der Begriff FREUNDSCHAFT für dieses Streben, wobei nunmehr Frankreich der Fluchtpunkt dieses Strebens ist.

Die Spannungen innerhalb der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung während der zweiten Phase des untersuchten Diskurses führen nun aber keinesfalls dazu, dass die Beziehung komplett zusammengebrochen wäre. Weder ist auf intersubjektiver Ebene von einem absoluten Kollaps des Wir-Gefühls und der Freundschaft zu sprechen, noch kann dies auf materiell-institutioneller Ebene behauptet werden, wie bereits die Diskussion der Leistungen deutscher Soldaten zum Schutz von US-Einrichtungen gezeigt hat. Ganz im Gegenteil deuten auch die Schlüsselwörter PRAG(FR) und NATO-RESPONSE-FORCE auf eine im deutschen Regierungsdiskurs in der zweiten Phase verstärkt auftretende Reflexion der Beziehungsprobleme auf materiell-institutioneller Ebene hin. Durch das Schlüsselwort BUNDESWEHR ist in den meisten Fällen die Notwendigkeit der Anpassung des deutschen Militärs an die neue Rolle als Sicherheitsexporteur angesprochen. Diese Anpassung strebte Deutschland, wie aus qualitativer Perspektive deutlich hervorgeht, innerhalb der EU und der NATO an:

»[...] Die Weiterentwicklung von europäischen militärischen Fähigkeiten – abgestimmt mit der NATO – [ist] von herausragender Bedeutung. Die Bundesregierung bekennt sich zur Bundeswehr als unverzichtbarem Element einer umfassend verstandenen Außen- und Sicherheitspolitik. Hierfür war die Bundeswehr mit ihren übernommenen Strukturen des Kalten Krieges nicht ausgerichtet. Deshalb hat die Bundesregierung am 14. Juni 2000 die vom Bun-

50 In einem Fall wird zudem die Freundschaft zu China thematisiert.

desminister der Verteidigung aufgestellten Eckpfeiler der Neuausrichtung gebilligt. Sie fußen auf den Beratungsergebnissen und Empfehlungen der von uns eingesetzten Kommission ›Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr‹ unter der Leitung von Bundespräsident a. D. Richard von Weizsäcker.« (Struck 2002e)<sup>51</sup>

Aufgrund der Kluft zwischen dem Ziel des Sicherheitsexports und den bestehenden Fähigkeiten diagnostizierte Verteidigungsminister Struck ein Dilemma: »Wir sind in das Dilemma geraten, dass die Zahl der Einsätze kontinuierlich angestiegen ist. Die Struktur der Bundeswehr wurde jedoch bis zu unserer Regierungsübernahme nicht angepasst.« (Struck 2002e) Auch wenn in Bezug auf den deutschen Einsatz in Afghanistan noch davon gesprochen wurde, dass die Bundeswehr aufgrund ihres » [...] substantziellen Beitrag[s...] keinen internationalen Vergleich zu scheuen [...]« (Struck 2002a) brauche, zeigt sich doch, dass ein militärischer Einsatz nicht rein intersubjektiv verstanden werden kann. Vielmehr stieß Deutschland an materielle Grenzen.

»Die Realität der Bundeswehr sieht für jedermann ersichtlich so aus, dass wir durch die enorme Zunahme der im Ausland eingesetzten Soldaten an materielle Grenzen stoßen. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat zusätzliche Aufgaben mit sich gebracht. Die Grenzen der Belastbarkeit der Bundeswehr sind keine leere Formel, sondern Realität.« (Struck 2002d)

Die als notwendig erachtete Reform der Bundeswehr wurde allerdings nicht im Alleingang, sondern innerhalb der institutionellen Strukturen der EU und der NATO angestrebt. »Der Schlüssel für eine zukunftsfähige Bundeswehr sind nicht Stückzahlen und ist nicht in erster Linie mehr Geld; der Schlüssel ist vielmehr mehr Zusammenarbeit mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern.« (Struck 2002d) Für genau diese Zusammenarbeit im Reformprozess innerhalb der NATO steht das Schlüsselwort PRAG. Auch wenn sich in der zweiten Phase deutliche Spannungen abzeichneten, wurde weiterhin eine auf Solidarität und somit auf freundschaftlicher Liebe basierende Beziehung zum US-amerikanischen Anderen angestrebt. Der NATO-Transformationsprozess, wie er in PRAG weiterentwickelt wurde, dient hierfür als Beleg:

»Auf dem NATO-Gipfel in Prag sind folgende Linien deutlich geworden: Deutschland stellt sich zusammen mit seinen Verbündeten den neuen Herausforderungen für die gemeinsame Sicherheit. Es handelt in Solidarität mit seinen Partnern und wird seiner gewachsenen Ver-

---

51 Der Begriff BUNDESWEHR fällt in der zweiten Phase in 27 von 68 Fällen in einem Text, der gerade die Reform der Bundeswehr zum Thema hat.

antwortung gerecht. Deutschland ist gegenwärtig der zweitgrößte Truppensteller in internationalen Einsätzen. Es liegt in unserem ureigenen nationalen Interesse – das hat der Kanzler in Prag noch einmal unterstrichen –, dass sich Deutschland an internationalen Einsätzen beteiligt; denn nur im internationalen Zusammenwirken kann heutzutage erfolgreich Risikovor-sorge betrieben werden. Die NATO muss sich anpassen und das hat sie auf dem Gipfel in Prag auch getan. Das Gleiche gilt auch für die Bundeswehr.« (Struck 2002d)

Diese gewachsene Verantwortung kommt laut Struck in Einklang mit den Beschlüssen des Prager NATO-Gipfels auch weiterhin in Afghanistan zum Tragen:

»Diese moderne Sicherheitspolitik lässt sich geographisch nicht eingrenzen. Denn die Risiken und Bedrohungen in der heutigen Welt kennen keine Grenzen. Sie berühren uns auch über große Entfernungen hinweg. Wir sprechen hier – mit anderen Worten – nicht über ein tagespolitisches Szenario, sondern über einen grundlegenden Wandel der sicherheitspolitischen Lage seit dem Ende des letzten Jahrhunderts. Verteidigung heute ist Wahrung unserer Sicherheit, wo immer diese gefährdet ist. Es geht darum, den Herausforderungen für die Sicherheit zu begegnen, aus welcher Richtung diese Herausforderungen auch kommen mögen, wie es im Gipfelkommuniqué der NATO von Prag heißt. Wir müssen uns gegen äußere Bedrohungen, die, wie im Falle des internationalen Terrorismus, im Inland auftreten können, genauso wie gegen die akuten Risiken schützen können, die sich im weiteren internationalen Umfeld ergeben. Aus diesen Gründen wird der Bundestag heute für eine Fortsetzung des Bundesweh-rengagements in Afghanistan stimmen. In Afghanistan tun wir das, was der Verantwortung Deutschlands, was unseren Möglichkeiten und unseren Sicherheitsinteressen entspricht, genauso wie auf dem Balkan und am Horn von Afrika – gemeinsam mit unseren Partnern und Freunden.« (Struck 2002c)

Auf dem genannten Gipfel, der vom 21. bis 22. November 2002 in Prag stattfand, erhielt der Transformationsprozess der NATO weitere Impulse durch drei Ziele, wie sie in der Gipfelerklärung (Erklärung der Staats- und Regierungschefs des NATO-Gipfels in Prag vom 21./22. November 2002) festgehalten sind: »Eng miteinander verbunden durch unsere gemeinsame Vision, wie sie im Washingtoner Vertrag konkrete Form erhielt, wollen wir die NATO einem Wandlungsprozess unterziehen – mit neuen Mitgliedern, neuen Verteidigungsfähigkeiten und neuen Beziehungen zu unseren Partnern.« (Abs. 1) Gleichzeitig wird die *Out-of-Area*-Debatte im Sinne einer Ausrichtung der NATO auf den globalen Handlungsrahmen aufgelöst. Dies ist einerseits »[...] nicht primär als Selbstbekenntnis zu einem globalen Interventionismus zu lesen, sondern als eine *symbolische Selbstbeschreibung* der transatlantischen Staatengemeinschaft.« (Siedschlag 2006: 33, Herv. i. O.) Hierbei spielt auch der Verweis auf die als tragisch empfundenen Ereignisse vom 11. September 2001 sowie die Verkündung von Artikel 5 innerhalb der NATO als *Bekräftigung* der freundschaftlichen Beziehungen im Zeichen der Solidarität eine Rolle.

»Vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse vom 11. September 2001 und unserer anschließenden Entscheidung zur Verkündung von Artikel 5 des Washingtoner Vertrags haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket auf der Grundlage des Strategischen Konzepts der NATO gebilligt, um unsere Fähigkeit zu stärken, den Herausforderungen für die Sicherheit unserer Streitkräfte, unserer Bevölkerung und unseres Territoriums zu begegnen, aus welcher Richtung diese Herausforderungen auch kommen mögen.« (Erklärung der Staats- und Regierungschefs des NATO-Gipfels in Prag vom 21./22. November 2002)

Der Prager Gipfel war aber nicht nur Symbolpolitik. Andererseits ging es auch um die Entwicklung der materiellen Ebene der Beziehung. So heißt es in Absatz 4 der Gipfelerklärung diesbezüglich:

»Einsatzstarke militärische Kräfte, als essentieller Teil unserer gesamtpolitischen Strategie, sind von entscheidender Wichtigkeit, um die Freiheit und Sicherheit unserer Bevölkerung zu gewährleisten und zu Frieden und Sicherheit im euro-atlantischen Raum beizutragen. Wir haben daher folgende Entscheidungen getroffen: Schaffung von NATO-Reaktionskräften (NATO Response Force – NRF), die sich aus hochmodernen, flexiblen, dislozierbaren, zur Interoperabilität tauglichen und durchhaltefähigen Truppenteilen zusammensetzen, die Land-, See- und Luftkontingente umfassen und bereitstehen, um nach Entscheidung durch den Rat schnell dorthin zu verlegen, wo sie benötigt werden. Die NATO-Reaktionskräfte werden auch die schwerpunktmäßige Förderung von Verbesserungen der militärischen Fähigkeiten der Allianz mit bestimmen. [...] Billigung der Prager Verpflichtung zu Verteidigungsfähigkeiten als Teil der laufenden Anstrengungen der NATO zur Verbesserung und Entwicklung militärischer Fähigkeiten zur modernen Operationsführung in einem hohen Bedrohungsumfeld.« (Erklärung der Staats- und Regierungschefs des NATO-Gipfels in Prag vom 21./22. November 2002)

Gerade die materielle Dimension, die durch die NRF sowie das *Prague Capabilities Commitment* transformiert werden sollte, ist hier wichtig, denn von der Verbesserung der europäischen Fähigkeiten und somit der Interoperabilität mit den US-Streitkräften hängt die Relevanz der NATO aus US-amerikanischer Perspektive wesentlich ab (Wiesmann 2003: 5 f.). Und genau hier soll die NRF Verbesserungen mit sich bringen.

»[...] The manning of the NRF will force member states, and in particular the smaller ones, to improve significantly select elements of their military capability in order to ensure their forces can function at the requisite level of military operations. In terms of war-fighting this should ensure, at least in principle, that the NRF forces can fight alongside US forces if need be.« (Terriff 2004a: 430 f.)

Aufgrund dieses Potenzials der NRF verwundert auch nicht, dass das Konzept der NRF an einer Stelle im US-amerikanischen Regierungsdiskurs gewürdigt wird:

»We must not and will not permit either terrorists or tyrants to blackmail freedom-loving nations. Our NATO Allies are making important contributions. Sixteen NATO countries have sent military forces to the fight against terror in Afghanistan, and at this week's summit, NATO committed to build a new military response force with strong, ready forces that are prepared to deploy on short notice wherever they are needed.« (Bush 2002j)

Der gesamte Transformationsprozess innerhalb der NATO, der durch die Beschlüsse von Prag fortgesetzt wurde, zeigt, » [...] dass die Transformation überwiegend die Streitkräfte der europäischen NATO-Mitglieder betrifft. Die Umstrukturierung der amerikanischen Streitkräfte ist bereits weit fortgeschritten und führt unter anderem zu einer Re-Nationalisierung.« (Dembinski 2006: 11) Die *NATO Response Force* ist jedoch wie jegliches materiell-institutionelles Potenzial nicht unabhängig von intersubjektiven Ideen zu verstehen, kann sie doch entweder im Sinne produktiver Liebe zur gemeinsamen Ermächtigung oder im Sinne US-amerikanischer Herrschaftsbestrebungen genutzt werden. »Mit der NRF reichen die USA den Europäern die Hand. Sie bieten ihnen damit nicht nur die Möglichkeit, an der rasch voranschreitenden umfassenden Transformation der US-Streitkräfte teilzuhaben, sondern dokumentieren damit auch ihr Interesse, die NATO als relevante transatlantische Sicherheitsorganisation stärken zu wollen.« (Eitelhuber 2002: 3) In einer gegenläufigen Leseart allerdings »entspricht [die NRF] durchaus« (Gärtner 2005: 142) dem US-amerikanischen Konzept der Koalition der Willigen, was auch durch die mit der NRF einhergehende » [...] politische Flexibilität, jeweils vertrags-, mandats-, situations- und bedarfsgerecht in- oder außerhalb des Bündnisrahmens oder ESVP-Verbunds militärisch handeln zu können [...]« (Wiesmann 2003: 5 f.), erklärt werden kann. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind dabei weniger als die europäischen Partner auf die Verwirklichung des NRF-Konzepts angewiesen, um im Sicherheitsbereich produktiv tätig sein zu können. Deshalb gilt für das NRF-Konzept auch: »Die Illusion, durch die NRF Einfluss auf militärische Entscheidungen der US-Administration zu gewinnen, dürfen sich die Europäer nicht hingeben. Unilaterales Handeln ist und bleibt aufgrund der herausragenden militärischen Stärke stets eine Option der USA [...]« (Eitelhuber 2002: 4) Insofern kommt in der NRF eine Überlappung zwischen den Mechanismen eines auf gemeinsame Ermächtigung zielenden Strebens nach Liebe und einer auf Herrschaft zielenden Machtbildung innerhalb der NATO zum Ausdruck.

Die Reflexion dieser Ambivalenz zeigt sich auch im deutschen Regierungsdiskurs. Zunächst offenbart sich bezüglich der NATO-RESPONSE-FORCE eine nicht nur frequentierte, sondern auch deutlich positivere Bewertung als im US-amerikanischen Regierungsdiskurs, was vor dem Hintergrund der beschränkteren

deutschen materiell-institutionellen Ressourcen und des Strebens nach produktiver Liebe im Sinne einer gemeinsamen Ermächtigung mit dem US-amerikanischen Anderen erklärt werden kann. »In Berlin, the plan was initially received with some scepticism, but the Schröder government understood that it could not reject the offer without paying a political price within NATO. A rejection would have made the ongoing integration of US security policy into multilateral structures even more problematic.« (Overhaus 2004: 557) Vor diesem Hintergrund sind auch die folgenden Auszüge aus dem deutschen Regierungsdiskurs zu deuten. Es geht hierbei um das Anliegen, produktiv bei der Gestaltung internationaler Ordnung mitzuwirken:

»Nur in multilateralem Rahmen können wir auf allen relevanten Ebenen entschlossen gegen das Gefährdungspotenzial unserer Zeit angehen. Wir müssen weg von einer rein militärisch angelegten Reaktion auf Konflikte und hin zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Europa und Amerika stehen vor einer neuen, weit über unsere Kontinente hinausreichenden und politisch entscheidenden Ordnungsaufgabe. Vor diesem Hintergrund treffen sich die 19 NATO-Mitgliedstaaten am kommenden Donnerstag in Prag. Für das transatlantische Bündnis und seine Rolle in einem System globaler kooperativer Sicherheit beginnt in der tschechischen Hauptstadt eine neue Ära. [...] Auf dem Gipfel steht die Initiative des Prague Capabilities Commitment zum Beschluss an. Sie setzt klare Prioritäten auf den Ausbau der militärischen Fähigkeiten der NATO-Mitgliedstaaten, etwa die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit gegen Angriffe mit Massenvernichtungswaffen oder die Bereitstellung von sicherer moderner Führungstechnologie, von strategischem Lufttransport und von Aufklärungstechnik. In diesem Zusammenhang halten wir die amerikanische Initiative zur Schaffung einer NATO-Response-Force für einen konstruktiven Vorschlag. Dieser multinationale Ansatz kann dazu beitragen, die heutigen Sicherheitsherausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig die integrierten NATO-Strukturen zu stärken. Daher unterstützen wir den Plan, in Prag einen Auftrag zur Ausarbeitung eines Konzeptes für diese NATO-Response-Force zu erteilen. Wir sind allerdings der Auffassung, dass dafür drei Voraussetzungen erfüllt sein müssen: Die Entscheidungen über Einsätze dieser Truppe müssen dem NATO-Rat vorbehalten bleiben; eine deutsche Beteiligung ist aufgrund der geltenden Rechtslage nur mit vorheriger Zustimmung des Bundestages möglich. Das Vorhaben – das ist ein sehr wichtiger Punkt – muss mit dem Aufbau europäischer Krisenreaktionskräfte im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vereinbar sein, Doppelungen sollten ausgeschlossen werden.« (Fischer 2002g)

Darüber hinaus ist der Verweis auf das Ziel eines multilateralen Systems globaler kooperativer Sicherheit nicht nur als Streben nach produktiver Liebe, sondern zugleich als sanfte Form der Gegenmacht gegen das US-amerikanische Andere aufgrund der Enttäuschung dieses Strebens zu deuten. Auch an dieser Stelle gehen also das Streben nach produktiver Liebe, dessen Enttäuschung und daraus resultierende Gegenmachtbestrebungen Hand in Hand. So deutet zwar das Ziel einer Stärkung der integrierten NATO-Strukturen und der Vereinigung ein Streben nach produkti-

ver Liebe an. Die drei Voraussetzungen allerdings, an die die deutsche Zustimmung zur NRF hier gekoppelt ist, sind im Sinne dreier Beschränkungen US-amerikanischer Herrschaft zu verstehen. Eine erste Beschränkung bezieht sich hierbei auf die gleichberechtigte Bestimmung über den Einsatz der NRF, was noch nicht direkt als Kritik am US-amerikanischen Anderen verstanden werden muss. Jedoch wird in einem weiteren Text deutlich, dass diese Beschränkung durchaus als Kritik am außenpolitischen Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika gedeutet werden kann: »Auch wenn es zu einer NATO-Response-Force kommt, gilt das Konsensprinzip. Das heißt nicht: Einer bestimmt und die anderen müssen mitmachen. Vielmehr müssen alle 19 NATO-Mitglieder – später werden es 26 sein – entscheiden.« (Struck 2002b) An dieser Stelle zeigt sich erneut frustrierte Liebe gegenüber dem US-amerikanischen Anderen, der abermals im deutschen Regierungsdiskurs zwar nicht direkt angesprochen, aber durchaus sanft durch den Verweis auf den »Eine[n]« kritisiert wird.

Auch die zweite Beschränkung, welche Doppelungen zwischen europäischen und transatlantischen Fähigkeiten ausschließen möchte, verweist auf eine mögliche Spannung zwischen der Konstruktion der NRF und dem Streben nach Liebe bzw. Macht. »It is very difficult to see how this particular force configuration could be anything other than a token use of Europe's best military resources in the service of the US. In the long term that is a certain recipe for tension.« (Howorth 2003: 241) Gerade diese Gefahr wurde auch im deutschen Regierungsdiskurs artikuliert:

»Ich komme auf die NATO-Response-Force zu sprechen. Die Vorschläge, die die Amerikaner zunächst in Warschau unterbreitet haben und die vor kurzem konkretisiert worden sind, begrüßen wir. Es gibt natürlich die Gefahr [...], dass es Kollisionen mit der EU-Truppe – wir sind dabei, sie aufzubauen – gibt. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir werden kein Konkurrenzverhältnis zulassen, das daraus erwächst, dass man dem Motto ›Es gibt jetzt nur noch die NATO-Response-Force; die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vergessen wird‹ folgt. Wir setzen zusammen mit Javier Solana auf die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.« (Struck 2002b)

In dieser Aussage zeigt sich wieder die Spannung zwischen transatlantischer und europäischer Sicherheitspolitik, das auch an anderer Stelle klar angesprochen wird. Doch auch wenn der Gefahr eines Konkurrenzverhältnisses eine Absage erteilt wird, zeigt sich doch, dass die Sicherheit Deutschlands keineswegs nur noch im transatlantischen Rahmen gewährleistet würde.<sup>52</sup> Dass die Formulierung der Bedin-

52 Diese im deutschen Regierungsdiskurs zum Ausdruck kommende Ansicht deckt sich mit den bereits in der ersten Phase angeführten Meinungsumfragen zur Organisation europäischer Sicherheit.

gungen einer deutschen Zustimmung zur NRF im Kontext gestiegener deutsch-amerikanischer Spannungen zu deuten ist, ergibt sich auch bei einem Blick auf den weiteren Kontext der letztgenannten Aussage Strucks. Sie zeigt, wie angegriffen die deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehung zu diesem Zeitpunkt war. Struck war derjenige, der, wie in der ersten Phase beschrieben, kurz nach den Ereignissen des 11. September die Aussage »Heute sind wir alle Amerikaner« getätigt hatte. So viel Nähe lässt sich in der zweiten Phase nicht mehr feststellen, im Gegenteil. Die beiden Schlüsselwörter DONALD und RUMSFELD deuten vielmehr enttäuschte Liebe und einen Streit mit dem US-amerikanischen Anderen an, der neben dem gerade zitierten Text noch in einem anderen ausgefochten wird.

Struck könne zwar » [...] absolut nicht bestätigen, dass alles ganz katastrophal sei.« Auch sei der Wunsch, dass Struck und Rumsfeld sich » [...] geprügelt hätten [...]«, nicht erfüllt worden. Zudem spricht er vom »Kollegen« Donald Rumsfeld, mit dem er ein »angenehmes und freundliches Gespräch« geführt habe. Über dies hinaus macht Struck klar, dass sein Kollege Rumsfeld zu Recht festgestellt habe, die deutsch-amerikanische Beziehung sei »unpoisoned« (Struck 2002b). Dass dies aber überhaupt als erwähnenswert erachtet wurde, deutet auf die tiefen Risse in der deutsch-amerikanischen Freundschaft hin. An dieser Stelle zeigt sich aber nicht nur, wie schlecht es um die Beziehung stand, sondern auch eine erneute direkte Verbindung zwischen deutschem und US-amerikanischem Regierungsdiskurs. Hintergrund der Feststellung Strucks, dass die Beziehungen nicht vergiftet seien, ist eine Aussage der nationalen Sicherheitsberaterin der Vereinigten Staaten, Rice, die in Reaktion auf einen Vergleich der politischen Methoden Bushs mit denen von Hitler durch die deutsche Justizministerin Däubler-Gmelin eben davon gesprochen hatte (Szabo 2004). In diesem Fall zeigt sich eine Form von enttäuschter Liebe auf US-amerikanischer Seite.

Die Aussagen Strucks dienen aber nicht nur der Bereinigung von Missverständnissen, sondern rahmen zugleich eine selbstbewusste Positionierung gegenüber dem US-amerikanischen Anderen. Kam im deutschen Diskurs in der ersten Phase vor allem Dankbarkeit für den zu Zeiten des Kalten Kriegs empfangenen Sicherheitsimport zum Ausdruck, so werden die Vereinigten Staaten nun darauf hingewiesen, dass auch Grund zu Dankbarkeit gegenüber Deutschland besteht.<sup>53</sup> Diese Wandlung im deutschen Anspruch an die Ausgestaltung der Beziehung zu den Vereinigten Staaten basiert auf dem eigenen Wandel von einem Importeur zu einem Exporteur von Sicherheit:

---

53 Siehe zur Wandlung der deutschen Dankbarkeit gegenüber den USA auch Roos (2010: Kapitel 6.4.2.1).

»Zu Recht ist er [Rumsfeld, tg] dafür dankbar. Wir sind nach den Vereinigten Staaten von Amerika das Land, das das größte Kontingent stellt. Andere, die Sie hier lobend erwähnen, stehen sich langsam aber sicher schon wieder durch die Hintertür heraus: So reduzieren einerseits Staaten bei ISAF in Afghanistan oder auf dem Balkan ihre Kontingente, beschwören aber andererseits in mächtigen Worten die internationale Solidarität. Wir brauchen uns nichts vorwerfen zu lassen. Es ist gut, dass die amerikanische Administration das auch im Rahmen meiner Gespräche mit Donald Rumsfeld anerkannt hat. Unsere Zusammenarbeit wird sich weiterhin gut entwickeln.« (Struck 2002b)

DONALD und RUMSFELD erscheinen im deutschen Diskurs auch als Schlüsselwörter, da noch in einem weiteren Text die tiefgehenden Streitigkeiten mit dem US-amerikanischen Anderen artikuliert werden. Rumsfeld hatte Deutschland mit Libyen und Kuba in eine Reihe gestellt, als er die Länder nannte, die sich einer Unterstützung der US-Position in Bezug auf den Irak verschlossen: »Then there are three or four countries that have said they won't do anything. I believe Libya, Cuba and Germany are ones that have indicated they won't help in any respect.« (zit. n. Shanker 2003) Hierbei ist es wenig überraschend, dass im deutschen Regierungsdiskurs auf diese Aussage im Sinne enttäuschter Liebe reagiert wurde. Die Reaktion ist auch vor dem Hintergrund der eigenen Selbstwahrnehmung als Sicherheitsexporteur zu verstehen und den bereits angesprochenen Sicherheitsleistungen Deutschlands für das US-amerikanische Andere geschuldet. Aus enttäuschter Liebe heraus wird im deutschen Diskurs *Representational Force* gebraucht, indem versucht wird festzulegen, was amerikanisch sei und was nicht. Enttäuschte Liebe schlägt hier in auf Herrschaft zielende Machtbestrebungen um:

»Wir vergessen nie, dass wir durch die amerikanische politische und wirtschaftliche Unterstützung in einem stabilen demokratischen Land leben dürfen. Auch ich vergesse das nie. Das heißt aber nicht, dass ich es akzeptiere, dass Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Deutschland in einem Atemzug mit Kuba und Libyen nennt. Das ist inakzeptabel, unfair und mehr als ungehörig. Das habe ich ihm auch persönlich gesagt. Ich will Ihnen auch erläutern, warum ich das für absolut unfair und unamerikanisch halte. Das Gebot der Fairness ist schließlich fast eine amerikanische Grundtugend. Wir haben die Überflugrechte und die Nutzung der US-Basen beschlossen. Wir haben beschlossen, dass Truppenverlegungen über deutsches Territorium möglich sind. Wir bewachen seit dem 24. Januar US-Einrichtungen. Gestern waren für diese Aufgabe 999 Soldaten an 18 Standorten in 17 Objekten im Einsatz. Maximal können 7.000 Soldaten abgestellt werden. Ich habe Rumsfeld darauf angesprochen, was wohl unsere Soldaten, die in der Winterkälte solche Einrichtungen schützen, darüber denken, wenn ihr Land mit Libyen und Kuba gleichgesetzt wird. Das geht nicht an und das kann man ihm nicht durchgehen lassen. Er ist ein Mann, der eine klare Sprache spricht. Das bin ich aber auch und ich meine, das geht nicht.« (Struck 2003)

Auch an anderer Stelle werden Zeichen frustrierter Liebe und der Wunsch, die eigenen Leistungen hervorzuheben, deutlich.

»Herr Perle erzählt fünfmal die Woche, wir seien irrelevant. Ich frage mich: Warum erzählt er das so oft, wenn wir tatsächlich so irrelevant sind? Es ist mindestens viermal zu viel. Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir nicht irrelevant sind. Schauen Sie sich die Leistungen, die wir im Bündnis erbringen, an! Schauen Sie sich an, welche Handlungsmöglichkeiten das Bündnis ohne Deutschland hat!« (Fischer 2003f)

Der Kontext dieser Reaktion ist eine Äußerung des US-Regierungsberaters Perle: »Deutschland ist irrelevant geworden.« (zit. n. Berliner Zeitung 2003)

#### **4.3.2 Die Bedeutungen der NATO und der Vereinten Nationen im deutschen und US-amerikanischen Diskurs**

Da die Schlüsselwortanalysen der Diskurse auf beiden Seiten des Atlantiks verschiedene institutionelle Facetten als signifikante Themen hervorbringen, lohnt ein genauerer Blick auf die Ergebnisse der Kollokationsanalysen für transatlantische Institutionen. Im US-amerikanischen Diskurs zeigen sich dabei erneut Herausforderungen bei der Interpretation der Ergebnisse der quantitativen Analyse, da nur EXPANSION, ALLIES, MAKING und NEW als Kollokatoren identifiziert werden können.<sup>54</sup> Jenseits der bei der Diskussion der Schlüsselwörter herausgearbeiteten Sachverhalte deutet die Analyse gleichsam auf Spannungen in der transatlantischen Beziehung hin, manifestieren sich doch Zeichen der Liebe nicht mehr auf der Ebene sprachlicher Regularien. Von einer positiven Würdigung der transatlantischen Solidarität durch die Ausrufung von Artikel V nach den Ereignissen des 11. September zeigt sich hier, anders als in der ersten Phase, nichts mehr.

---

54 Aufgrund der geringen Anzahl an Kollokatoren wurde an dieser Stelle auf eine grafische Darstellung verzichtet.

Abbildung 33: Kollokatoren des Wortstamms NATO\* in der 2. Phase des deutschen Diskurses

Beziehungenfähigkeiten  
 "19" Anstrengungen Partnern  
 Europäische Prag

Quelle: Eigene Darstellung

Vor dem Hintergrund steigender deutsch-amerikanischer Differenzen in der zweiten Phase überrascht es kaum, dass im deutschen Regierungsdiskurs auch in der zweiten Phase gezielt die Themen Multilateralismus und die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene artikuliert wurden. Hierbei ging es nicht nur um die NATO selbst, sondern um die Europäische Union im Zusammenhang mit der NATO. Zwar waren der bereits bei der Schlüsselwortanalyse diskutierte Gipfel in PRAG sowie die vor allem in diesem Kontext angesprochenen militärischen FÄHIGKEITEN Thema, wie die entsprechenden Kollokatoren anzeigen, aber auch die EUROPÄISCHE UNION. Dass EUROPÄISCHE und UNION als Kollokatoren von Aussagen bezüglich der NATO auftreten, erklärt sich aus qualitativer Sicht dadurch, dass diese beiden Institutionen nicht zu trennen sind. Auf ähnliche Weise ist die quantitative Verbindung zum Kollokator VEREINTEN zu deuten.<sup>55</sup> NATO, Europäische Union und die Vereinten Nationen sind die drei Institutionen, in denen das deutsche Streben nach einer gemeinsamen Ermächtigung in Form des Multilateralismus verfolgt wird.<sup>56</sup>

»Dabei hat sich die Bundesregierung zu Recht einer konsequenten Politik des Interessenausgleichs und Multilateralismus' verschrieben. Das heißt, wir sind gefordert, wenn sich die

55 Der Kollokator BEZIEHUNGEN steht für die Beziehungen der NATO zu Nicht-NATO-PARTNERN, zumindest bezieht sich PARTNERN in vier von fünf Fällen auf Nicht-NATO-Staaten. Auch der Begriff MITGLIEDER bezieht sich in einem Fall auf das Thema Erweiterung.

56 Aus qualitativer Perspektive wäre zu diesen drei Institutionen noch die OSZE hinzuzufügen: »Moderne Sicherheitspolitik heißt multilaterale Sicherheitsvorsorge im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO, der Europäischen Union und der OSZE« (Struck 2003)

NATO, die Europäische Union und die Vereinten Nationen zur Abwehr von Gefahren und zur Sicherung des Friedens engagieren. Vor diesem Hintergrund ist die internationale Rolle Deutschlands nicht von einem transatlantischen Bündnis, das für Sicherheit und Stabilität des euro-atlantischen Raumes von zentraler Bedeutung ist, und von der Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Europas zu trennen.« (Struck 2002e)

Aufgrund dieser Einschätzung mag es auch nicht verwundern, dass sich die angesprochene Verbindung von NATO und Vereinten Nationen bei der Analyse von Kollokatoren von Aussagen gegenüber den Vereinten Nationen ebenfalls zeigt. Zudem manifestiert sich dabei das Streben nach produktiver Liebe in Form eines internationalen SICHERHEITSSYSTEMS

»Unser gemeinsames Ziel ist es, dass die Menschen in unseren Ländern sicher, frei und ohne Not leben können. Um dies zu erreichen, benötigen wir ein System globaler kooperativer Sicherheit. Ein System, das – anders als die frühere Bipolarität des Kalten Krieges – alle sicherheitsrelevanten Ebenen der Weltpolitik erfassen muss: Die Beziehungen großer Mächte und ihrer Bündnisse ebenso wie das Gefährdungspotenzial regionaler Krisen und die Bedrohung durch asymmetrische Konflikte. [...] Bei der Entwicklung dieses Sicherheitssystems kommt daher den Vereinten Nationen eine überragende Rolle zu. [...] Deutschland ist bereit, bei der Entwicklung des skizzierten internationalen Sicherheitssystems im Rahmen der Vereinten Nationen aktiv mitzuwirken.« (Fischer 2002a)

Dieses internationale Sicherheitssystem bzw. die »multilaterale Sicherheitsvorsorge« (Struck 2003), »die internationale Koalition gegen den Terrorismus« (Fischer 2003e), »jede noch so kleine Chance für den Frieden in der Welt« (Schröder 2003b) und »[...]ein wirksames internationales Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregime, das die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beseitigt und das hierbei entwickelte Instrumentarium nutzt, um die Welt sicherer zu machen [...]« (Fischer 2003d), sollen im RAHMEN der Vereinten Nationen verwirklicht werden.

Abbildung 39: Kollokatoren der Wortstämme VTI\*, UNO und Vereinte\* Nationen in der 2. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Das Streben nach produktiver Liebe mischt sich hier aber gleichzeitig mit einer sanften Form der Gegenmacht, was der Kollokator CHARTA verdeutlicht. Im deutschen Regierungsdiskurs wird die Ansicht vertreten, dass nur diese eine legitime Grundlage der internationalen Ordnung bietet.

»Was wir brauchen ist ein System globaler kooperativer Sicherheit. [...] Den passenden globalen Ordnungsräumen dafür liefern uns die Vereinten Nationen. [...] Unser Kampf [muss] dabei immer rechtlich legitimiert sein. Er muss nationales und internationales Recht, die Menschenrechte und die Charta der Vereinten Nationen respektieren.« (Fischer 2003e)

Die CHARTA dient dementsprechend als Grundlage bzw. Beschränkung eines möglichen Militäreinsatzes im Irak: »[...] W]er militärische Gewalt anordnet, kann das nur auf der Basis ganz bestimmter Prinzipien und Möglichkeiten tun, die in der Charta der Vereinten Nationen festgehalten sind.« (Schröder 2003g) Und eben diese Prinzipien und Möglichkeiten wurden im Fall des Irak nicht erblickt: »Für einen Regimewechsel mit militärischen Mitteln gibt es in der Charta der Vereinten Nationen keine Grundlage.« (Fischer 2003d) Nur der SICHERHEITSRAT der Vereinten Nationen war für die deutschen Regierungsvertreter der Ort, an dem über die Fortschritte der Inspektoren im Irak »entschieden werden kann und werden muss.« (Schröder 2003c) Hierbei ist auch der Kontext der Äußerungen zur Bedeutung des VN-Sicherheitsrats wichtig, da Deutschland zu dieser Zeit nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat war und deshalb auch praktisch an dessen Entscheidungen mitwirkte. Gemeinsam mit Frankreich, einem der ständigen Sicherheitsratsmitglieder, wurde im Rahmen dieses Gremiums eine sanfte Form der Gegenmacht gegenüber dem US-amerikanischen Anderen aufgebaut, auch wenn weiterhin versucht wurde, keine ausschließende Logik zwischen transatlantischer und europäischer Identität gelten zu lassen.

»Die Stärkung der europäischen Sicherheitsidentität richtet sich gegen niemanden. Wir nehmen damit unsere Verantwortung wahr für die Stabilität unseres Kontinents, aber auch für die Fähigkeit, europäische Erfahrungen des Friedens und der Entwicklung anderen Völkern anbieten zu können; so, wie es Deutsche und Franzosen, in Afghanistan, auf dem Balkan und anderswo Seite an Seite tun. Und so, wie wir auch bei der Lösung internationaler Krisen, wie der um Nordkorea und den Irak, Seite an Seite zusammenarbeiten. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in dem derzeit vier europäische Staaten globale Verantwortung für Frieden und die internationale Sicherheit tragen, haben wir besonders enge Abstimmung vereinbart.« (Schröder 2003d)

Der Verweis auf rechtliche Grundlagen ist auch aus einer weitergehenden qualitativen Perspektive interessant, da eine rechtsbasierte Logik als eine Form von *representational Force* gegenüber dem US-amerikanischen Anderen eingesetzt wur-

de: Es wurde versucht, die eigene Interpretation der Sachlage als kongruent mit den historischen Zielen der Vereinigten Staaten darzustellen. Die entsprechende Gegenmachtbildung gemeinsam mit Frankreich war dabei sanft. Es ging keineswegs um die Aufkündigung der Freundschaft zum US-amerikanischen Anderen. Deutlich wurde jedoch, dass Dankbarkeit gegenüber Letzterem alleine nicht mehr als Grundlage für die Beziehung mit einem selbstbewussteren Deutschland ausreicht. Obwohl die Freundschaft in der Substanz nicht berührt wurde, wird auch klar, dass sich der transatlantische Streit nicht um Details, sondern um eine zentrale Frage entspannt: ob die Willensbildung innerhalb der Freundschaft multilateral bleiben sollte. Dennoch wird durch das Ziel, die Stärke des Rechts an die Stelle des Rechts des Stärkeren zu setzen, deutlich, dass Deutschland aufgrund der materiell-institutionellen Bedingungen innerhalb der deutsch-amerikanischen Sicherheitsstruktur kein im Vergleich zu den USA gleichwertiges Potenzial zur Gestaltung der internationalen Ordnung besaß.

»Die Satzung der Vereinten Nationen beruht auf diesem Grundsatz des Gewaltverbots. Übrigens, treibende Kraft dabei waren immer wieder die Vereinigten Staaten von Amerika; denken wir an Namen wie Wilson oder Roosevelt. Kern dieses Prozesses ist das Prinzip, die Stärke des Rechtes an die Stelle des Rechts des Stärkeren zu setzen. Ungeachtet aller aktuellen Meinungsverschiedenheiten ist dies das gemeinsame Wertefundament, das uns fest mit unseren amerikanischen Freunden verbindet. Die transatlantische Freundschaft war nie eine eng oder egoistisch verstandene Zweckgemeinschaft. Sie ist und sie bleibt eine Wertegemeinschaft. Diese Wertegemeinschaft kann auch bei gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten in ihrer Substanz nicht berührt werden. Deutsche und Amerikaner verbindet längst nicht mehr nur die Dankbarkeit, die wir für die Befreiung von der Nazi-diktatur und die Chance für den demokratischen Wiederaufbau empfinden. Nein, uns verbindet mehr. Uns verbindet eine kulturelle Zusammengehörigkeit, die weit in den Alltag unserer Völker hineinreicht. Und uns eint eine Freundschaft, die auf gegenseitigem Respekt und der Verfolgung gemeinsamer Ziele beruht und in der wir deshalb zu unterschiedlichen Meinungen kommen und dies ertragen können. Wir streiten heute nicht um Details der Sicherheitspolitik, nicht um vordergründigen strategischen oder ökonomischen Nutzen. Wir streiten übrigens auch nicht über Sein oder Nichtsein der NATO. Es geht uns darum, ob Willensbildung multilateral bleibt. Bei dieser Frage geht es auch um die gegenwärtige, vor allem aber um die künftige Rolle Europas, und zwar des ganzen Europas. Dass dieser Kontinent, dieses unser Europa, ohne engste Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland seine Rolle nicht spielen kann, war immer eine gemeinsame Erkenntnis in diesem Hause.« (Schröder 2003g)

Auch im US-amerikanischen Diskurs zeigt sich ein signifikanter Bezug auf die Charta (CHARTER) der Vereinten Nationen; nur dient diese hier zur Legitimation militärischer Einsätze im Krieg gegen den Terror im Allgemeinen und gegenüber dem Irak im Speziellen.

»[...] The terrorists did not just strike America; they attacked the values of the civilized world that are enshrined in the United Nations Charter. It was clear that terrorism is a threat to international peace and security. And it was clear that all the world's nations had to take concerted action if this menace is to be eradicated once and for all. And so, in defense of shared values and out of a sense of shared vulnerability, the world answered President Bush's call for a great global coalition against terrorism.« (Powell 2002d)

»We have called on the United Nations to fulfill its charter and stand by its demand that Iraq disarm.« (Bush 2003a)

Augenscheinlich wird in Bezug auf den Irak, dass dieser ein entscheidendes Moment für die Vereinten Nationen bzw. besser gesagt für die US-amerikanische Wahrnehmung dieser Institution darstellte, wie der Kollokator DEFINING andeutet. Hierdurch wurde versucht, deutlich zu machen, dass die Vereinigten Staaten, entgegen dem impliziten deutschen Vorwurf des US-amerikanischen Unilateralismus, durchaus multilateral orientiert sind und es vielmehr der Irak ist, der unilateral agiert.

»All the world now faces a test and the United Nations a difficult and defining moment. Are Security Council resolutions to be honored and enforced or cast aside without consequence? Will the United Nations serve the purpose of its founding, or will it be irrelevant? The United States helped found the United Nations. We want the United Nations to be effective and respectful and successful. We want the resolutions of the world's most important multilateral body to be enforced. And right now those resolutions are being unilaterally subverted by the Iraqi regime.« (Bush 2002e)

»Saddam Hussein's defiance has confronted the United Nations with a difficult and defining moment: Are Security Council resolutions to be honored and enforced or cast aside without consequence? Will the United Nations serve the purposes of its founding, or will it be irrelevant?« (Bush 2002k)

Aus einer qualitativen Perspektive macht im US-Regierungsdiskurs auch der Begriff »auspices«<sup>57</sup> an einer Textstelle deutlich, dass die Vereinigten Staaten zwar eine Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen bevorzugt hätten, analog zum Beziehungsmodell der Koalition der Willigen aber auch außerhalb dieses institutionellen Settings zu agieren wissen: »[...] The United States is prepared to lead a coalition, either under UN auspices or if the UN will not act, demonstrates

57 AUSPICES ist zwar ein statistisch signifikanter Kollokator, aber nur an einer Stelle kommt ihm die hier vorliegende Bedeutung zu, weshalb rein qualitativ argumentiert wird.

its irrelevance, and then the United States is prepared with a coalition of the willing to act. And it will be a good coalition, a strong coalition.« (Powell 2003c)

Abbildung 40: Kollokatoren der Wörter UN, U. N. und United Nations in der 2. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

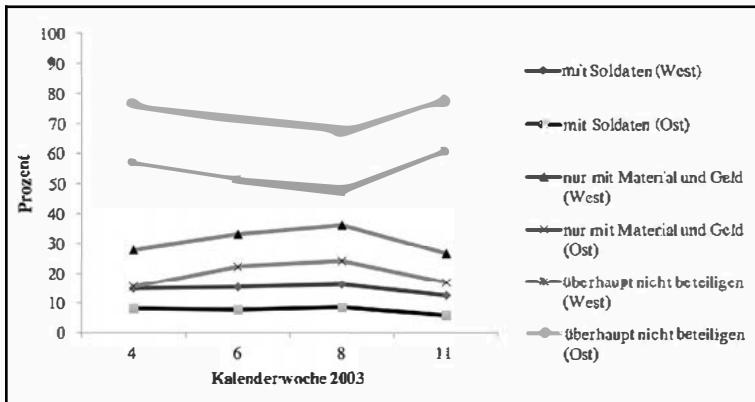
Diese zweigliedrige Argumentation – eine multilaterale Handlungsweise zu bevorzugen, aber bei Nicht-Erfüllung der eigenen Vorstellungen im Rahmen einer Koalition der Willigen zu handeln – deckt sich mit Meinungsumfragen über die Einstellung zu den Vereinten Nationen. So waren in einer Umfrage, die im Februar 2003 durchgeführt wurde, 57 Prozent der Befragten US-Amerikaner der Ansicht, dass die Vereinigten Staaten eine VN-Resolution für den Einsatz von Gewalt gegen den Irak benötigen, während 33 Prozent keine solche Notwendigkeit erkannten. Gleichzeitig waren die Befürworter einer VN-Resolution in der Frage gespalten, ob die Vereinigten Staaten Gewalt einsetzen sollten, sofern eine VN-Resolution durch ein Veto eines oder mehrerer anderer Staaten blockiert würde: 22 Prozent waren gegen den Einsatz von Gewalt, 30 Prozent dafür, sofern es sich richtig anfühle (PEW Global Attitudes Project 2003).

Nun wäre es jedoch falsch, im Vergleich hierzu im deutschen Regierungsdiskurs einen rein prinzipienorientierten Multilateralismus auszumachen, denn: »Transatlantische Schuldzuweisungen sind keine Einbahnstraße.« (Meiers 2006b: 14) So wurde im deutschen Diskurs die Entscheidung über einen Militäreinsatz im Irak vom institutionellen Rahmen der Vereinten Nationen durch das sogenannte doppelte Nein des Bundeskanzlers abgekoppelt. Mit der Aussage Schröders vom 21. Januar 2003, »[...] rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmen wird [...]« (FAZ.Net 2003), wurde neben einer deutschen Beteiligung an einem militärischen Einsatz im Irak auch die Möglichkeit verworfen, einer militärische Maßnahme legitimierenden VN-Resolution zuzu-

stimmen. Mit dem letztgenannten Nein löste Schröder die deutsche Außenpolitik von den Entscheidungen des VN-Sicherheitsrats los. Unterdessen versuchte die Bundesregierung, den amerikanischen Partnern ihre Vorstellung von internationaler Ordnung im Rahmen der Vereinten Nationen aufzuzwingen, da alle Maßnahmen im Sicherheitsrat entschieden werden müssten. Der Bundeskanzler » [...] erwartete also von den USA [...] eine strikte Befolgung der Maßgaben der VN, machte die deutsche Position aber von diesen unabhängig. Die Bedeutung der Weltorganisation wurde damit für die deutsche Außenpolitik in diesem Konflikt relativiert [...]« (Colschen 2010: 292). Dieser »unilateralistische[] Sündenfall« (Mauß 2004: 17), einer kriegslegitimierenden Resolution der Vereinten Nationen unter keinen Umständen zustimmen zu wollen, zeigt die Gegenmachtbestrebungen und die Grenzen der deutschen Liebe gegenüber dem US-amerikanischen Anderen deutlich an. Auf die US-amerikanische »Arroganz der Macht« antwortete Deutschland aus enttäuschter Liebe mit einer »Arroganz der Ohnmacht« (Krell 2003). *Ohnmächtig* war das deutsche Verhalten, da gemeinsam mit Frankreich in Bezug auf den Irak eine sanfte Form der Gegenmacht gegen die USA gebildet wurde, die den Krieg aber nicht verhindern konnte. *Arrogant* bzw. selbstverliebt war dieses Vorgehen, da alle Entscheidungen in Bezug auf den Irak aus deutscher Sicht nur im Sicherheitsrat der VN getroffen werden sollten, ohne dass Deutschland selbst aber an diese Entscheidungen gebunden gewesen wäre.

Diese Facette des deutschen Regierungsdiskurses war dabei keineswegs alternativlos, wie etwa ein Blick auf Meinungsumfragen offenbart. Zwar erhielt die Ablehnung eines militärischen Engagements im Irak mehrheitliche Zustimmung: Im September 2002 wollten 52 Prozent der Respondenten eine militärische Beteiligung Deutschlands auf jeden Fall ausgeschlossen wissen. Doch immerhin 43,5 Prozent der Befragten konnten sich eine Kriegsbeteiligung Deutschlands, basierend auf einem Beschluss der Vereinten Nationen, vorstellen (Zentralarchiv 2002: F.61). 2003 änderte sich dieses Meinungsbild jedoch, wie Abbildung 41 veranschaulicht: Selbst im Falle eines Beschlusses einer Militäraktion im Irak durch die Vereinten Nationen wäre die Mehrheit der Befragten in Ost- und Westdeutschland gegen jegliche Beteiligung Deutschlands gewesen (Viehrig 2010: 145).

Abbildung 41: »Falls es aufgrund eines Beschlusses der Vereinten Nationen zu einer Militäraktion der USA im Irak kommt, sollte sich Deutschland dann beteiligen?«



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf den Daten des Zentralarchivs für empirische Forschung (West 2003b, Ost 2003a), F.131

Kein Wunder also, dass nach Beginn des Irakkriegs 77,4 Prozent der Befragten in Westdeutschland (Zentralarchiv für empirische Forschung 2003b: F.142) und 84,1 Prozent in Ostdeutschland (Zentralarchiv für empirische Forschung 2003a: F.142) im Großen und Ganzen mit der entsprechenden Politik der Bundesregierung einverstanden waren. Von der deutschen Öffentlichkeit angenommen wurde dabei nicht nur Schröders erstes Nein zur Beteiligung deutscher Soldaten an einem Krieg im Irak. Auch der andere Teil des doppelten Neins fand bei einer Mehrheit der Respondenten Unterstützung: So hielten 59,4 Prozent der Westdeutschen und 75,4 Prozent der Ostdeutschen eine frühzeitige Festlegung Schröders auf ein Nein Deutschlands zu einem Krieg im Irak im VN-Sicherheitsrat für richtig (Zentralarchiv für empirische Forschung 2003b: F.135, 2003a: F.135). Nur 38,7 Prozent respektive 21,5 Prozent hielten es für falsch. Insgesamt zeigten sich Ende März 2003 78,2 Prozent der Westdeutschen und 83,8 Prozent der Ostdeutschen mit der Politik der Bundesregierung bezüglich des Irak grundsätzlich zufrieden (Zentralarchiv für empirische Forschung 2003b: V251, 2003a: V251).

#### 4.3.3 Selbstwahrnehmungen im deutschen und US-amerikanischen Diskurs

Die selbstbewusste, ja teilweise selbstverliebte Wahrnehmung des deutschen Selbst, die ein Blick auf die Artikulationen zu NATO und den Vereinten Nationen bereits deutlich veranschaulichte, offenbart sich auch bei einer näheren Betrachtung der

Kollokatoren deutscher Selbstbeschreibungen. So wurde etwa hervorgehoben, dass Deutschland mit fast 10.000 Soldaten international engagiert ist. Auch tritt in der zweiten Phase – wie schon bei einem Blick auf die Schlüsselwörter deutlich wurde – die Bedeutung der Beziehung zu FRANKREICH(S) bzw. den FRANZOSEN in dieser Phase zutage.

Abbildung 42: Kollokatoren deutscher Selbstbeschreibungen in der 2. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Es zeigt sich abermals, dass die im Diskurs auftretende Wahrnehmung der Realität nicht unabhängig von materiellen Gegebenheiten zu verstehen ist. So kommt in den deutschen Aussagen ein gewachsenes Selbstbewusstsein aufgrund des Wandels von einem Importeur zu einem Exporteur von Sicherheit zum Ausdruck. Wie bereits in der ersten Phase des deutschen Diskurses wird dabei aus qualitativer Perspektive deutlich, dass der Begriff Solidarität keineswegs als Einbahnstraße verstanden wurde und dass Deutschland aufgrund seiner Leistungen neue Rechte beanspruchte.

»Die Bundesrepublik – auch das gilt es in aller Welt klar zu machen – hat in einem Maße internationale Verantwortung übernommen, wie es vor einigen Jahren kaum vorstellbar gewesen wäre: Verantwortung auf dem Balkan, vor allen Dingen aber auch Verantwortung nach den verheerenden Terroranschlägen des 11. September 2001 in New York und Washington. [...] Niemand in Deutschland muss sich angesichts dieser enormen Leistungen verstecken und niemand muss sein Licht unter den Scheffel stellen. Deutschland stellt heute nach den Vereinigten Staaten von Amerika das zweitgrößte Truppenkontingent in internationalen Einsätzen zur Sicherung und Wahrung des Friedens. Insgesamt haben seit 1998 mehr als 100.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in solchen Einsätzen ihr Leben und allemal ihre Gesundheit riskiert. Wir haben immer gewusst, dass es zu dieser Politik der Solidarität keine Alternative geben konnte und vor allen Dingen keine geben durfte. Solidarität, wie wir sie geleistet haben

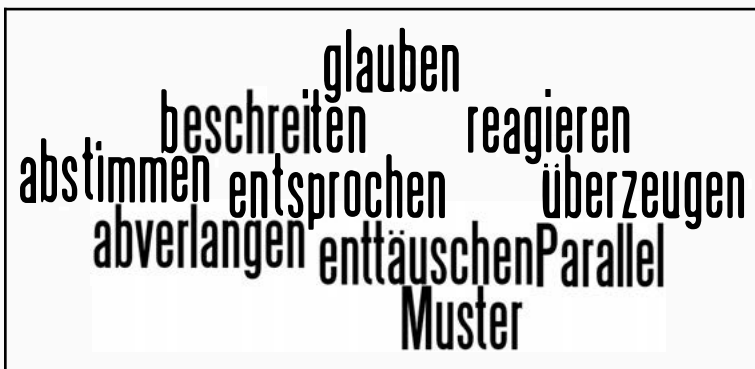
und nach wie vor leisten, schafft aber auch das Recht, ja die Pflicht, zu differenzieren. Dass angesichts der fortbestehenden Gefahr durch den internationalen Terrorismus, etwa der al-Qaida, alle Maßnahmen und Entscheidungen auch daraufhin überprüft werden müssen, ob sie dem Kampf gegen diesen Terrorismus nützen oder schaden, das sollte für uns alle selbstverständlich sein.« (Schroder 2003g)

Auch wenn die Ergebnisse aus quantitativer Perspektive für die zweite Phase bis auf eine Ausnahme wenig aufschlussreich für die Beantwortung der Forschungsfrage sind, zeigt ein Blick auf Kollokatoren des deutschen Wortes *wir* mehr: Mit dem Begriff **ENTSPROCHEN** schlug der deutsche Regierungsdiskurs einen selbstbewussteren Ton an, der von den materiellen Leistungen Deutschlands herrührte. Wie schon in Bezug auf die Türkei bei der Schlüsselwortanalyse beschrieben, hat sich Deutschland solidarisch verhalten.

»Das Bündnis hilft Partnern, die in Gefahr sind. Das bezieht sich ausdrücklich auch auf die Türkei, die sich auf unsere Solidarität bei einer Gefahrenabwehr jederzeit verlassen kann. Ich möchte auch sagen: Den Forderungen innerhalb der NATO, die in dieser Hinsicht erhoben worden sind, haben wir tatsächlich längst entsprochen.« (Schroder 2003g)

»Seit dem vergangenen Freitag liegt eine Anfrage meines niederländischen Kollegen [...] zur Überlassung einer gewissen Zahl von Patriot-Lenkflugkörpern in leistungsgesteigerter Version vor. Die leistungsgesteigerte Version haben nur wir und nicht die Holländer. Es geht also um Missiles, nicht um Abschussbatterien. Wir haben dieser Bitte entsprochen. Wir werden diese Patriot-Missiles zusammen mit den niederländischen Batterien ab morgen oder übermorgen auf dem Seeweg in die Türkei bringen.« (Struck 2003)

Abbildung 43: Kollokatoren des Wortes *wir* in der 2. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Auch für den US-amerikanischen Diskurs stützt eine Analyse der Selbstwahrnehmungen die bereits gezogenen Schlüsse. So zeigt sich durch den Kollokator -RUSSIAN, dass durchaus Beziehungen zu anderen Staaten artikuliert werden. Erneut wird dabei die Beziehung zu Russland thematisiert. Jedoch legt eine qualitative Feinanalyse des Textes, in dem der Kollokator auftritt, offen, wie wenig belastbar diese Beziehung war. Zwar wird eine freundschaftliche Beziehung zu Russland suggeriert: »[...] We deal with Russia as we deal with other normal countries, in a spirit of friendship and cooperation.« (Rumsfeld 2002c) Doch zeigt sich zugleich eine Vorstellung von Freundschaft, die auf der Spiegelung des US-amerikanischen Selbst und auf bereits bestehenden Gemeinsamkeiten mit dem Anderen in Form des *Mirror View* aufbaut. Veranschaulicht werden kann dies an der Diskussion über den ABM-Vertrag, der unilateral von der US-amerikanischen Seite gekündigt wurde.

»But what's remarkable is not simply the fact of these planned reductions, but how they have happened. After a careful review, President Bush simply announced his intention to cut our stocks of operationally deployed nuclear warheads. This was the result of the Nuclear Posture Review that we spent many months on, as you indicated in your opening remarks. President Putin shortly thereafter did exactly the same thing. And when they met in Moscow, they recorded these unilaterally announced changes in a treaty that will survive their two presidencies, the Moscow Treaty, which the Senate will now consider. But it's significant that while we consulted closely and we engaged in a process that has been open and transparent« (Rumsfeld 2002c).

Wie aus einem weiteren Text hervorgeht, wurden Dissonanzen nicht produktiv aufgelöst, sondern schlicht zur Kenntnis genommen. Der Ausgang des als offen und transparent bezeichneten Dialogs hatte bereits ein fixes Ziel: die Installation eines Raketenabwehrsystems.

»Similarly, the way we agreed with Russia to disagree on the ABM Treaty reflects the intense dialogue we had over the 11 months before we made that decision. A dialogue in which we told the Russians where we were headed. We said to them clearly, we are going forward to achieve missile defense. We are going to have missile defense. And we can work together. And if we can't work together, then we'll have to agree to disagree. We didn't just pull out of the treaty on a whim, we spent time exploring opportunities with them, exploring options with them. We made it clear where we were going. And we asked them, is there a way we can do this together to go forward. At the end of the day, we agreed to disagree, and we notified Russia that we were going to withdraw from the ABM Treaty.« (Powell 2002i)

Diese keineswegs an einer gegenseitigen Bereicherung durch verschiedene Ideen orientierte Beziehungslogik zeigt sich auch anhand anderer Schwerpunkte, die bei den Selbstbeschreibungen im US-amerikanischen Diskurs mitschwingen, wie dem



cher Zeitpunkt gesehen, wobei ärmliche Ereignisse in Bezug auf den Irak vermieden werden sollten.

»If he demonstrates the capability to deliver those weapons to our shore, the world would be changed. Our people would be at risk. Our willingness to be engaged in the world and our willingness to project power to stop aggression and our ability to forge coalitions for multilateral actions all could be put under question, and many lives could be lost. [...] The question comes down to this: How will the history of this era be recorded? When we look back on previous periods of history, we see there have been many books written about threats and attacks that were not anticipated: ›At Dawn We Slept: The Untold Story of Pearl Harbor‹; ›December 7, 1941, The Day The Admiral Slept Late‹; ›Pearl Harbor, Final Judgment‹; ›From Munich To Pearl Harbor‹; ›Why England Slept?‹; ›The Cost of Failure.‹ The list of such books is endless. And unfortunately, in the past year, historians have added to the body of literature, and there are already books out on September 11th, wondering why those attacks weren't prevented.« (Rumsfeld 2002d)

Der Kollokator COWED<sup>59</sup> deutet darüber hinaus an, dass man sich nicht einschüchtern lässt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die wahrgenommene Bedrohung vorgehen wird: »We will fight terrorist networks and all those who support these efforts to spread fear and mayhem around the world, and we will use every instrument of our national power and we will not be cowed. We will not be made fearful.« (Powell 2002c) Der Irak durfte in den Augen der US-amerikanischen Regierungsvertreter niemals die Möglichkeit erhalten, eine nukleare Waffe gegen die USA einzusetzen. Das schulde man den eigenen Bürgern, das verdeutlicht auch der in drei Texten in diesem Sinne besetzte Kollokator OWE: »We owe it to all our citizens to do everything in our power to prevent that day from coming.« (Bush 2002e, vgl. auch Rumsfeld 2002d, 2002f) Man werde in dieser Sache nicht nachgeben (RELENT<sup>60</sup>). Gleichzeitig strebe (STRIVE<sup>61</sup>) man nicht nur Courage und Mitgefühl an, sondern auch Frieden, wobei jener erst hergestellt werden müsse: »The qualities of courage and compassion that we strive for in America also determine our conduct abroad. [...] We strive for peace. And sometimes peace must be defended.« (Bush 2003a)

59 Auch bei diesem Kollokator ergibt sich eine Doppelung, er tritt aber immerhin in zwei Texten auf.

60 Auch bei diesem Kollokator ergibt sich eine Doppelung, er tritt aber immerhin in drei Texten auf.

61 Auch bei diesem Kollokator ergibt sich eine Doppelung, er tritt aber immerhin in zwei Texten auf.

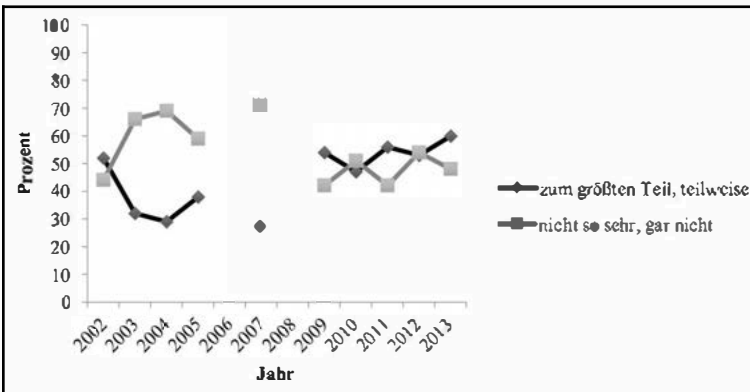
Abbildung 45: Kollokatoren des Wortes *we* in der 2. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Das Ziel des Erhalts der eigenen Führungsrolle ist jedoch zumindest in Verbindung mit der im US-Diskurs auftretenden Beziehungslogik nur schwer mit dem deutschen Selbstbewusstsein in Einklang zu bringen. Aufgrund der Einstellung der USA verwundert es nicht, dass sich auch in der deutschen Öffentlichkeit im Zeitverlauf die Ansicht durchsetzte, die USA berücksichtigten deutsche Interessen nicht. Dabei waren noch in der ersten Erhebungsperiode vom 12. Juli bis 10. August 2002 52 Prozent der Befragten der Meinung, die USA berücksichtigten die Interessen Deutschlands zum größten Teil bzw. teilweise. Diese Zahl sank jedoch nach Beginn des Irakkriegs auf 32 Prozent in der zweiten Erhebungsperiode vom 28. April bis 15. Mai 2003. Auch wenn die Erhebungen nicht mit den hier angelegten Phasen übereinstimmen, geben sie doch Hinweise auf frustrierte Liebe in Deutschland.

Abbildung 46: Berücksichtigung deutscher Interessen durch die USA



Quelle: Eigene Darstellung

Im US-amerikanischen Diskurs kommt aus qualitativer Perspektive die Ansicht zum Ausdruck, dass die eigene Meinung im Sinne einer Belehrung nur laut genug in die Welt hinausgetragen werden müsse und dass so auch die Problematik des Anti-Amerikanismus angegangen werden könne. Die USA wurden als Produzenten und andere Staaten als Konsumenten im US-Diskurs dargestellt. Eine Einsicht der Notwendigkeit der Offenheit für die Meinungen anderer zeigte sich nicht. Vielmehr ging es hier um die Stärkung der Beziehung der Länder, die bereits die Ansichten der Vereinigten Staaten teilten, wobei interessant ist, dass hierbei der Begriff der Freundschaft keine Verwendung fand.

»[...] Increasingly, knowledge and information is being communicated directly to consumers instantaneously. We all know this phenomenon. Call it what you will – 24-7, CNN, Fox, MSNBC, you name it, radio, instant wire service information. But that’s the way we communicate to the world right now: instantaneously, directly to the consumer. [...] And it goes to one of the points that Senator Conrad made earlier: getting the message out and dealing with anti-Americanism when we find it by getting out our product and our message as fast as possible. [...] Today, our number one priority is to fight and win the global war on terrorism. If the budget furthers this goal by providing economic, military and democracy assistance to key foreign partners and allies, including \$4.7 billion to countries that have joined us in the war on terrorism, of this amount, the President’s budget provides \$657 million for Afghanistan, \$460 million for Jordan, \$395 million for Pakistan, \$255 million for Turkey, \$136 million for Indonesia, and \$87 million for the Philippines. [...] Mr. Chairman, I also want to emphasize our efforts to decrease the threats posed by terrorist groups, rogue states, and other non-state actors with regard to weapons of mass destruction and related technology. To achieve this goal, we must strengthen partnerships with countries that share our views in dealing with the threat of terrorism and resolving regional conflicts.« (Powell 2003e)

In Bezug auf die deutsche Gesellschaft verfehlt aber die Ursachenanalyse von negativen Einstellungen gegenüber den USA die Verhältnisse. Auch wenn das deutsche Bedeutungssystem einige anti-amerikanische Elemente enthält, die viel weiter zurückreichen als der Untersuchungszeitraum erahnen lässt, wurden diese Elemente bzw. negativen Einstellungen gegenüber den USA in Reaktion auf die außenpolitischen Praktiken unter der Bush-Regierung aktualisiert (Forsberg 2005: 222, Nolan 2005: 112, Chiozza 2009: 222).

Auch das Ziel, die US-amerikanische Führerschaft zu erhalten, wurde durch diese Praktiken gefährdet. So weisen die Daten zur gewünschten Führungsrolle der Vereinigten Staaten zwar auf einen mittelfristigen Trend hin, der über die Politik der Bush-Administration hinausweist, durch diese aber verstärkt wurde (Medick-Krakau 2008: 543). So stieg die Anzahl derjenigen, die es für nicht oder überhaupt nicht wünschenswert hielten, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine starke Führung in der internationalen Politik ausüben, von 27 Prozent im Juni/Juli 2002

auf 50 Prozent im Juni/Juli 2003 (German Marshall Fund of the United States 2004).<sup>62</sup>

#### 4.3.4 Fremdwahrnehmungen im deutschen und US-amerikanischen Diskurs

Wie in der ersten Phase offenbart sich auch in der zweiten Phase, bei der Betrachtung der Kollokatoren des Wortstamms *terror*\* im US-amerikanischen Diskurs, die Idee einer Bedrohung, der durch präventive Maßnahmen (PREVENTING) in einer kriegerischen Auseinandersetzung (WAR) entgegenzutreten ist. Auch die hierbei praktizierte Entmenschlichung des Feindes hält an, wie etwa die Vorstellung von »shadowy terrorist networks« (Rumsfeld 2002d, vgl. auch Bush 2003a) deutlich macht. Jedoch erfahren diese Konzepte in der zweiten Phase dahingehend eine Erweiterung als eine Verbindung zum Irak und die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen konstruiert werden. Diese Erweiterung zeigt etwa der Kollokator NEXUS<sup>63</sup> an:

»Well, what has changed, is our experience on September 11. What is change, is our appreciation of our vulnerability and the risks that this country faces from terrorist networks, terrorist states armed with weapons of mass destruction and the nexus between terrorist networks and weapons of mass destruction. What has not changed is Iraq's drive to acquire those weapons, and the fact that every approach that the United Nations has taken to stop Iraq's drive has failed.« (Rumsfeld 2002d)

»But what I want to bring to your attention today is the potentially much more sinister nexus between Iraq and the al-Qaida terrorist network, a nexus that combines classic terrorist organizations and modern methods of murder. [...] The nexus of poisons and terror is new. The nexus of Iraq and terror is old. The combination is lethal.« (Powell 2003g)

»This nexus between terrorists and states that are developing weapons of mass destruction can no longer be looked away from and ignored.« (Powell 2003e)

»[I]f we find a post-9/11 nexus between Iraq and terrorist organizations that are looking for just such weapons – and I would submit and will provide more evidence that such connec-

---

62 Bei der Interpretation der Daten gilt es somit abermals zu bedenken, dass beide Untersuchungszeiträume nicht identisch mit den in dieser Arbeit festgelegten Phasengrenzen sind.

63 Auch bei diesem Kollokator ergeben sich Doppelungen, er tritt aber immerhin in vier Texten auf.

tions are now emerging and we can establish that they exist – we cannot wait for one of these terrible weapons to show up in one of our cities and wonder where it came from after it's been detonated by al-Qaida or somebody else.« (Powell 2003h)

Genau die tödliche Verknüpfung von Massenvernichtungswaffen und Terror gebot in den Augen US-amerikanischer Regierungsvertreter präventive Maßnahmen; es konnte nicht gewartet werden, bis eine Massenvernichtungswaffe in einer US-amerikanischen Stadt explodiert. Auch der Kollokator **ROGUE** deutet wie **NEXUS** diese Wahrnehmung an. Zusätzlich wird dabei etwas über die Beziehungsebene zu anderen, nicht als Feinden wahrgenommenen Gesellschaften ausgesagt. Die Kollokation der Wörter *terrorist* und **ROGUE** ist hierbei eine, die in sechs Texten gleichförmig auftritt:

»I also want to emphasize our efforts to decrease the threats posed by terrorist groups, rogue states, and other non-state actors with regard to weapons of mass destruction and related technology. To achieve this goal, we must strengthen partnerships with countries that share our views in dealing with the threat of terrorism and resolving regional conflicts.« (Powell 2003f, vgl. auch Powell 2003e, 2003c, 2003b, 2003d, 2003a)

An dieser Stelle ging es also überhaupt nicht um eine Offenheit gegenüber abweichenden Ideen, sondern um die Stärkung der Partnerschaften mit anderen, die bereits die gleichen Ideen hatten.

Abbildung 47: Kollokatoren des Wortstamms *terror\** in der 2. Phase des US-amerikanischen Diskurses

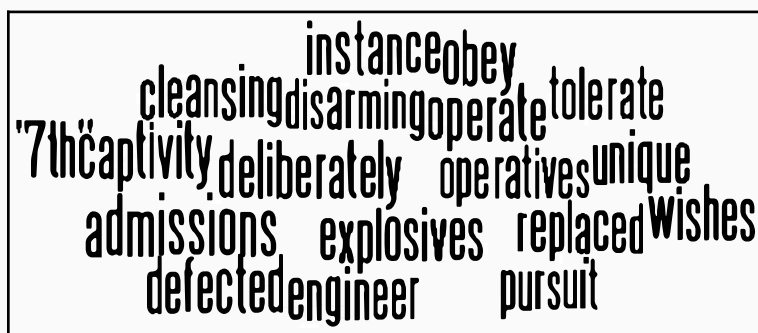


Quelle: Eigene Darstellung

Während in der ersten Phase, in der – im Zuge der Kollokationsanalyse des Wortstamms *iraq\** – noch eine Anpassung des Sanktionsregimes gegenüber dem Irak diskutiert wurde, gibt die sprachliche Oberfläche in der zweiten Phase nichts der-

gleichen zu erkennen. Vielmehr ist nun die Entwaffnung des Irak das Hauptziel, wie der Kollokator **DISARMING** kenntlich macht. Diesem Ziel kam der Irak freiwillig allerdings nicht nach, was die US-amerikanische Seite nicht tolerieren (**TOLERATE**) mochte. In qualitativer Perspektive zeigt sich dazu, dass die USA bereit waren, eine Koalition (der Willigen) zur Entwaffnung des Irak anzuführen: »Our goal is not merely the return of inspectors to Iraq; our goal is the disarmament of Iraq. The dictator of Iraq will give up his weapons of mass destruction, or the United States will lead a coalition to disarm him.« (Bush 2002i) Ein Einsatz geschehe dabei auch zum Wohl des irakischen Volkes, das dadurch aus der Gefangenschaft (**CAPTIVITY**) befreit werde.

Abbildung 48: Kollokatoren des Wortstamms *iraq\** in der 2. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

In puncto Notwendigkeit und Angemessenheit weiterer Inspektionen bestand ein wesentlicher Unterschied zum deutschen Regierungsdiskurs: Die zweite Phase zeigt, dass die **ENTWAFFNUNG** bzw. **ABRÜSUNG** des Irak zwar auch im deutschen Diskurs eine statistisch signifikante Rolle spielt und dass somit eine Gemeinsamkeit zum US-amerikanischen Anderen besteht. Jedoch waren deutsche Regierungsvertreter **UNTERSCHIEDLICHER** Meinung hinsichtlich der Strategie zur Umsetzung dieses Ziels, da dies – im Gegensatz zum US-Diskurs – mit **FRIEDLICHEN MITTEL(N)** im Rahmen des VN-Sicherheitsrats erreicht werden sollte. »Wir alle wollen die Entwaffnung des Irak. Unterschiedlicher Meinung sind wir hinsichtlich der Wahl der Mittel zur Durchsetzung und der Zeitvorstellung zur Erreichung des Ziels.« (Schröder 2003g) Zwar wurde der Irak auch im deutschen Regierungsdiskurs als eine Gefahr konstruiert, jedoch hatte sie nicht die gleichen Ausmaße wie im US-Regierungsdiskurs. Das hatte Auswirkungen auf die Ideen zum Umgang mit der irakischen Bedrohung. Laut dem deutschen Verteidigungsminister hat die Welt seit dem letzten **GOLFKRIEG** mit einer wirksamen **EINDÄMMUNGSPOLITIK**, die auch eine

militärische Komponente beinhaltet, auf das REGIME, das FURCHTBAR für das irakische VOLK ist, reagiert.

»Das Regime ist furchtbar für das irakische Volk und ein Risiko für die Region. Deshalb wurde seit dem Golfkrieg gegenüber dem Irak eine wirksame Eindämmungspolitik und eine effektive militärische Kontrolle der Flugverbotszonen durchgesetzt sowie ein striktes Sanktionsregime beschlossen.« (Fischer 2002a)

»Das Regime ist furchtbar für das irakische Volk. Deshalb wurden seit dem Golfkrieg gegenüber dem Irak eine wirksame Eindämmungspolitik, Sanktionen und eine effektive militärische Kontrolle der Flugverbotszonen durchgesetzt.« (Fischer 2003b)

Abbildung 49: Kollokatoren des Wortstamms irak\* in der 2. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Entgegen der im US-amerikanischen Diskurs vorgenommenen Verknüpfung von Terror und Irak zeigt sich im deutschen Diskurs keine solche. Dass innerhalb der zweiten Phase mit dem Irak ein vom Terror zu unterscheidendes Thema angesprochen war, eröffnet bereits ein Blick auf die Schlüsselwörter im deutschen Diskurs. Während in der ersten Phase Terrorismus und Terroristen noch als Schlüsselwörter auftraten, waren diese Begriffe und Themen in der zweiten Phase nicht signifikant. Das bedeutet nun allerdings nicht, dass das Thema Terror gar nicht mehr artikuliert wurde, wie eine Kollokationsanalyse des Wortstamms *terror\** erkennen lässt: Anders als im US-amerikanischen Diskurs begriff die deutsche Seite die Auseinandersetzung nicht als Krieg, sondern als KAMPF.

Abbildung 50: Kollokatoren des Wortstamms *terror\** in der 2. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Dazu fällt auf, dass im deutschen Diskurs weiterhin der Erhalt einer »internationalen« (Schröder 2002h, vgl. auch Fischer 2002b, 2003e), »weltweiten« (Fischer 2002a) bzw. »breite[n]« (Schröder 2003g) KOALITION angestrebt wurde. Aus qualitativer Sicht kommt hierbei die *Dynamik* von Liebe und Macht innerhalb der Sicherheitsbeziehung deutlich zum Vorschein. Einerseits kann eine solche Koalition zu einer gemeinsamen Ermächtigung dienen, andererseits eignet sie sich auch für eine sanfte Form der Gegenmacht. In Afghanistan geschah eher ersteres, im Irak eher Letzteres, wie aus folgender Aussage und der qualitativen Betrachtung des größeren Kontexts des Begriffs KOALITION hervorgeht:

»Dass der amerikanische Präsident die Bedeutung des VN-Sicherheitsrates gewürdigt hat, ist zu begrüßen. Wer sich aber einmal mit der Rede im Einzelnen befasst, wird mir zustimmen, wenn ich sage, dass es im Laufe der Verhandlungen nicht leicht sein wird, dafür zu sorgen, dass die alleinige Entscheidungsgewalt des Sicherheitsrates tatsächlich gewahrt bleibt. Ich denke, auch das muss man als Konsequenz dessen, was gesagt worden ist, offen aussprechen. Wichtige Fragen in diesem Kontext bleiben offen. Der Erfolg im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der in keiner Weise – auch und gerade in Afghanistan nicht, die Vorhut des internationalen Terrorismus ist eben nicht besiegt – beendet ist, hängt auch vom Zusammenhalt der internationalen Koalition gegen diesen Terrorismus ab.« (Schröder 2002h)

Statt nun eine negative Beziehung zwischen den Themen Terror und Irak herzustellen, wird über das Thema Terror eine positive Beziehung zu den USA konstruiert. So gilt dem deutschen Regierungsdiskurs der Kampf gegen den Terror als gemeinsame Aufgabe. Jedoch kommt hierbei, dem Wandel Deutschlands zu einem Sicherheitsexporteur und dem größeren materiellen Potenzial entsprechend, ein gewachsenes Selbstbewusstsein zum Ausdruck. Gleichzeitig wird die Weltmachtstellung

der USA reflektiert, Deutschland also keineswegs mit Letzteren auf eine Stufe gestellt:

»[W]ir [haben] erkannt, dass die Gefährdungen des 21. Jahrhunderts vor keiner Grenze – auch nicht vor einer Weltmacht – Halt machen. Dies haben uns die Terroranschläge auf die USA vor Augen geführt. Es sind gemeinsame Risiken, die gemeinsame Antworten erfordern. Sicherheit und Stabilität sind zu einer gemeinsamen Aufgabe geworden. Aufgrund des politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Potenzials Deutschlands wird von uns – mehr als früher – gefordert, mehr Verantwortung für die internationale Friedenssicherung in Europa und darüber hinaus zu übernehmen. Die Bundesregierung stellt sich dieser Verantwortung.« (Struck 2002e)

»Der Angriff hätte jede offene Gesellschaft treffen können – die Terroristen haben sich jedoch die USA als Sinnbild von Freiheit und Demokratie mit Bedacht ausgesucht.« (Fischer 2002a)

»Der internationale Terrorismus bedroht auch unser Land, unsere Lebensweise und das Fundament, auf dem unsere politische Kultur begründet wird. Wir werden daher unser militärisches Engagement gegen den Terror an der Seite der USA und anderer Nationen im Rahmen von Enduring Freedom so lange fortsetzen, wie es erforderlich ist.« (Struck 2002a)

»Das deutsche Engagement im Kampf gegen den Terrorismus hat die USA spürbar entlastet. Daran kann wohl kein Zweifel bestehen.« (Struck 2003)

Die eigenen Leistungen – etwa dass Deutschland trotz der steigenden Spannungen aufgrund der Streitigkeiten um den Irak gemeinsam mit den Niederlanden ab Februar 2003 sogar als ›Lead-Nation‹ in Afghanistan fungieren sollte (Becher 2004: 398) – wurden selbstbewusst gegenüber den Partnern kommuniziert, wie eine weitergehende qualitative Betrachtung offenlegt:

»Am Montag dieser Woche haben die deutschen Soldaten zusammen mit den niederländischen in Kabul das offizielle Kommando über die ISAF-Schutztruppe der Vereinten Nationen übernommen. Auch das muss in die deutsche Öffentlichkeit: Bis zu 2.500 Soldaten werden dort ihre Arbeit leisten; und sie leisten sie gut. Ohne Deutschland würde in diesem so schwierigen Gebiet sehr viel weniger gehen. Weil das so ist, will ich, dass wir das unserem Volk, aber auch unseren Partnern in der NATO und in den Vereinten Nationen selbstbewusst sagen. Wenige NATO-Mitglieder leisten, was wir leisten. Das darf nicht vergessen werden!« (Schröder 2003g)

Dass gerade in Afghanistan eine solche Funktion übernommen wurde, überrascht nicht, da es im deutschen Regierungsdiskurs bei der Diskussion um den Afghanis-

taneinsatz – in der zweiten Phase ähnlich der ersten – um einen WIEDERAUFBAU des Landes im Allgemeinen sowie des afghanischen MILITÄRS<sup>64</sup> und der afghanischen Polizei im Speziellen ging. Der Afghanistaneinsatz wurde erneut mit dem Sicherheitsexport auf den BALKAN verknüpft. Er fungierte aber auch als Referenzpunkt für die Beurteilung der Sinnhaftigkeit eines militärischen Einsatzes im Irak, was das bereits genannte Schlüsselwort ALTERNATIVE<sup>65</sup> verdeutlicht: »Im Fall von Afghanistan gab es keine Alternative, weil Afghanistan die staatliche Basis des Terrors von al-Qaida war.« (Fischer 2003f)

Abbildung 51: Kollokatoren des Wortstamms *afghan\** in der 2. Phase des deutschen Diskurses



Quelle. Eigene Darstellung

Auch in der zweiten Phase des US-amerikanischen Diskurses bleiben die Bedeutungen in Bezug auf Afghanistan im Vergleich zur ersten Phase in ihrer Ausrichtung relativ ähnlich. Wie im deutschen Fall geht es weiterhin um den Wiederaufbau bzw. die Unterstützung Afghanistans, was jedoch auch mit konkreten Geldbeträgen im Budgetentwurf einhergeht (\$ 657; MILLION; PROVIDES). Als konkretes Beispiel für Unterstützungsleistungen gilt dem US-Diskurs der Wiederaufbau (REBUILD) eines Straßennetzes (ROAD; NETWORK), das durch seine weitreichende Wirkung dem afghanischen Volk eine Friedensdividende (DIVIDEND) über einen ökonomischen Wiederaufbau (RECONSTRUCTION) einbringen wird.

<sup>64</sup> Auch bei diesem Kollokator ergibt sich eine Doppelung, er tritt aber immerhin in zwei Texten auf.

<sup>65</sup> Auch bei diesem Kollokator ergibt sich eine Doppelung, er tritt aber immerhin in drei Texten auf.

Abbildung 52: Kollokatoren des Wortstamms *afghan* \*in der 2. Phase des US-amerikanischen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Anders als im deutschen Regierungsdiskurs zeigt sich im US-amerikanischen eine Verknüpfung von Afghanistan und dem Irak, was der weitere Kontext der Kollokatoren AL Qaida in qualitativer Perspektive eröffnet:

»Al Qaida operates not only in Afghanistan, but in more than 60 countries, including the U.S. They have trained literally thousands of terrorists who are now at large across the globe. Moreover, Al Qaida is not the only global network. And terrorist networks have growing relationships with terrorist states to harbor and finance them and may one day share weapons of mass destruction with them.« (Rumsfeld 2002e)

»Iraq's Government openly praised the attacks of September the 11th, and Al Qaida terrorists escaped from Afghanistan and are known to be in Iraq.« (Bush 2002e)

»We know that Iraq and Al Qaida have had high-level contacts that go back a decade. Some Al Qaida leaders who fled Afghanistan went to Iraq.« (Bush 2002b)

Insgesamt zeigen sich bei den Fremdwahrnehmungen im deutschen und US-amerikanischen Diskurs Gemeinsamkeiten, aber auch gravierende Unterschiede. Wie sich dieser auch materiell bedingte Sachverhalt auswirkt, ist allerdings nur vor dem Hintergrund der geltenden Vorstellungen von freundschaftlicher Liebe zu begreifen. Werden Beziehungen an Gemeinsamkeiten geknüpft oder können gerade Unterschiede bereichernd für eine Beziehung sein? Wie in der ersten Phase kristallisiert sich sowohl im deutschen als auch im US-amerikanischen Diskurs das Konzept der Freundschaft in Form des *Mirror View* als Ausdruck des Strebens nach Liebe. Aber zumindest an einer Stelle im deutschen Regierungsdiskurs klingt eine

Vorstellung von Freundschaft an, die eher in Form des *Drawing View* über manch einen Unterschied ihre Bindungskraft erhält. Dass es sich hierbei allerdings nur um eine schwache Tendenz zum *Drawing View* handelt, liegt nicht nur an der einmaligen Artikulation, sondern ist auch dem Kontext des entsprechenden Statements geschuldet, geht es darin doch um die Bildung einer Gegenmacht zum US-amerikanischen Anderen.

Das deutsche Streben nach produktiver Liebe findet entsprechend der Enttäuschung durch das US-amerikanische Andere in der zweiten Phase im französischen Partner ein neues Ziel, auch wenn die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten nicht aufgekündigt wird. Jedoch zeigt eine Analyse der Kollokatoren von Aussagen gegenüber dem US-amerikanischen Anderen, dass im Gegensatz zur ersten Phase der Begriff Solidarität kein statistisch signifikantes Ergebnis ist und dass der Begriff Freunde die gesetzten statistischen Grenzwerte symbolträchtig knapp unterschreitet.<sup>66</sup> Dennoch wurden die EINRICHTUNGEN des US-amerikanischen PARTNER(S) geschützt und die NUTZUNG der US-Basen zur Truppenverlegung über deutsches Territorium ermöglicht. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten gab es somit durchaus praktische Unterstützung im Krieg gegen den Irak, den man eigentlich unter allen Umständen verhindern wollte.

*Abbildung 53: Kollokatoren der Beschreibungen des US-amerikanischen Anderen in der 2. Phase des deutschen Diskurses*

Nutzung Partner  
Einrichtungen verstehen  
amerikanischen

Quelle: Eigene Darstellung

<sup>66</sup> Dabei ist der kausale Mechanismus, das Streben nach Liebe bei Schwächung der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung durch eine Stärkung der deutsch-französischen Sicherheitsbeziehung zu stillen, keineswegs ein ahistorisches Gesetz im positivistischen Sinne. Auch wenn sie nicht mehr als ein Indiz sein kann, verweist hierauf die in der ersten Phase angeführte Meinungsumfrage zum besten Freund Deutschlands.

Gleichzeitig wird aber deutlich, dass selbst bei den Leistungen, die Deutschland im Rahmen der NATO erbrachte, eine explizite Abgrenzung zum US-amerikanischen Irakeinsatz stattfand, was aus qualitativer Perspektive etwa die Rechtfertigung der Entsendung deutscher AWACS-Flugzeuge zur defensiven Luftraumüberwachung anzeigt:

»Durch die Zuordnung der AWACS-Flugzeuge zum Befehlsbereich des NATO-Oberbefehlshabers Europa, also des SACEUR, ist eine strikte Trennlinie zu den Aufgaben des Kommandeurs des US Central Commands, des amerikanischen Generals Franks, gezogen. Übrigens verfügt Herr Franks – so ist mir von unseren Fachleuten mitgeteilt worden – für Militäroperationen gegen den Irak über fast 100 eigene US-AWACS-Flugzeuge. Räumlich getrennt von diesen und mit gänzlich unterschiedlichem Auftrag überwachen also die NATO-Flugzeuge unter dem Kommando des NATO-Oberbefehlshabers Europa den Luftraum über der Türkei und sichern ihn.« (Schröder 2003e)

Zumindest aufgrund der weiterhin bestehenden Gemeinsamkeiten in Bezug auf Afghanistan lässt eine Kollokationsanalyse der Beschreibung des US-amerikanischen Anderen im deutschen Regierungsdiskurs kein absolutes Abrücken von jenem erkennen. Jedoch spiegelt sich etwa im Kollokator SETIE das ambivalente Verhältnis, deutet er doch sowohl auf Kooperation als auch auf Abgrenzung zum US-amerikanischen Anderen hin, wobei in dessen Kontext auch die Beziehungslogik der Koalition der Willigen kritisiert wird:

»Der internationale Terrorismus bedroht auch unser Land, unsere Lebensweise und das Fundament, auf dem unsere politische Kultur begründet wird. Wir werden daher unser militärisches Engagement gegen den Terror an der Seite der USA und anderer Nationen im Rahmen von Enduring Freedom so lange fortsetzen, wie es erforderlich ist.« (Struck 2002a)

»Auch wenn die Auseinandersetzung gegenwärtig durch andere gewiss wichtige Themen überlagert wird, ist zu sagen: Diese Bedrohung besteht fort und sie muss in den Mittelpunkt der politischen Anstrengungen, die wir miteinander auf uns nehmen, gestellt werden. Auch das gilt es zu erwähnen: Das ist der Grund dafür, dass unsere Special Forces, also unsere Spezialtruppen, übrigens Seite an Seite mit den Amerikanern, in Afghanistan gegen den internationalen Terrorismus kämpfen.« (Schröder 2003g)

»Abends beim Essen für die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz ich war wieder dabei hat er [Eduard Stoiber, tg] Folgendes gesagt: Sollte es nicht gelingen, mit friedlichen Mitteln die Gefahren aus dem Irak zu bannen, muss Deutschland auch bei einer militärischen Auseinandersetzung an der Seite der USA stehen. Das bedeutet, das, was der Bundeskanzler vorhin gesagt hat – Stichwort ›coalition of the willing‹ –, ist richtig. Sie wollen in dem Fall, über den

wir reden, militärisch an der Seite der USA stehen. Dazu sage ich Ihnen: Das ist falsch.« (Struck 2003)

Die fortbestehende Verbindung zum US-amerikanischen Anderen drückt sich qualitativ auch durch die Emotionalität der Sprache innerhalb des deutschen Regierungsdiskurses aus. Die Ereignisse des 11. September werden immer noch in einem sehr gefühlsbetonten Sinne (re-)konstruiert und auch die Dankbarkeit gegenüber den US-amerikanischen Freunden für den empfangenen Sicherheitsimport wird weiterhin empfunden. Solidarität erscheint in diesem Zusammenhang nicht einfach als im Wortsinn leerer, sondern als ein vom Streben nach freundschaftlicher Liebe aufgeladener und gerade deshalb wirksamere Signifikant. Die Solidarität mit dem US-amerikanischen Anderen mag aus quantitativer Sicht schwächer geworden sein, verschwunden ist sie aber nicht:

»Herr Präsident, vor genau einem Jahr erschütterte der menschenverachtende Terror des 11. September die Welt. Verkehrsflugzeuge wurden zu Lenkwaffen, deren Einsatz ohne jegliche Rücksicht auf Menschenleben geplant war. Ihre verheerende Wirkung zerstörte Familien, begrub Hoffnungen, riss Menschen auseinander, egal welchen Alters und welchen Geschlechts sie waren oder welcher Religion sie angehörten. Vor drei Tagen haben wir hier in New York in einer bewegenden Zeremonie der Opfer gedacht. Wir haben die Bilder des 11. September nicht vergessen. Wir haben den Schock noch nicht überwunden. Unsere Solidarität mit den USA ist ungebrochen. Wir verstehen unsere amerikanischen Freunde: Ebenso wie sie sind wir nicht bereit, unter dem Damoklesschwert des Terrorismus zu leben.« (Fischer 2002a)

»Unsere transatlantischen Beziehungen, die auf der Solidarität freiheitlicher Demokratien und auf unserer tief empfundenen Dankbarkeit für das Engagement der Vereinigten Staaten beim Sieg über die Nazibarbarei und bei der Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie beruhen, sind von strategischer Bedeutung und von prinzipiellem Rang. Diese Beziehungen finden ihren Ausdruck in einer Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Kontakten und Freundschaften. Dies schließt aber unterschiedliche Bewertungen in ökonomischen und politischen Fragen nicht aus. Wo es sie gibt, werden sie sachlich und im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit ausgetragen.« (Schröder 2002j)

Dass die deutsch-amerikanische Freundschaft nicht beendet wurde, eröffnet eine Kollokationsanalyse des Wortstamms *freund*\*. Auch hierbei tritt AMERIKANISCHEN als statistisch signifikantes Ergebnis auf. Es zeigt sich aber auch, dass die USA in der zweiten Phase zumindest nicht mehr den wesentlichen Fluchtpunkt deutschen Strebens nach Liebe darstellten. Diese Position nahm in einem gesamteuropäischen Rahmen Frankreich ein, wie die Kollokatoren ÉLYSÉE-VERTRAG(ES), FRANZÖSISCHEN, DEUTSCH-FRANZÖSISCHE und DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN andeuten.

Abbildung 54: Holo-katoren des Wortstamms *freund\** in der 2. Phase des deutschen Diskurses



Quelle: Eigene Darstellung

Deutlich wird hier, dass frustrierte Liebe in Gegenmachtbewegungen resultierte, die gemeinsam mit den französischen Freunden, aber auch mit Russland und China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vollzogen wurden. Gegenüber den USA übte der deutsche Regierungsdiskurs, wenn auch nur in relativ schwacher Form, *Representational Force* aus, indem dem US-amerikanischen Anderen eine spezielle Identität aufgezwungen werden sollte:

»Die Satzung der Vereinten Nationen beruht auf diesem Grundsatz des Gewaltverbots. Übrigens, treibende Kraft dabei waren immer wieder die Vereinigten Staaten von Amerika, denken wir an Namen wie Wilson oder Roosevelt. Kern dieses Prozesses ist das Prinzip, die Stärke des Rechtes an die Stelle des Rechts des Stärkeren zu setzen.« (Schröder 2003g)

Die relative Zurückhaltung bezüglich des Einsatzes von *Representational Force* ist dabei nicht auf die sprachliche Ebene allein zurückzuführen. Das materielle und institutionelle Potenzial Deutschlands reichte schlichtweg nicht aus, um effektiv eine wie im US-amerikanischen Diskurs vorherrschende Politik zu betreiben, die der Logik des »Entweder ihr seid für uns oder gegen uns« folgte. Vielmehr bedurfte es im deutschen Fall der Kooperation mit anderen Partnern wie Frankreich und einer Gegenmachtbildung im Rahmen von Sicherheitsinstitutionen wie den Vereinten Nationen. Entsprechend erlangte die deutsch-französische Beziehung parallel zu den steigenden Spannungen in der deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehung eine neue Qualität. Während der Kanzlerschaft Schröders waren die deutsch-französischen Beziehungen allerdings keineswegs konfliktfrei (Stark 2006) und auch insgesamt ist die deutsch-französischen Beziehung weder eine beständige Liebesheirat noch durchgängig vom Streben nach produktiver Liebe besetzt.

»Kaum ein Staatenpaar unterhält so intensive, vielfältige und vor allem langjährige Kooperationsbeziehungen zwischen seinen Streitkräften wie Deutschland und Frankreich. [...] Europa indes stellte dabei weder für Deutschland noch für Frankreich eine idealistische Zielbestimmung dar. [...] Die deutsch-französische Zusammenarbeit war so gesehen keine *marriage d'amour*, sondern eine Vernunft Ehe, die gleichwohl einen für beide Partner wie auch für die europäische Staatenfamilie insgesamt recht glücklichen Verlauf nahm.« (Gareis/Leonhard 2011: 177, Herv. i. ●.)

Erst ab Herbst 2002 erstarkt das Streben nach produktiver Liebe gegenüber Frankreich als eine Konsequenz der Enttäuschung entsprechenden Strebens gegenüber den USA und des Gefühls eigener Machtlosigkeit.<sup>67</sup> Nicht umsonst spielt die Etablierung europäischer militärischer Fähigkeiten in den »Gemeinsame[n] deutsch-französische[n] Vorschläge[n] zum Bereich Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik« vom 22. November 2002 aus qualitativer Perspektive eine zentrale Rolle, sind darin doch auch wesentliche Ziele des rot-grünen Koalitionsvertrags vom 16. Oktober 2002 verwirklicht (Janning 2002: 330): »Eine Entwicklung der ESVP und damit das Erreichen eines voll handlungsfähigen Europa ist ohne eine Stärkung der militärischen Fähigkeiten nicht möglich.« Die deutsch-französischen Vorschläge bringen, ähnlich dem hier zugrunde liegenden Textkorpus, den Wunsch nach einem voll handlungsfähigen Europa zum Ausdruck, was als Zeichen des Strebens nach produktiver Liebe gedeutet werden kann. Gleichzeitig reflektieren sie durch den Verweis auf die notwendigen militärischen Fähigkeiten die noch fehlenden materiellen Ressourcen. Das Streben nach Liebe kristallisiert sich darüber hinaus im Vorschlag, in den Vertrag über die EU eine »*Aussage zu Solidarität und Gemeinsame[r] Sicherheit*« aufzunehmen und die »*Fortentwicklung der ESVP zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-Union*« voranzutreiben. Schließlich hält der Text fest, dass diese Bestrebungen nicht per se gegen das US-amerikanische Andere gerichtet sind, es allerdings definitiv um eine Neuausrichtung der Beziehung geht. So solle die Stärkung der ESVP »*auch zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz beitragen* [...]«. (Gemeinsame deutsch-französische Vorschläge für den Europäischen Konvent zum Bereich Europäische Sicherheits und Verteidigungspolitik) Abermals wird klar, dass das Streben nach Liebe eng mit dem Streben nach Macht verbunden ist. Gestützt wird diese These durch die Tatsache, dass gleichzeitig mit diesen auf produktive Liebe im Rahmen

67 Wenig erstaunlich ist, dass mit der erneuten Annäherung an den US-amerikanischen Partner ab Sommer 2003 die deutsch-französische Beziehung an Bedeutung verlor. »Für das deutsch-französische Paar kehrte damit der Alltag eines Zweckverbandes zurück – die Beziehung bleibt eine Schicksalsgemeinschaft mit erheblichen Interessendivergenzen.« (Janning 2002: 332)

der Europäischen Union zielenden Artikulationen die Beziehung zu den Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen des institutionellen Settings der NATO auf dem bereits diskutierten Prager Gipfel verbessert werden sollte.

Aber nicht nur in Bezug auf das US-amerikanische Andere, sondern auch innerhalb der deutsch-französischen Sicherheitsbeziehung ist das deutsche Streben nach produktiver Liebe keineswegs ohne Machtkalküle zu verstehen. Die veränderte materielle Position Deutschlands und das daraus emergierende gestiegene Selbstbewusstsein machen sich schon seit den 1990er Jahren bemerkbar. »No longer content to play second fiddle to France, the German government was much more confident and self-assured in articulating its national interests and ensuring a more balanced political partnership.« (Hyde-Price 2007: 129) Frankreich bzw. die Europäische Union dienten verstärkt als Fluchtpunkte des Strebens nach produktiver Liebe, nachdem absehbar war, dass die von den Vereinigten Staaten nach der deutschen Wiedervereinigung angebotene Führungspartnerschaft nicht realisiert würde. Dies gilt gerade in Zeiten, in denen Meinungsunterschiede mit den USA dominieren. Der französische Freund ist im deutschen Regierungsdiskurs somit insgesamt gleichzeitig Ziel des Strebens nach produktiver Liebe und Machtmittel gegenüber dem US-amerikanischen Anderen. Die enge Abstimmung mit Frankreich ist, wie in Kapitel 4.3.2 bereits ausgeführt, im Kontext der Priorität zu sehen, dass die Gestaltung internationaler Ordnung multilateral bleibt.

Dass es nicht ausschließlich um (Gegen-)Macht in den Artikulationen gegenüber dem französischen Anderen ging, sondern auch um Liebe, zeigt sich nicht zuletzt in der Emotionalität der Sprache. Zwar steht die folgende Textstelle im Kontext einer gemeinsamen Sitzung des Deutschen Bundestags und der Assemblée Nationale zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags am 22. Januar 2003 in Versailles. Jedoch ist die Stärke der Emotionalität, die hier zum Ausdruck kommt, in jedem Fall bemerkenswert. Vergleichbare Worte gegenüber dem US-amerikanischen Anderen sucht man im hier untersuchten Regierungsdiskurs vergeblich, wird hier in Bezug auf Frankreich das Verb lieben sogar explizit gebraucht:

»Was ich nun sage, das klingt freilich für manche Leute unverzeihlich: Die Kinder sind genau die gleichen in Paris, wie in Göttingen. Lasst diese Zeit nie wiederkehren und nie mehr Hass die Welt zerstören: Es wohnen Menschen, die ich liebe, in Göttingen, in Göttingen.« Ich selbst habe zu jener Zeit insgesamt mehr als zehn Jahre in Göttingen gelebt und dort studiert. Ich hatte leider keine Gelegenheit, das Lied von ihr selbst gesungen zu hören. Doch das Chanson hallte überall in der Stadt wieder und weit darüber hinaus. Was Barbara dort direkt in unsere Herzen hinein gesungen hat, das war für mich der Beginn einer wunderbaren Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen.« (Schröder 2003d, Herv. tg)

Das emotional stark aufgeladene Streben nach produktiver Liebe mit Frankreich ist eindeutig auch in einem Kontext der sanften Gegenmachtbildung zum US-

amerikanischen Anderen zu verstehen. Nur einen Tag vor diesen liebevollen Worten gegenüber Frankreich, am 21. Januar 2003, verließ Bundeskanzler Schröder seiner grundsätzlichen Ablehnung der amerikanischen Vorstellungen bezüglich des Irak, wie in Kapitel 4.3.2 bereits ausgeführt, mit der Absage sowohl an eine militärische Beteiligung Deutschlands im Irak als auch an eine etwaige Zustimmung zu einer militärischen Maßnahmen legitimierenden VN-Resolution eine neue Dimension. Möglich machte seine Haltung erst eine Positionsänderung der französischen Außenpolitik, die lautete: Nur der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen könne durch eine weitere Resolution eine Entscheidung über militärische Maßnahmen gegenüber dem Irak treffen und die Konzentration müsse auf einer friedlichen Lösung liegen. Diese deutlichen Worte fand der französische Präsident, Jacques Chirac, am 22. Januar 2003 – ebenfalls im Kontext des 40. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags:

»Le monde est confronté à des situations de crise, hélas, sur l'ensemble des continents. Je pense bien sûr à l'Iraq. C'est là un défi majeur. La guerre n'est pas inévitable. Le seul cadre d'une solution légitime est celui des Nations unies. La France et l'Allemagne, en présidence successive du Conseil de sécurité, mènent une concertation étroite et exemplaire pour donner toutes ses chances à la paix.« (Chirac 2003)

Die gewandelte französische Position erweiterte den Handlungsspielraum des deutschen Regierungsdiskurses merklich (Gordon/Shapiro 2004: 126 f., Harnisch 2004: 16 f., Stahl 2008: 272). Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten kündigte Schröder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Fall Irak eine »besonders enge Abstimmung« (Schröder 2003d) an.<sup>68</sup> Die qualitative Feinanalyse legt weiter offen, dass im deutschen Diskurs ein Bild von Deutschland und Frankreich als einem Motor gezeichnet wird, der in einen gesamteuropäischen Kontext eingebettet ist. Gerade diese Bedeutungskonstruktion deutet ein produktives Streben nach Liebe an. Dazu zeigt sich in den Bedeutungen bezüglich Frankreich zumindest an einer Stelle auch, dass Differenzen für eine Freundschaft im Sinne des *Drawing View* nicht schädlich sein müssen, sondern durchaus konstruktiv sein können. Freundschaft, so wird hier deutlich, ist nicht auf die Vorstellung eines Spiegels des Selbst begrenzt, sondern umfasst auch die Idee einer produktiven Dimension von Unterschieden zwischen Selbst und Anderem. Kompromisse machen dabei ein etwaiges, durch Differenzen entstehendes Spannungsverhältnis produktiv. Gerade das ist laut

68 Bei der Analyse der Kollokatoren des Wortstamms *freund*\* im deutschen Diskurs sind ENGER und ABSTIMMUNG statistisch signifikante Ergebnisse. Auch sie beziehen sich auf das französische *Andere*, wenn auch im Kontext der Europäischen Union.

dem deutschen Regierungsdiskurs das Faszinosum des deutsch-französischen Verhältnisses:

»Die Kompromisse sind schwierig; aber wenn man sie einmal erreicht hat, treiben sie die europäische Entwicklung unglaublich kraftvoll voran. Das ist das Faszinierende am deutsch-französischen Verhältnis. So nah wir als direkte Nachbarn aufgrund unserer Historie in vielen Bereichen auch beieinander sind, so unterschiedlich – das ist in einer Familie oft so – sind wir. Dieses Spannungsverhältnis ist seit Adenauer und de Gaulle produktiv. Die Aufgabe des deutsch-französischen Motors ist es, diese Kompromisse für Europa voranzutreiben.« (Fischer 2003c)

Die Antwort der US-amerikanischen Regierung auf die deutsch-französische Gegenmachtbildung ließ indes nicht lange auf sich warten. Noch am selben Tag, an dem Chirac die genannte Positionsänderung vollzogen hatte, traf Verteidigungsminister Rumsfeld die Unterscheidung zwischen einem alten und neuen Europa und nannte Deutschland und Frankreich ein *Problem*:

»Now, you're thinking of Europe as Germany and France. I don't. I think that's old Europe. If you look at the entire NATO Europe today, the center of gravity is shifting to the east. And there are a lot of new members. And if you just take the list of all the members of NATO and all of those who have been invited in recently – what is it? Twenty-six, something like that? – you're right. Germany has been a problem, and France has been a problem.« (Rumsfeld 2003b)<sup>69</sup>

Wenige Tage später tätigte er, wie bereits in Kapitel 4.3.2 ausgeführt, die Aussage, in der Deutschland mit Libyen und Kuba in eine Reihe gestellt wurde und die anschließend im deutschen Diskurs aufgegriffen und mit frustrierter Liebe unterlegt diskutiert wurde. Eine Betrachtung der Statements gegenüber dem deutschen Anderen offenbart, dass die deutschen Leistungen durchaus gewürdigt wurden. Jedoch zeugt die Qualität dieser Würdigungen nicht von produktiver Liebe, wie sie von deutscher Seite angestrebt wurde, denn: Nicht nur wird Deutschland auch in der zweiten Phase an nur sieben Textstellen und damit erneut relativ selten genannt. Wenn es genannt wird, werden entweder die Leistungen Deutschlands in eine Reihe mit den Leistungen anderer gestellt oder es findet ein Verweis auf die Gegenmacht-

69 Auch diese Aussage ist nicht Bestandteil des für die korpuslinguistische Analyse gebildeten, geschlossenen Textkorpus.

bestrebungen Deutschlands statt.<sup>70</sup> Letzteres erfolgt an einer Textstelle: »Iraq must be disarmed – peacefully or through the use of military force. It is interesting and challenging, Mr. Chairman, to watch the politics of this unfold, especially within Europe. France and Germany are resisting.« (Powell 2003c) Dass gerade das Wort *resisting* verwendet wurde, deutet an, dass dem US-amerikanischen Diskurs eine auf Herrschaft zielende Machtpolitik zugrunde lag. Im selben und in einem weiteren Text wird zudem deutlich, dass Deutschland nicht als gleichberechtigter Freund wahrgenommen wurde, sondern vielmehr – aufgrund des amerikanischen Engagements in Deutschland (und Japan) – als Beispiel für die eigene Güte und den Erfolg, der auch im Rahmen des Kriegs gegen den Terror zu verzeichnen ist bzw. sein wird, diene:

»Nobody talked about infidels when we were in Afghanistan today because what the Afghan people are learning today, is what the people of Japan, and Germany, and so many other places have learned over the years – America comes in peace. America comes as a partner. America comes to help people to put in place better systems of government that respect the rights of men and women. America never comes as a conqueror.« (Powell 2003c)

»We did not leave behind permanent foes; we found new friends and allies. There was a time when many said that the cultures of Japan and Germany were incapable of sustaining democratic values. They were wrong. Some say the same of Iraq today. They too are mistaken.« (Bush 2003b)

Auch eine Analyse der Kollokatoren des Wortstamms *friend*\* in der zweiten Phase des US-amerikanischen Diskurses liefert einen weiteren Beleg für die US-amerikanische Arroganz der Macht samt Zeichen enttäuschender Liebe: Im Allgemeinen bleibt eine regelmäßige Nennung von einem oder mehreren zentralen Freunden durch die Erwähnung von deren Namen zusammen mit freundschaftlichen Begriffen aus. So liefert die Analyse bis auf die Begriffe ALLIES, COOPERATION und INCREASING keine statistisch signifikanten Resultate.<sup>71</sup> Der Kollokator COOPERATION tritt hierbei in einem Text durch eine dreimalige Verbindung mit dem Wort »friendship« (Rumsfeld 2002c) in Bezug auf die bei der Diskussion der US-amerikanischen Selbstwahrnehmung bereits beschriebene USA-Russland-Beziehung auf, wobei Freundschaft und Kooperation in der Beziehung gestärkt werden sollten (INCREASING). Doch zeigte bereits die Analyse der US-

70 Entsprechend sind die statistisch signifikanten Kollokatoren AUSIRALIA, FRANCE und JAPAN zu deuten. Da nur wenige Kollokatoren auftreten, wurde hier auf eine grafische Darstellung verzichtet.

71 Aus diesem Grund wurde auf eine grafische Darstellung verzichtet.

amerikanischen Selbstwahrnehmung eine diesbezügliche Vorstellung von Freundschaft, die auf der Spiegelung des US-amerikanischen Selbst und auf bereits bestehenden Gemeinsamkeiten mit dem russischen Anderen im Sinne des *Mirror View* aufbaute.

Auf Basis dieser Beziehungslogik wird der deutsche Wunsch nach dem, was als das Faszinierende an der deutsch-französischen Beziehung bezeichnet wurde, enttäuscht. Konkret: trotz unterschiedlicher Sichtweisen zu einem produktiven Kompromiss zu kommen. Die dafür notwendige Debatte im transatlantischen Raum über die Frage, wie sich die Welt verändern muss, hat leider nicht stattgefunden, wie Außenminister Fischer zu Beginn des Irakkriegs rekapituliert. Der enttäuschten Liebe gegenüber dem US-amerikanischen Anderen folgt dementsprechend eine Hinwendung zum europäischen Anderen und wie bereits dargelegt wurde, kommt Frankreich hierbei eine Schlüsselrolle zu.

»Wenn es nach dem 11. September ein Defizit gegeben hat, dann ist die entscheidende Frage nicht, ob sich die Welt angesichts der neuen Bedrohungen verändern muss, sondern wie sie sich verändern muss. Die strategische Debatte im transatlantischen Raum hat eben nicht stattgefunden. Das ist meines Erachtens das entscheidende Problem. Darüber werden wir uns auch nicht mit historischen Reminiszenzen dabei wende ich mich an die größere Oppositionsfraktion hinwegretten können. Wir müssen begreifen, dass wir mit unserer strategischen Orientierung nicht alles hinnehmen müssen. Mir geht es nicht um Polemik. Aber man muss doch sehen, dass es in nahezu allen Demokratien außerhalb der USA massive Widerstände der Bevölkerung gegen den Krieg gibt. Das gilt für die engsten lateinamerikanischen Verbündeten ebenso wie für die engsten europäischen Verbündeten. Diese Widerstände reflektieren genau dieses Diskussionsdefizit. Wie soll eine neue Weltordnung gestaltet werden? Soll sie kooperativ sein? Soll sie auf multilateraler Grundlage aufgebaut werden? Oder ist es eine unilaterale Weltordnung, die substantielle Unterschiede entlang der Machtverteilung macht? Über diese Fragen müssen vor allen Dingen die Europäer diskutieren, und zwar nicht in Konfrontation mit den USA, sondern es geht darum, unsere eigenen Fähigkeiten zu entwickeln.« (Fischer 2003a)

Der Wunsch nach eigenen Fähigkeiten zum Zweck produktiver Mitgestaltung der internationalen Ordnung zeigt, dass Frustration durch das US-amerikanische Andere in Bestrebungen nach mehr Unabhängigkeit von diesem im europäischen Kontext mündet:

»Wir werden sowohl unsere Verantwortung als auch unsere mitgestaltende Rolle in einer multipolaren Weltordnung des Friedens und des Rechts nur dann umfassend wahrnehmen können, wenn wir das auf der Basis eines starken und geeinten Europas tun. Es geht um die Rolle Europas in der internationalen Politik. Aber es geht auch um die Unabhängigkeit unserer Entscheidungen in der Welt von morgen.« (Schröder 2003f)

Der deutsche Regierungsdiskurs reflektiert zwar die Frage, ob bei dem Zustandekommen des Konflikts mit den USA selbst auch Fehler gemacht wurden, verneint sie aber im unmittelbaren Anschluss. Man habe sich schließlich nicht alleine gegen eine Militäraktion gegen den Irak ausgesprochen, vielmehr sei das der Wille der Mehrheit gewesen. Außerdem seien auch andere Ländern, die eine ähnlich enge Beziehung zu den USA unterhielten, gegen eine militärische Intervention gewesen. Hierbei drückt sich zunächst der Wunsch aus, zu verdeutlichen, man sei nicht alleine. Dazu kritisiert Fischer das US-amerikanische Andere, ohne es beim Namen zu nennen, dafür, individuell Entscheidungen zu treffen. Fischers Worte sind ohne die Berücksichtigung materieller Bedingungen in der deutsch-amerikanischen Beziehung nicht zu verstehen: Tatsächlich waren nur die USA als alleinige Supermacht überhaupt in der Lage, Entscheidungen auf diese Art und Weise zu treffen.

»Ich komme zu dem entscheidenden Punkt: Warum ist es nicht gelungen, die Kluft im Sicherheitsrat zu überwinden? Ich verstehe die begrenzte innenpolitische Sicht und das innenpolitische Kalkül nicht, mit der hier der Bundesregierung Vorwürfe wegen einer zu frühen Festlegung und Ähnlichem gemacht werden. Mit den objektiven Fakten hat dies nichts zu tun. Wir haben es im Sicherheitsrat gestern wieder erlebt: An den Mehrheitsverhältnissen im Sicherheitsrat hat sich auch nach monatelanger Debatte und sehr schwierigen Situationen für einzelne Mitglieder tatsächlich nichts geändert. Die Mehrheitsverhältnisse sind so geblieben, wie sie zu Anfang waren. Die eindeutige Mehrheit im Sicherheitsrat ist genauso wie die Bundesregierung, die für die Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat vertreten ist, der Meinung, dass es ein Fehler ist, zu militärischen Mitteln zu greifen, weil sich die friedlichen Mittel noch nicht erschöpft haben. Auch das hat der gestrige Tag klar gemacht. Man muss doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass die eindeutige Mehrheit im Sicherheitsrat dagegen ist. Das hat nichts damit zu tun, dass sich irjemand zu früh festgelegt hat, er isoliert werden soll oder Ähnliches mehr. Es sind teilweise engste Partner so wie wir der Vereinigten Staaten von Amerika, etwa Mexiko und Chile. Es sind keine Länder, an deren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auch nur ein Jota Zweifel bestehen kann, wie dies bei den Europäern ebenfalls nicht der Fall ist. Man muss doch feststellen, dass dies gravierende Argumente sind. Ich trage das hier deshalb nochmals vor, weil ich glaube, dass das über den Tag hinaus von großer Bedeutung ist. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Selbst wenn ich nicht das negativste Bedrohungsszenario zugrunde lege, wird das nicht die letzte Problemlage dieser Art auf dieser Welt sein. Das wissen Sie so gut wie wir. Heißt das in der Konsequenz, dass die neue Weltordnung auf Abrüstungskriege gegenüber Diktatoren, die in dem Verdacht stehen oder bei denen man schon begründete Hinweise hat, dass sie Massenvernichtungswaffen haben, gegründet wird? Müssen wir nicht vielmehr darauf setzen – das ist die Auffassung der Mehrheit im Sicherheitsrat –, dass die Strukturen und Instrumente, die wir jetzt entwickelt haben und die an die Vereinten Nationen angebunden sind, uns mehr Sicherheit geben? Ein wirksames Nichtverbreitungsregime soll die neuen Gefahren und Risiken tatsächlich bekämpfen, Grundlagen dafür sollen aber nicht die individuellen Entscheidungen einer einzelnen

Macht, sondern die zu entwickelnden gemeinsamen Regeln kollektiver Sicherheit und entsprechende Instrumente sein. Das ist die Position der Bundesregierung.« (Fischer 2003a)

Die Abgrenzung vom US-amerikanischen Anderen ist, wie bereits geschildert, weder auf praktischer noch auf sprachlicher Ebene als totaler Zusammenbruch der gemeinsamen Identität zu sehen, wodurch auch die eher zurückhaltende Emotionalität innerhalb des deutschen Regierungsdiskurses verständlich ist. Auch wird die negative Emotionalität explizit reflektiert. »Emotionen – sie werden uns, aber nicht nur uns, sondern ganz viele Menschen im Land in den nächsten Tagen alle miteinander beschäftigen –, so verständlich sie angesichts des Bevorstehens oder gar des Beginns eines Krieges bei jedem sein mögen, dürfen das politische Handeln nicht dominieren. Das gilt nach außen und ich hoffe, das gilt auch nach innen.« (Schröder 2003e) Selbst nach Beginn des Irakkriegs kommt zwar sicherlich enttäuschte Liebe, aber keineswegs eine Form von Wut oder gar Hass gegenüber dem US-amerikanischen Anderen im deutschen Diskurs zum Ausdruck:

»Mich berührt tief, dass ich mich mit dieser Haltung einig weiß mit der übergroßen Mehrheit unseres Volkes, aber auch mit der Mehrheit im Weltsicherheitsrat und den Völkern dieser Welt. Ich habe Zweifel, ob der Frieden in den nächsten Stunden noch eine Chance bekommt.« (Schröder 2003b)

»Ich bin sicher: Es hätte einen anderen Weg zur Entwaffnung des Diktators gegeben, den Weg der Vereinten Nationen. Und mich berührt, dass ich mich in dieser Haltung einig weiß mit der großen Mehrheit unseres Volkes, mit der Mehrheit im Weltsicherheitsrat und der Mehrheit aller Völker. Es ist die falsche Entscheidung getroffen worden. Die Logik des Krieges hat sich gegen die Chancen des Friedens durchgesetzt. Tausende von Menschen werden darunter schrecklich zu leiden haben. Aber dies ist nicht der Augenblick, Schuld zuzuweisen und Versäumnisse aufzulisten. Was uns jetzt zu tun bleibt, muss in die Zukunft weisen.« (Schröder 2003a)

»Angesichts des Beginns der ersten Militäraktionen gilt das, was Kofi Annan gestern bei der Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gesagt hat, nämlich dass dies ein trauriger Tag ist. [...] Es ist ein bitterer Tag. Unsere Sorge gilt den Menschen. Wir wünschen uns und hoffen, dass dieser Krieg möglichst schnell zu Ende geht. Unsere tiefe Sorge gilt der Abwendung einer humanitären Katastrophe. Im Rahmen und unter der Leitung der Vereinten Nationen wollen wir das Unsere dazu beitragen, dass es dazu nicht kommt.« (Fischer 2003a)

»Wir bedauern zutiefst, dass unsere großen Anstrengungen, den Irak nach der Resolution 1441 des Sicherheitsrates mit friedlichen Mitteln zu entwaffnen, nicht zum Erfolg zu führen scheinen.« (Fischer 2003d)

